



# EUROJUST-JAHRESBERICHT 2021

*20 years of criminal justice across borders*



# EUROJUST-JAHRESBERICHT 2021

*20 years of criminal justice across borders*

# Inhalt

Akronyme und Abkürzungen.....	4	6.3 Bekämpfung von „Cybercrime as a Service“ .....	26
Vorwort .....	5	6.4 Beweiseinholung bei Opfern von Menschenhandel und Schleusern.....	27
<b>20 Jahre justizielle Zusammenarbeit.....</b>	<b>7</b>	<b>7. Schutz der Opferrechte bei grenzüberschreitender Kriminalität....</b>	<b>29</b>
<b>1. Operative Ergebnisse 2021.....</b>	<b>11</b>	7.1 Die Herausforderungen.....	29
<b>2. Operative Unterstützung nach Maß in mehr als 10 000 Fällen .....</b>	<b>12</b>	7.2 Die Rolle von Eurojust .....	29
2.1 Instrumente und Dienste von Eurojust .....	12	<b>8. Globaler Akteur von wachsender Bedeutung.....</b>	<b>31</b>
2.2 Unterstützung von 254 gemeinsamen Ermittlungsgruppen .....	13	8.1 Internationales Abkommen mit Drittstaaten.....	31
<b>3. Justizielle Unterstützung auch während der COVID-19-Pandemie..</b>	<b>16</b>	8.2 Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust .....	31
3.1 Laufende Überwachung der Auswirkungen der Covid-bedingten Beschränkungen .....	17	8.3. Kontaktstellen .....	31
3.2 Pandemiebezogene Straftaten.....	17	8.4. Erweiterung der Kooperation auf Regionen in aller Welt: Verbindung von Projekten und Netzwerken .....	32
<b>4. Lösung von Zuständigkeitskonflikten.....</b>	<b>18</b>	<b>9. Gewährleistung der Justizkomponente in der Sicherheitskette der Union .....</b>	<b>35</b>
<b>5. Sicherstellung des optimalen Einsatzes der Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit .....</b>	<b>21</b>	9.1 Konsultationsforum .....	35
5.1 Europäischer Haftbefehl .....	21	9.2 Operative Kooperation mit den Hauptakteuren in der Strafjustizpflege der EU.....	35
5.2 Gemeinsame Ermittlungsgruppen.....	23	9.3 Vertretung der justiziellen Belange in EMPACT.....	38
5.3 Vermögensabschöpfung .....	23	<b>Fallarbeit aus 20 Jahren Eurojust-Unterstützung für nationale Behörden.....</b>	<b>40</b>
5.4 Europäische Ermittlungsanordnung .....	24	<b>10. Wirtschaftskriminalität.....</b>	<b>42</b>
5.5 Praxis-Leitfaden für Justizpraktiker über die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich .....	24	10.1 Betrugsdelikte.....	42
<b>6. Gerichtsfeste Beweise.....</b>	<b>25</b>	10.2 Geldwäsche .....	43
6.1 Zugang zu elektronischen Beweismitteln durch das Projekt SIRIUS.....	25	10.3 Korruption .....	45
6.2 Was tun, wenn Straftäter Verschlüsselungstechniken nutzen? .....	27	10.4 PIF-Straftaten .....	45
		<b>11. Drogenhandel.....</b>	<b>46</b>

11.1	Jüngste Entwicklungen .....	46	16.	<b>Völkerrechtliche Kernverbrechen .....</b>	<b>60</b>
11.2	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen den Drogenhandel .....	46	16.1	Jüngste Entwicklungen .....	60
<b>12.</b>	<b>Cyberkriminalität.....</b>	<b>49</b>	16.2	Fallbeispiel zur Veranschaulichung des Beitrags von Eurojust zur Bekämpfung der Straflosigkeit.....	61
12.1	Ransomware.....	49	<b>17.</b>	<b>Umweltkriminalität .....</b>	<b>62</b>
12.2	Künstliche Intelligenz.....	49	17.1	Jüngste Entwicklungen .....	62
12.3	Jüngste Entwicklungen beim Europäischen Justiziellen Netzwerk gegen Cyberkriminalität (EJCN).....	50	17.2	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen Umweltkriminalität .....	63
12.4	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen Cyberkriminalität.....	51	<b>18.</b>	<b>Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums .....</b>	<b>65</b>
<b>13.</b>	<b>Menschenhandel.....</b>	<b>52</b>	18.1	Jüngste Entwicklungen .....	65
13.1	Jüngste Entwicklungen .....	52	18.2	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust betreffend Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums.....	65
13.2	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen den Menschenhandel.....	53	<b>19.</b>	<b>Digitalisierung der Justiz .....</b>	<b>67</b>
<b>14.</b>	<b>Schleuserkriminalität .....</b>	<b>54</b>	19.1	Vorbereitungen für ein neues Fallbearbeitungssystem für Eurojust.....	67
14.1	Jüngste Entwicklungen .....	54	19.2	Verbindungserkennung und Treffer/Kein-Treffer-Verknüpfungen.....	67
14.2	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen die Schleuserkriminalität .....	55	19.3	Vorbereitung auf Verbindungen zu e-EDS und ECRIS-TCN.....	67
<b>15.</b>	<b>Terrorismus.....</b>	<b>56</b>	19.4	Vorschläge der Kommission für Sicherheit und Justiz im Digitalzeitalter .....	67
15.1	Datenabgleich im Justiziellen Terrorismusregister zur Identifizierung im Zusammenhang stehender Verfahren .....	56	<b>20.</b>	<b>Leitung und Management der Agentur .....</b>	<b>69</b>
15.2	Jüngste Entwicklungen .....	57	Datenanhang.....	72	
15.3	Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust zur Terrorismusbekämpfung .....	58			

Die in diesem Bericht enthaltenen Statistiken zu den Eurojust-Fällen beruhen auf den Daten im Eurojust-Fallbearbeitungssystem (CMS). Die Zahlen wurden im Januar 2021 abgefragt und spiegeln die zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Daten wider. Da es Fälle gibt, die noch andauern, sind Diskrepanzen gegenüber zuvor angegebenen Zahlen möglich und es kann sein, dass die Statistiken künftig aktualisiert werden.

# Akronyme und Abkürzungen

<b>ANS</b>	Abgeordneter nationaler Sachverständiger	<b>EUROPOL</b>	Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung
<b>CAAR</b>	Konsolidierter jährlicher Tätigkeitsbericht (Consolidated Annual Activity Report)	<b>EUStA</b>	Europäische Staatsanwaltschaft
<b>CEPOL</b>	Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung	<b>GEG</b>	Gemeinsame Ermittlungsgruppe
<b>CMS</b>	Fallbearbeitungssystem (Case Management System)	<b>IP</b>	Geistiges Eigentum (Intellectual Property)
<b>CTR</b>	Europäisches Justizielles Terrorismusregister (European Judicial Counter-Terrorism Register)	<b>IPC</b>	Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums (Intellectual Property Crime)
<b>e-CODEX</b>	Kommunikation via Online-Datenaustausch im Rahmen der E-Justiz (e-Justice Communication via Online Data Exchange)	<b>JHAAN</b>	Netz der Agenturen für Justiz und Inneres (Justice and Home Affairs Agencies' Network)
<b>ECRIS-TCN</b>	Europäisches Strafregisterinformationssystem (European Criminal Records Information System)	<b>Jl</b>	Justiz und Inneres
<b>EDSB</b>	Europäischer Datenschutzbeauftragter	<b>KI</b>	Künstliche Intelligenz
<b>EEA</b>	Europäische Ermittlungsanordnung	<b>MLA</b>	Rechtshilfe (Mutual Legal Assistance)
<b>e-EDES</b>	System für den digitalen Austausch elektronischer Beweismittel (e-Evidence Digital Exchange System)	<b>MTIC Fraud</b>	Missing-Trader-Mehrwertsteuerbetrug (Karussellbetrug) (Missing Trader Intra-Community Fraud)
<b>EIPPN</b>	Europäisches Netz der Staatsanwälte im Bereich des geistigen Eigentums (European Intellectual Property Prosecutors Network)	<b>NPS</b>	Neue psychoaktive Substanzen
<b>EJCN</b>	Europäisches Justizielles Netzwerk gegen Cyberkriminalität (European Judicial Cybercrime Network)	<b>OCG</b>	Gruppe organisierter Kriminalität (Organised Crime Group)
<b>EJN</b>	Europäisches Justizielles Netz (European Judicial Network)	<b>OLAF</b>	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung
<b>EJTN</b>	Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (European Judicial Training Network)	<b>OSP</b>	Online-Diensteanbieter (Online Service Providers)
<b>EMPACT</b>	Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats)	<b>PIF</b>	Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union (Protection of the financial interests of the European Union)
<b>EU</b>	Europäische Union	<b>SIRIUS</b>	Integriertes Nutzungssystem zur Auffindung wissenschaftlicher Daten (Scientific Information Retrieval Integrated Utilisation System)
<b>EuGH</b>	Gerichtshof der Europäischen Union	<b>SOCTA</b>	Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität (Serious and Organised Crime Threat Assessment)
<b>EuHb</b>	Europäischer Haftbefehl	<b>SPC</b>	Südliche Partnerländer (South Partner Countries)
<b>EUIPO</b>	Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum	<b>THB</b>	Menschenhandel (Trafficking in human beings)
<b>eu-LISA</b>	Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	<b>UNODC</b>	Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechenbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime)
<b>EUROMED</b>	Euro-mediterrane Partnerschaft	<b>VPN</b>	Virtuelles privates Netzwerk
		<b>WACAP</b>	Westafrikanisches Netzwerk der Zentralbehörden und Staatsanwälte (West African Network of Central Authorities and Prosecutors)

# Vorwort

## Didier Reynders, Europäischer Kommissar für Justiz

Auch dieses Jahr wurde der Aufwärtstrend fortgesetzt: Nie zuvor hat Eurojust so viele Fälle unterstützt. Trotz der 2021 andauernden pandemiebedingten Beschränkungen stand Eurojust den Praktikern in allen Teilen der Europäischen Union stets zur Verfügung. Mein Dank gilt den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Eurojust, auch den nationalen Mitgliedern, ihren Stellvertretern und Assistenten, sowie Präsident Ladislav Hamran und den Vizepräsidenten Klaus Meyer-Cabri und Boštjan Škrlec.

Die Zahlen von Eurojust sprechen für sich. Eurojust hat nicht nur mehr als 10 000 Fälle unterstützt, sondern auch fast 2 000 schnelle Reaktionen auf Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit übermittelt und an mehr als 1 400 Großeinsätzen teilgenommen. Insgesamt konnte illegal erlangtes Vermögen im Wert von 2,8 Mrd. EUR sichergestellt, Drogen im Wert von 7 Mrd. EUR beschlagnahmt und 3 329 Verdächtige verhaftet bzw. übergeben werden. Darüber hinaus konnte Eurojust in einigen Dutzend Fällen, die – wie etwa der Betrug mit dem Verkauf gar nicht vorhandener persönlicher Schutzausrüstungen – direkt die Pandemie betrafen, dazu beitragen, in dieser schweren Krise die Europäerinnen und Europäer zu schützen.

Die Digitalisierung ist das Gebot der Zeit – und Eurojust hat bewiesen, was dadurch möglich ist: Die beeindruckenden Erfolge der Arbeit von Eurojust wurden durch neue sichere Tools für Online-Konferenzen und speziell eingerichtete Räume für hybride Treffen ermöglicht; viele nationale Justizsysteme haben sich durch diese Neuerungen inspirieren lassen. Zu verdanken ist der Erfolg auch den guten Beziehungen zu den Eurojust-Partnern Europol und OLAF sowie zur EUSTA, die inzwischen ihren Betrieb aufgenommen hat und gezielt gegen Straftaten zulasten des EU-Haushalts vorgeht. Gemeinsam bilden diese Partner die Säulen in Europas Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität – und diese enge Zusammenarbeit ist es, die Europa schützt.

Eurojust wird jedoch über die Grenzen der EU hinweg gebraucht. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der gemeinsamen Ermittlungsgruppen, an denen auch Drittstaaten teilnehmen, rapide gestiegen. 2021 wurden fast 500 Europäische Haftbefehle und mehr als 4 300 Europäische Ermittlungsanordnungen mithilfe von Eurojust ausge-

stellt, womit die Agentur sehr erfolgreich zur Beschleunigung der strafrechtlichen Ermittlungen beitragen konnte.

Im März wurde die Kommission beauftragt, die internationale Reichweite von Eurojust noch weiter zu vergrößern. Im kommenden Jahr wird Eurojust mit 13 Drittstaaten über bilaterale Kooperationsabkommen verhandeln.



Noch beeindruckender ist aber, dass Eurojust dieses hohe Arbeitsniveau – trotz vieler Hindernisse – halten konnte. Ich bin fest entschlossen, diese Hindernisse abzubauen. Ich will Eurojust helfen, sein Fallbearbeitungssystem zu verbessern, und ich will auch Verbesserungen des Justiziellen Terrorismusregisters von Eurojust sehen, denn die automatische Erkennung von Verbindungen bringt Zeitersparnis. So könnte Eurojust den nationalen Behörden schnellere und bessere Antworten liefern. Unsere gemeinsamen Ermittlungsgruppen sind ein Erfolg, den ich jetzt mit einer neuen digitalen Plattform steigern will, die Eurojust die Zusammenarbeit, insbesondere den Austausch von Informationen und Beweisen, auch von großen Datenmengen, erleichtert und die Rückverfolgbarkeit des Beweismaterials sicherstellt. Ich will, dass Eurojust der führende Digital Hub für die justizielle Zusammenarbeit in der Union wird. Diese Arbeit geht bereits gut voran.

Dieses Jahr feiert Eurojust den 20. Jahrestag seines Bestehens. Es freut mich sehr, dass es uns gelungen ist, das bisher größte Budget für Eurojust auszuhandeln: 350 Mio. EUR für die nächsten sieben Jahre. Diese Organisation, die als kleines Treffen von Staatsanwälten in Brüssel begann, hat sich enorm weiterentwickelt. Der hervorragende Service, den Eurojust für die Sicherheit Europas leistet, wird immer gebraucht werden, und ich freue mich schon darauf zu sehen, was im kommenden Jahr erreicht werden wird.

## Ladislav Hamran, Eurojust President

Man hatte es sich anders erhofft und erwartet, doch das Jahr 2021 brachte dann doch noch nicht das Ende der COVID-19-Pandemie. Aber der Schlüssel zum Erfolg ist die Anpassungsfähigkeit. Das ist uns klar, und Eurojust hat auch die sich ständig ändernde Gesundheitslage professionell gemeistert. Die Ergebnisse sprechen für sich: Erstmals in der Geschichte unserer Agentur haben wir in einem Jahr mehr als 10 000 Fälle unterstützt. Diesen wichtigen Meilenstein in so schwierigen Zeiten erreicht zu haben, erfüllt mich mit Stolz, Dankbarkeit und Zuversicht.

Stolz bin ich, weil hinter dieser Zahl von 10 000 Fällen Menschen stehen – Mitbürger, die dringend der Hilfe der Justiz bedürfen. Männer, Frauen und Kinder, die in gefährlichen und nicht seetüchtigen Booten über das Mittelmeer geschmuggelt werden. Hart arbeitende Unternehmer, die Betrug oder Erpressung zum Opfer fallen. Jugendliche, die es vor skrupellos vorgehenden Drogenhändlerringen zu schützen gilt. Auch 2021 hat Eurojust die Mitgliedstaaten in ihrem Kampf gegen diese und anderen Form der grenzüberschreitenden Kriminalität unterstützt – von Aufsehen erregenden Großeinsätzen wie dem Fall EncroChat bis hin zu weniger großen, aber ebenfalls wichtigen Fällen.

An allererster Stelle möchte ich mich für die unglaublich gute Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen bei Eurojust bedanken. Die Pandemie hat mir deutlich gezeigt, dass es die Menschen sind, auf die es ankommt. Ich bin sicher, dass die Leistungen, die unsere Agentur im letzten Jahr erzielt hat, ohne das Talent und Engagement unserer Mitarbeiter nicht möglich gewesen wären.

Die Arbeit am heimischen Schreibtisch mag uns zwar physisch getrennt haben, in gewisser Weise hat sie uns jedoch noch stärker verbunden. Es wurden kreative Lösungen gefunden, die sicherstellten, dass wir weiterhin wirksam zusammenarbeiten konnten – innerhalb unserer Agentur, aber auch mit unseren externen Interessenträgern. Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, Kommissar Reynders und unseren Kolleginnen und Kollegen bei der GD JUST, dem Rat und dem Europäischen Parlament für ihre Unterstützung zu danken, die wir sehr hoch schätzen. Dankbar bin ich auch für unsere starken Partnerschaften mit anderen Agenturen im Bereich Justiz und Inneres (JI), der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa), dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und dem Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB).



Eurojust-Präsidium (von links nach rechts): *Ladislav Hamran*, Präsident; *Klaus Meyer-Cabri*, Vizepräsident und *Boštjan Škrlec*, Vizepräsident.

Der Rückblick auf das letzte Jahr gibt mir große Zuversicht in die Zukunft unserer Agentur. Die Resilienz und Entschlossenheit, die wir in diesen sehr schwierigen Zeiten an den Tag gelegt haben, zeigt, dass wir auch den Herausforderungen, die vor uns liegen, gewachsen sein werden. In der anstehenden Periode werden wir weiter daran arbeiten, die Digitalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte in Europa voranzutreiben. Mit modernen IT-Systemen und sicheren Kommunikationswegen werden wir die Mitgliedstaaten noch wirksamer unterstützen können, vor allem was elektronisches Beweismaterial und verschlüsselte Daten angeht. Gleichzeitig werden wir unsere Zusammenarbeit mit Drittstaaten weiter verstärken und ausbauen, um die organisierte Kriminalität nicht nur auf regionaler, sondern auch auf globaler Ebene zu bekämpfen.

Dieser Jahresbericht wird zum 20-jährigen Bestehen von Eurojust vorgelegt. Das Maß an justizieller Zusammenarbeit, zu dem wir in den letzten zwei Jahrzehnten beigetragen haben, ist weltweit einzigartig. Unsere Agentur gilt weithin als echte europäische Erfolgsstory. Gemeinsam mit unseren Interessenträgern werden wir auch künftig alles geben und über uns selbst hinauswachsen, um Vertrauen zu schaffen, Partnerschaften zu stärken und dafür zu sorgen, dass Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

# 20 Jahre justizielle Zusammenarbeit



**28. Februar 2002**

Annahme des Beschlusses des Rates zur Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität

**29. März 2003**  
Einweihung des Sitzes von Eurojust in Den Haag



**4. Mai 2004** – Zehn neue nationale Mitglieder schließen sich Eurojust an (Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien)



**1. März 2001**  
Pro-Eurojust nimmt in Brüssel Betrieb auf



**2002** – Drittstaaten (Kanada, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz und USA) benennen erste Kontaktstellen für Beziehungen zu Eurojust

## 2002

1999

**15. Oktober 1999**

Bildung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bei der Tagung des Europäischen Rates in Tampere; Beschluss, Eurojust zu gründen



2001

**13. Juni 2002**

Annahme der Rahmenbeschlüsse des Rates über den Europäischen Haftbefehl und gemeinsame Ermittlungsgruppen



**13. Juni 2002**

Einrichtung des Europäischen Netzes von Anlaufstellen betreffend Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind

**1. Dezember 2002**

Einrichtung des Sekretariats des Europäischen Justiziellen Netzes (EJN) als gesonderte Organisationseinheit innerhalb von Eurojust; das EJN wurde 1998 gegründet.



2003

**2003** – Eurojust erstellt Richtlinien für die Entscheidung *Welcher Mitgliedstaat soll die Strafverfolgung durchführen?*



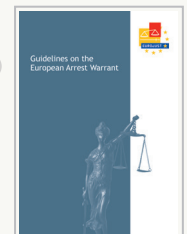
**EUROPOL**



**9. Juni 2004**  
Erstes Abkommen zwischen Eurojust und Europol

**2004** – Erste von Eurojust unterstützte gemeinsame Ermittlungsgruppe wegen eines Drogenhandelsfalls (Niederlande und Großbritannien)

**2004** – Eurojust bringt EuHb-Praktiker zusammen und erlässt Leitlinien zum Europäischen Haftbefehl



2004



2005



**8. Juli 2005**

Gründung des Netzwerks nationaler Sachverständiger in Fragen der Gemeinsamen Ermittlungsgruppen

**20. September 2005**

Durch Beschluss des Rates verpflichten sich die Mitgliedstaaten zur Benennung einer nationalen Eurojust-Anlaufstelle für Terrorismusfragen sowie zum Informationsaustausch mit Eurojust bei Ermittlungen zur Terrorismusbekämpfung



**26. Oktober 2005**

Kooperationsabkommen mit Norwegen, erstes Abkommen von Eurojust mit einem Drittstaat, tritt in Kraft; Norwegen entsendet seinen ersten Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust



**1. März 2006**

Inkrafttreten des Kooperationsabkommens mit Island

2006



**1. Januar 2007**

Bulgarien und Rumänien treten der EU bei und entsenden nationale Mitglieder zu Eurojust

2007



**1. Januar 2007**

Die USA entsenden Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust



**8. Mai 2008**

Erste Analyse der Verurteilungen im Bereich der Terrorismusbekämpfung durch Eurojust (*Terrorism Convictions Monitor TCM*, Eurojust-Monitor für Verurteilungen wegen Terrorismus)



**24. September 2008**

Abschluss der praktischen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und OLAF

2008

**16. Dezember 2008**

Rat nimmt Beschluss zur Stärkung von Eurojust an



**1. Dezember 2009**

Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Strafrechtspflege wird Teil des Gemeinschaftsrechts; eigene Bestimmung über die Rolle von Eurojust (Artikel 85)

2009



2009 – Eurojust beginnt mit finanzieller und logistischer Unterstützung für GEG

2010

**16. Dezember 2010**

Erstes Treffen von Generalstaatsanwälten bei Eurojust im Format eines Konsultationsforums



2011



**8. Februar 2011**  
Erstes Koordinierungszentrum bei Eurojust; Unterstützung der Justizbehörden während des gesamten Aktionstags

**2011** – Start des Mechanismus eines Koordinierungsdauerdienstes (KoDD) – Eurojust ist für Richter, Staatsanwälte und Strafverfolgungsbehörden rund um die Uhr (24/7) erreichbar



2013



**1. November 2013**  
Inkrafttreten des Kooperationsabkommens mit Liechtenstein

**1. November 2013**  
Erste Diskussion der nationalen Anlaufstellen über das Phänomen zurückkehrender ausländischer Kämpfer und dessen justizielle Auswirkungen



**1. Juli 2013**  
Kroatien tritt EU und Kollegium bei



**3. April 2014**  
Annahme der Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen

2014

**6. Mai 2014**  
EJN und Eurojust veröffentlichen gemeinsame Informationen über ihre Unterstützung der Strafverfolgung: *Internationale Zusammenarbeit in Strafsachen – Hilfestellung für die Praxis*



**5. April 2016**  
Urteil des Gerichtshofs in den Sachen Aranyosi und Căldăraru zu EuHb, Haftbedingungen und Grundrechten Eurojust beobachtet Entwicklung der Rechtsprechung über EU-Rechtsakte zur justiziellen Zusammenarbeit



**23. Mai 2016**  
Erster EU-Tag gegen Straflosigkeit von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen

2015



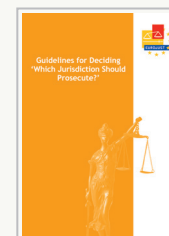
**1. März 2015**  
Die Schweiz entsendet Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust



**9. Juni 2016**  
Gründung des Europäischen Justiziellen Netzwerks gegen Cyberkriminalität



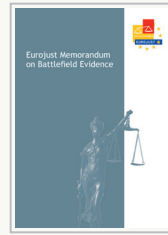
**1. Oktober 2016**  
Inkrafttreten des Kooperationsabkommens mit Moldau



**2016**  
Eurojust veröffentlicht erste gemeinsame Empfehlung zur Strafverfolgung und überarbeitete Fassung der Richtlinien für die Entscheidung „Welcher Mitgliedstaat soll die Strafverfolgung durchführen?“

2016

**1. Juni 2018**  
Eurojust veröffentlicht Memorandum über die Verwendung von Beweismitteln von Kampfchauplätzen für Ermittlungen und Strafverfolgung wegen Terrorstraftaten



**1. August 2018**  
Die Ukraine entsendet Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust

**1. November 2018**  
Nordmazedonien entsendet Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust

**15. März 2017**– Annahme der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung, die die Rolle von Eurojust bei Zuständigkeitsfragen in Terrorisurfällen bestätigt

2017



**1. Juli 2017**  
Eurojust bezieht seine neuen Räumlichkeiten in Den Haag



**1. September 2017**  
Montenegro entsendet Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust



2018

**14. November 2018**  
Annahme der Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen

**1. September 2019**  
Einrichtung des justiziellen Terrorismusregisters bei Eurojust

**10. Oktober 2019**  
Eurojust veranstaltet Konferenz *Criminal Justice in the Digital Age* (Strafjustiz im digitalen Zeitalter) in Brüssel

**12. Dezember 2019**  
Inkrafttreten der Eurojust-Verordnung – Eurojust wird die *Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen*

2019

**1. Juni 2019**  
Herausgabe des Gemeinsamen Vermerks von Eurojust und EJN über die praktische Anwendung der Europäischen Ermittlungsanordnung

**3. Dezember 2020**  
Auf das *Petruhhin*-Urteil hin und auf Einladung des Rates berichten Eurojust und EJN über Praktiken der Auslieferung von Unionsbürgern an Drittstaaten



**29. Mai 2020**  
Start der Fokusgruppe zur Schleuserkriminalität

**21. Dezember 2020**  
Eurojust erhält spezielle Mittel für die Zusammenarbeit mit Europol im SIRIUS-Projekt über den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln



2020

**1. März 2020**  
Serbien und Georgien entsenden Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust



**1. März 2020**  
Das Europa-Mittelmeer-Justizprogramm kommt zu Eurojust

**1. April 2020**  
Eurojust und EJN informieren laufend über die Auswirkungen von COVID-19 auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen; Aktualisierung 2020 wöchentlich, 2021 in kurzen Abständen.



**1. Januar 2021**  
Vereinigtes Königreich und Albanien entsenden Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust

**1. März 2021**  
Der Rat beauftragt die Kommission, mit 13 Drittstaaten Verhandlungen über internationale Abkommen für Eurojust aufzunehmen



**12. Februar 2021**  
Arbeitsvereinbarung zwischen Eurojust und der Europäischen Staatsanwaltschaft – Beginn der operativen Zusammenarbeit

2021

**5. Juli 2021**  
Richtlinien von Eurojust für die Strafverfolgung von Investitionsbetrug

**1. Dezember 2021**  
Vorschläge der Kommission für die Digitalisierung der Justiz (u. a. Änderungen der Eurojust-Verordnung über das justizielle Terrorismusregister und die Kooperationsplattform für GEG)

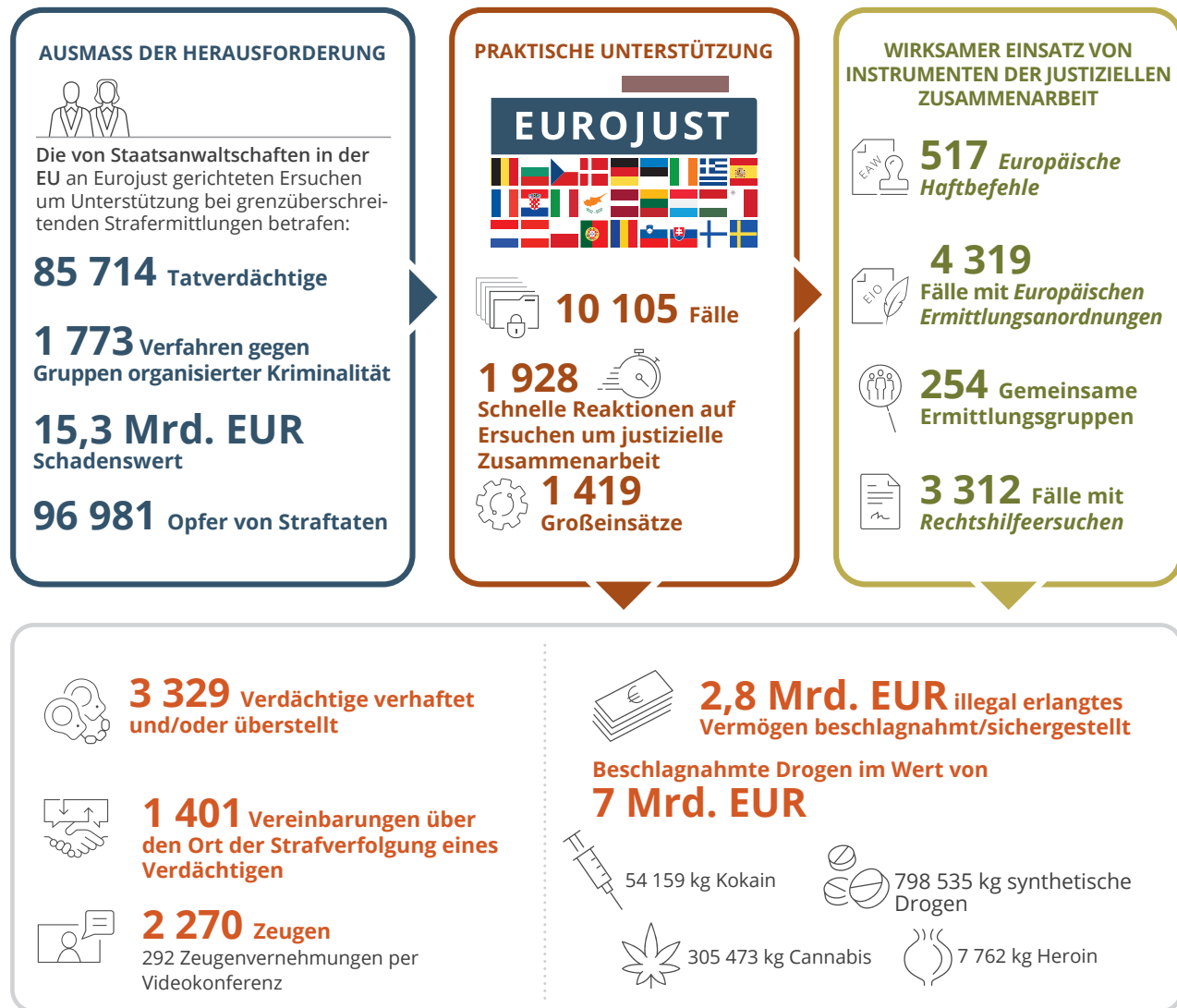
# 1. Operative Ergebnisse 2021

Im Jahr 2021 war Eurojust noch stärker gefordert, zeigte sich jedoch, was die Unterstützung der Justizbehörden bei der Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität angeht, der Herausforderung gewachsen.

An den operativen Ergebnissen für 2021 wird deutlich, dass sich die Zusammenarbeit lohnt. Eurojust trug dazu bei, 3 329 Verdächtige zu verhaften, durch Straftaten erlangtes Vermögen im Wert von 2,8 Mrd. EUR zu beschlagnahmen bzw. sicherzustellen und ferner Drogen im Wert von 7 Mrd. EUR zu beschlagnahmen.

Zu verdanken sind diese operativen Ergebnisse der länderübergreifenden Kooperation zwischen Justizbehörden, die von Eurojust – in enger Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und anderen Partnern im Bereich der Strafrechtspflege – ermöglicht wird.

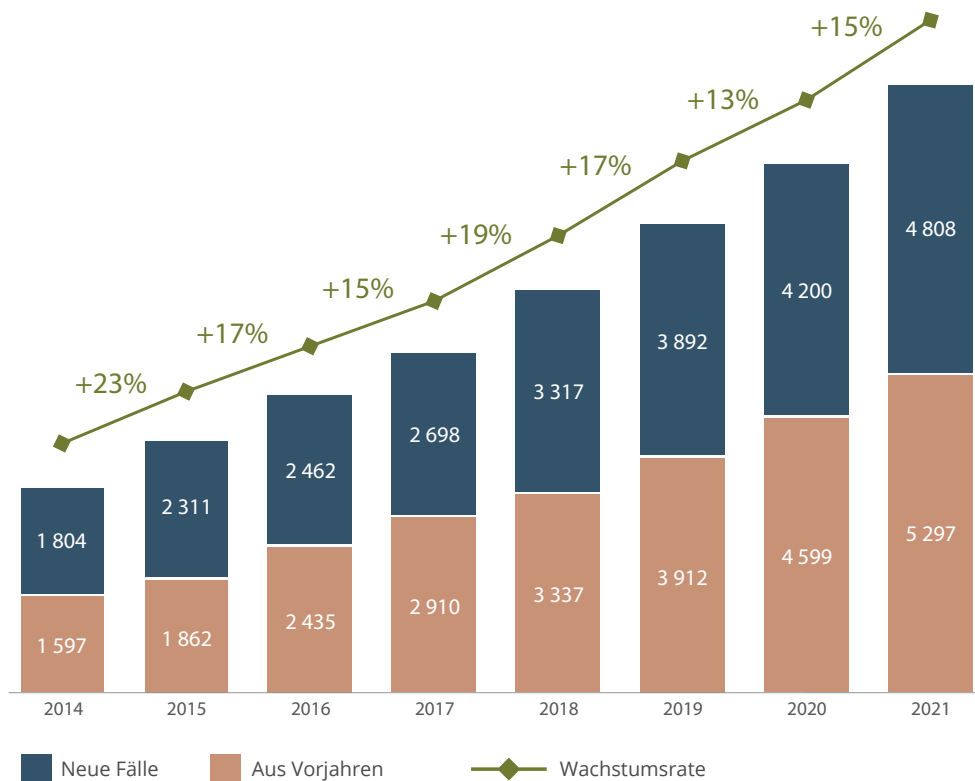
*Hinweis: Einige dieser operativen Ergebnisse beruhen auf Fällen, die bereits vor dem Jahr 2021 eingeleitet wurden und deshalb bereits in der Berichterstattung über die operativen Ergebnisse im Eurojust-Jahresbericht 2020 erfasst waren. Die Ergebnisse dieser Fälle werden in der Berichterstattung über das Jahr 2021 erneut berücksichtigt, da die Fälle im Berichtsjahr noch offen waren.*



## 2. Operative Unterstützung nach Maß in mehr als 10 000 Fällen

Im Jahr seiner Gründung, 2002, bearbeitete Eurojust seine ersten 217 Fälle. In den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens hat die Agentur 10 105 grenzüberschreitende Strafermittlungen unterstützt; 2021 sogar 15 % mehr als im Vorjahr. Die Fallarbeit von Eurojust nimmt von Jahr zu Jahr zu.

2021 handelte es sich – trotz durch die fortdauernde Pandemie erschwerter Umstände – bei 4 808 Fällen, knapp der Hälfte, um neu eröffnete Fälle. Die übrigen 5 297 Fälle, in denen die Agentur 2021 weiter tätig war, sind noch aus den Vorjahren.



Im Zeitraum 2003 bis 2016 war die Zahl der Neufälle stets höher als die Altfälle. Seit 2017 hat sich der Trend umgekehrt, sodass es nun Jahr für Jahr mehr alte als neue Fälle gibt. Darin spiegelt sich die zunehmende Komplexität vieler Ermittlungsverfahren wider, in denen die Unterstützung von Eurojust über einen längeren Zeitraum gebraucht wird.

### 2.1 Instrumente und Dienste von Eurojust

Den Justizpraktikern in der Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität bietet Eurojust Instrumente und Dienste, mit denen sie nicht nur schnell den richtigen Ansprechpartner finden, sondern auch effizienten Informationsaustausch betreiben und praktische Probleme lösen können, um ihre Ermittlungen sinnvoll zu koordinieren.

Die von Eurojust angebotenen Möglichkeiten zur Hilfe und Koordinierung sind sorgfältig abgestimmt und lassen sich in jeder Phase der Strafverfolgung für Großeinsätze kombinieren.

#### Die Agentur

- ▶ koordiniert Parallelermittlungen;
- ▶ organisiert fallspezifische Koordinierungssitzungen;
- ▶ bildet und/oder finanziert gemeinsame Ermittlungsgruppen (GEG), in denen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden bei länderübergreifenden strafrechtlichen Ermittlungen zusammenarbeiten; und
- ▶ plant und unterstützt gemeinsame Aktionstage, die von Koordinierungszentren bei Eurojust in Echtzeit gesteuert werden, damit die Festnahme der Täter, die Durchsuchungen, die Vernehmungen von Verdächtigen und Zeugen sowie die Vermögensbeschlagnahme in allen Ländern zeitgleich erfolgen und die Gruppen organisierter Kriminalität (OCG) zerschlagen werden.

2021 unterstützte Eurojust 457 Koordinierungssitzungen und 22 Koordinierungszentren, wobei die traditionellen Präsenzformate um Videokonferenzen und neue hybride Lösungen ergänzt wurden. Um zeitlich begrenzt eine sichere physische Präsenz



## Mädchen bei Mordversuch getötet – Schnelle Unterstützung führt zur sofortigen Festnahme des schwedischen Tatverdächtigen in Spanien



### EUROJUST

**STRAFTAT:** Der Verdacht: Beteiligung an der versehentlichen Tötung eines zwölfjährigen schwedischen Mädchens, das 2020 an einer Tankstelle in der Stadt Botkyrka zu Tode kam. Der Verdächtige gehörte einer fünfköpfigen Gruppe organisierter Kriminalität (OCG) an, deren Absicht es gewesen sein soll, ein Mitglied einer konkurrierenden kriminellen Vereinigung zu ermorden. Das Mädchen wurde wohl versehentlich getötet, und der Verdächtige floh dann nach Spanien.

**MASSNAHME:** In enger Kooperation mit ihren schwedischen Kollegen gelang es den spanischen Behörden schnell, den Verdächtigen zu finden, der bis zu seiner Festnahme im Juli 2021 observiert wurde.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust ermöglichte die umgehende justizielle Zusammenarbeit zwischen den schwedischen und spanischen Behörden, die zur sofortigen Festnahme des Tatverdächtigen führte.

**JUSTIZIELLE INSTRUMENTE:** Durch den Koordinierungsdauerdienst von Eurojust gelang es den spanischen Behörden, nach Vorliegen des Europäischen Haftbefehls der schwedischen Staatsanwaltschaft den Verdächtigen fast sofort festzunehmen. Dank schneller Koordination durch die nationalen Verbindungsbüros Schwedens und Spaniens bei Eurojust wurde der Haftbefehl sofort übermittelt, was zur umgehenden Festnahme des Verdächtigen durch die spanischen Behörden führte.

ermöglichen zu können, wurde einer der Räume von Eurojust für Koordinierungssitzungen so ausgestattet, dass er auch als Koordinierungszentrum fungieren kann. Dieser Raum wurde während der Pandemie mehrfach benutzt, um die Kontinuität der bei komplexen Aktionstagen unerlässlichen Unterstützung sicherzustellen. In vielen der Fälle, mit denen Eurojust 2021 befasst war, waren es die für diese Sitzungen und Zentren bereitgestellten Instrumente und Dienste, die entscheidend dazu beitrugen, die Straftäter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

In Eilfällen kann Eurojust den Justizbehörden mit schnellen Reaktionen Hilfe leisten – zum Teil binnen Stunden. Bei sofortigem Handlungsbedarf stehen die

nationalen Eurojust-Verbindungsbüros an jedem Tag des Jahres rund um die Uhr zur Verfügung. Sie helfen den nationalen Behörden u. a. die richtigen Behörden im Ausland zu erreichen, die rechtlichen Anforderungen zu verstehen und ihre Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit unter Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Rechts zu formulieren.

2021 gab es 1 928 Fälle, in denen Eurojust durch schnelle Reaktion helfen konnte.

## 2.2 Unterstützung von 254 gemeinsamen Ermittlungsgruppen

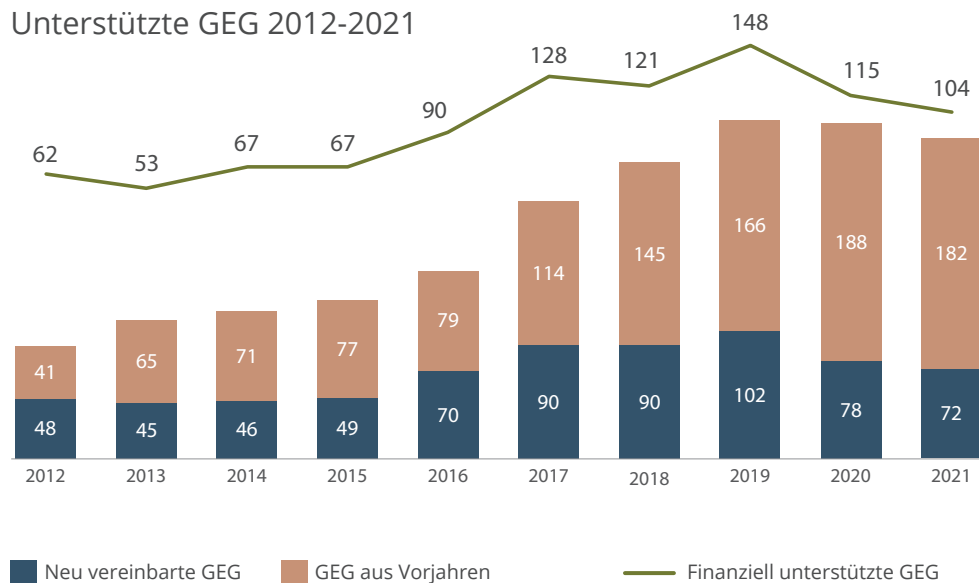
Im Jahr 2021 leistete Eurojust rechtliche, finanzielle und/oder operative Unterstützung für 254 GEG. 72 GEG wurden 2021 eingerichtet, 182 GEG bestanden schon in den Vorjahren. Die 2021 aktiven GEG betrafen ein breites Spektrum von Straftaten, vor allem Betrugsdelikte, Drogenhandel, Geldwäsche und Menschenhandel.



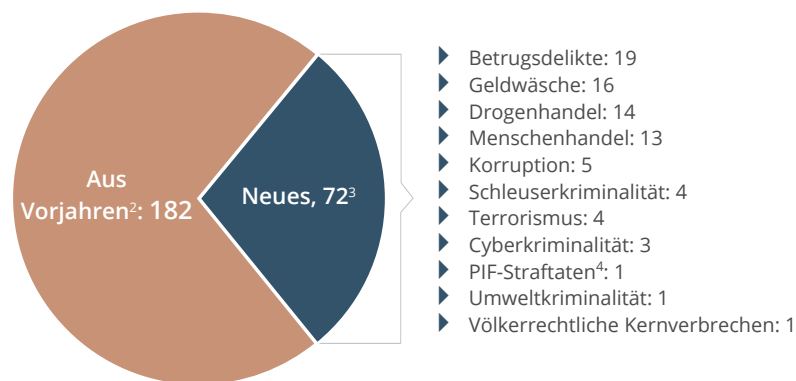
### 2.2.1 Finanzmittel für GEG

2021 wurden 104 aktive GEG auch von Eurojust finanziert, von denen 42 im Jahr 2021 eingerichtet wurden. Die Finanzmittel deckten Reisekosten und Unterkunft, Dolmetsch- und Übersetzungsdienste sowie die Übergabe von bei GEG-Einsätzen beschlagnahmten Gegenständen ab. Im Rahmen der Finanzierung

## Unterstützte GEG 2012-2021



## Unterstützte GEG 2021<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Die Unterstützung der GEG durch Eurojust umfasst finanzielle und operative Unterstützung. Von den 254 unterstützten GEG wurden **104 von Eurojust finanziert**.

<sup>2</sup> Stand: Januar 2022. Da die Fälle noch laufen, können sich die Zahlen dieser Spalte nach dem Berichtszeitraum ändern.

<sup>3</sup> Eine GEG kann mit mehr als einer Art von Straftat befasst sein.

<sup>4</sup> Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union, für die Eurojust weiterhin zuständig ist.

von GEG wurden wieder Geräte wie Mobiltelefone, Laptops, mobile Drucker und Scanner leihweise von Eurojust zur Verfügung gestellt.

2021 beliefen sich die Mittel für die finanzielle Förderung von GEG auf 1,16 Mio. EUR, um den immer noch durch die Pandemie beeinflussten Finanzbedarf zu decken. Die Zahl der eingegangenen Anträge auf Finanzmittel belief sich 2021 auf 191 und war damit pandemiebedingt nicht höher als 2020.

2021 hat Eurojust einige Änderungen des Finanzierungsmechanismus eingeführt, um das GEG-Finanzierungsprogramm den Bedürfnissen der Praxis anzupassen: u. a. durch neue Kostenkategorien sowie Finanzierung ohne Aufforderung zur Abgabe von Angeboten.

### 2.2.2 Neue Kostenkategorien für die GEG-Finanzierung

Eurojust hat seine finanzielle Unterstützung auf neue Kostenarten erweitert, unter anderem:

- ▶ Spezialexperten;
- ▶ Ankauf von Ausrüstung von geringem Wert (Hardware, Software) sowie
- ▶ Kosten für Reise, Unterkunft oder Dolmetschdienste für Opfer und Zeugen.

### 2.2.3 Neues System für GEG-Finanzierung in Eilfällen

Die Finanzierung ist jetzt auch ohne Aufforderung zur Abgabe von Angeboten möglich, damit den GEG kurzfristig gezielte Zuschüsse gewährt werden können, wenn es sich um eilige und/oder unvorhergesehene operative Tätigkeiten handelt, die nicht unter das normale Eurojust-System (das die Aufforderung zur Abgabe von Angeboten vorsieht) fallen. Anträge, die nach diesem neuen Finanzierungssystem gestellt werden, sind jederzeit im Laufe des Jahres möglich und werden rasch bearbeitet. Diese Finanzierungsmöglichkeit bietet die Flexibilität, die gerade bei der Unterstützung grenzüberschreitender Ermittlungen in besonders hohem Maße erforderlich ist.

2021 wurde dieses System sieben Mal genutzt. Es wurden Finanzmittel in Höhe von 32 610 EUR gewährt, die für verschiedene Kosten eiliger operativer Maßnahmen im Zuge grenzüberschreitender Ermittlungen verwendet wurden.

# Eurojust-Finanzierungsprogramm für GEG: eine lohnende Investition für die EU-Steuerzahler

## 1 DIE PROBLEMLAGE

Grenzüberschreitende Ermittlungen, die mehrere Länder berühren und die nationalen Behörden vor praktische Probleme stellen.



## GEG-FINANZIERUNG IM BERICHTSJAHR\*

**92** Finanzierte GEG  
für **32** EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten

**2,7 Mio. EUR** gewährte Finanzmittel

## 3 OPERATIVE ERFOLGE



## 2 FINANZIERTER MASSNAHMEN

### Dolmetsch- und Übersetzungsdienste

**25 850** Stunden Dolmetschdienste (was 39 Monaten, 24/7, entspricht)

**25 284** Seiten Übersetzungen von Informationen und Beweismaterial (was 25 Bänden der Encyclopedia Britannica entspricht)

**38** Sprachen

*Dolmetscher und Übersetzer sorgen dafür, dass die GEG-Partner wirksam über Staatsgrenzen hinweg ermitteln und im Heimatland Anklage erheben können.*

### Reise und Unterkunft

**117** Reisen, Gesamtstrecke **308 309** km

in **22** Ländern

**455** Übernachtungen

**153** unterstützte GEG-Mitglieder (z. B. Polizeibeamte, Staatsanwälte und Ermittlungsrichter)

*Kostenübernahme für Reisen und Unterkunft ermöglicht den nationalen Behörden einer GEG Treffen zur Planung und Durchführung ihrer Einsätze.*

### Operative Unterstützung

**55** Operative Tätigkeiten (Treffen, koordinierte Maßnahmen, Übergabe von beschlagnahmten Gegenständen und Beweismaterial)

**108** Ausrüstungsverleih (Smartphones, sichere Laptops, mobile Scanner und Drucker)

*Operative Unterstützung ermöglicht Ermittlern und Staatsanwälten eine effizientere Zusammenarbeit*

\* Die Zahlen in dieser Infografik beruhen auf den zum Zeitpunkt der Veröffentlichung aktuellen Zahlen über den GEG-Finanzierungszyklus. **Sie beziehen sich auf den Zeitraum 2.10.2020 - 1.10.2021.**



### 3. Justizielle Unterstützung auch während der COVID-19-Pandemie

In der Pandemie verlagerten Gruppen organisierter Kriminalität (OCG) ihre Aktivitäten darauf, sich die zunehmende Online-Aktivität, die Nachfrage nach bestimmten Hygieneprodukten und die bereitgestellten staatlichen Hilfen zunutze zu machen.

Trotz pandemiebedingter Einschränkungen konnte Eurojust den Betrieb voll aufrechterhalten und den Praktikern in der EU wie auch darüber hinaus seine Standard-Dienste bieten.

Eurojust führte neue, sichere Tools für Online-Konferenzen ein und baute einen Raum um, damit auch hybride Treffen durchgeführt werden können. So gelang es sogar, 2021 in 10 105 Fällen – mehr als je zuvor – die Praktiker zusammenzubringen und ihre Arbeit zu unterstützen.

#### 3.1 Laufende Überwachung der Auswirkungen der Covid-bedingten Beschränkungen

Auch 2021 sammelten Eurojust und das Europäische Justizielles Netz weiter Informationen über die Auswirkungen, die die auf nationaler Ebene ergriffenen COVID-19-Maßnahmen auf die justizielle Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen hatten. Diese Informationen wurden mit einer Analyse der wichtigsten sich daraus ergebenden praktischen und rechtlichen Aspekte regelmäßig als Dokument des Rates zur begrenzten Verteilung für die nationalen Behörden zusammengestellt.

Schon früh zeigte sich in der Fallarbeit von Eurojust, dass die Pandemie den Praktikern in den Mitgliedstaaten die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen erschwerte. Die Probleme, die sich aus den von Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen zur



Fotos © Shutterstock

Bekämpfung der Ausbreitung von COVID-19 ergaben, betrafen alle Instrumente, die üblicherweise in der justiziellen Zusammenarbeit Anwendung finden. Überdies hatten die OCG schnell erkannt, dass die enormen gesellschaftlichen Änderungen, die durch die Pandemie ausgelöst wurden, ganz neue Möglichkeiten zur Erzielung illegaler Gewinne eröffneten.

Im Mai 2021 wurde der Bericht Auswirkungen von COVID-19 auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Analyse der Fallarbeit von Eurojust veröffentlicht, der die pandemiebedingten Probleme bei den meistgenutzten Instrumenten der justiziellen Zusammenarbeit und die am häufigsten begangenen pandemiebezogenen Straftaten aufzeigte.

Der Bericht, der die von Eurojust und EJM herausgegebene Zusammenstellung der Auswirkungen von COVID-19 ergänzt, beschreibt, wie Eurojust den Staatsanwälten und Richtern bei der Lösung der Probleme, mit denen sie in ihrer Arbeit konfrontiert sind, helfen kann. Für den Fall, dass erneut außerordentliche Maßnahmen erforderlich werden sollten, enthält er auch Zusammenfassungen zu bewährten Verfahren.

### 3.2 Pandemiebezogene Straftaten

Eurojust unterstützte Dutzende Fälle, in denen die COVID-19-Krise besondere Probleme aufwarf. Die justizielle Zusammenarbeit war weiterhin durch Reisebeschränkungen und pandemiebezogene Risiken erschwert. Gruppen organisierter Kriminalität wussten, die neue Situation und den technologischen Fortschritt dazu zu nutzen, in den verschiedensten Bereichen illegal von der Pandemie zu profitieren. Durch koordiniertes Vorgehen von Strafverfolgern und Justiz ist es jedoch möglich, Straftaten wie zum Beispiel Ransomware-Angriffen auf Krankenhäuser ein Ende zu setzen.



#### Betrug mit Maskenverkauf mit Unterstützung von Eurojust ein Ende gesetzt



EUROJUST



**STRAFTAT:** Eine Gruppe organisierter Kriminalität (OCG), die bereits vor der COVID-19-Pandemie im betrügerischen Online-Handel aktiv war, bot ab 2020 auch Gesichtsmasken zum Verkauf an. Die Gruppe erstellte Fake-Websites, die den Namen legaler Großhandelsfirmen ähnelten. Die bestellten Waren wurde nie geliefert, und der Erlös aus den Scheinverkäufen wurde über eine Reihe von Bankkonten, die der Kontrolle der OCG unterlagen, eingewaschen. Auf diese Weise wurden Firmen in mindestens 20 Ländern um etwa 1 Mio. EUR betrogen.

**MASSNAHME:** Im Zuge eines Aktionstags fanden am 10. August 2021 34 Durchsuchungen in Rumänien, Irland und den Niederlanden statt. Insgesamt gab es 23 Verdächtige, von denen 10 festgenommen wurden.

**ERGEBNIS:** Die Scheinverkäufe wurden durch den Aktionstag gestoppt.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust koordinierte die justizielle Zusammenarbeit bei den Durchsuchungen und unterstützte die Vollstreckung verschiedener Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit.

## 4. Lösung von Zuständigkeitskonflikten

Die Verhinderung bzw. Lösung von Zuständigkeitskonflikten ist eine der wichtigsten Funktionen von Eurojust. Die Agentur ist besonders gut in der Lage, Parallelverfahren zu erkennen und die Ermittler aus den betroffenen Mitgliedstaaten zusammenzubringen und zu beraten. Die Ermittler können dann auf Grundlage der von Eurojust herausgegebenen „Richtlinien für die Entscheidung ‚Welcher Mitgliedstaat soll die Strafverfolgung durchführen?‘“ eine gemeinsame Entscheidung über das erforderliche Vorgehen treffen.

### Überblick über die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Grundsatz *ne bis in idem* (Verbot der doppelten Strafverfolgung) in Strafsachen

Eurojust beobachtet die einschlägige Rechtsprechung des EuGH und gibt einen Leitfaden zur Anwendung des Verbots der Doppelbestrafung im länderübergreifenden Kontext heraus. Der jüngste Überblick über die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Grundsatz *ne bis in idem* in Strafsachen enthält in seiner jüngsten Ausgabe vom Dezember 2021 Informationen zu 23 Urteilen und 4 laufenden Verfahren.

2021 untersuchte Eurojust auch die nationalen Folgemaßnahmen zu schriftlichen Ersuchen um Zuständigkeitsbestimmung, einem schon seit mehreren Jahren verwendeten Instrument.

### Schriftliche Eurojust-Ersuchen um Zuständigkeitsbestimmung

Schriftliche Eurojust-Ersuchen (bzw. -Empfehlungen) ergehen auf Antrag nationaler Mitglieder, um die nationalen Behörden zu unterstützen, wenn sich zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten Zuständigkeitsprobleme ergeben.

In der Regel handelt es sich um gemeinsame Ersuchen, d. h. Ersuchen, die von zwei oder mehr an einem Fall beteiligten nationalen Mitgliedern (zuweilen auch von Verbindungsstaatsanwälten) gemeinsam gestellt werden. Mit dem gemeinsamen Ersuchen bitten die nationalen Mitglieder ihre jeweils zuständigen Behörden, ihr Einverständnis damit zu erklären, dass eine von ihnen besser in der Lage ist, die Ermittlungen zu führen bzw. bestimmte Straftaten zu verfolgen. Das in dem gemeinsamen Ersuchen präsentierte Ergebnis beruht auf einer gründlichen Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Umstände des Falls



#JusticeDone: Auftragsmörder in Ungarn verurteilt – auch dank der Hilfe von Eurojust



**DER STRAFE ZUGEFÜHRT:** Im März 2021 wurde in Budapest ein Auftragsmörder wegen zwei Mordtaten, die er 2018 im Zusammenhang mit Drogenstraftaten in Amsterdam und Budapest begangen hatte, sowie wegen illegalen Schusswaffenbesitzes in Tschechien zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Dieses Urteil wurde im Dezember 2021 in zweiter Instanz bestätigt.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Der Verurteilte wurde mit Hilfe von Eurojust im März 2019 im Zuge einer koordinierten Aktion der ungarischen und tschechischen Polizei in Prag festgenommen.

Eurojust half mit Rat und Fachwissen bei der Klärung der Zuständigkeitskonflikte, die sich wegen mehrerer EuHb und eines internationalen Haftbefehls aus Serbien ergaben. Die Agentur half auch bei der Vollstreckung der dazugehörigen Europäischen Ermittlungsanordnungen (EEA) zur Übermittlung von Beweismitteln, einschließlich Eilersuchen um grenzüberschreitende Observation. Die betroffenen Länder trafen sich bei Eurojust zu einer Koordinierungssitzung, um diese Fragen zu besprechen.

**JUSTIZIELLE INSTRUMENTE:** Zusammenarbeit zwischen den nationalen Verbindungsbüros Ungarns, der Niederlande und Tschechiens sowie der serbischen Kontaktstelle; es wurden rund um die Uhr verfügbare Übersetzungsdienste und Dokumentenübermittlung ermöglicht. Dies führte dazu, dass die gut dokumentierte niederländische Verfahrensakte an die Behörden in Ungarn übermittelt wurde und die tschechischen Behörden den Verdächtigen für das Strafverfahren nach Budapest überstellten. Bei der Entscheidung über die Zuständigkeit für die Strafverfolgung spielte Eurojust eine entscheidende Rolle.

unter Berücksichtigung der Eurojust-Richtlinien für die Entscheidung „Welcher Mitgliedstaat soll die Strafverfolgung durchführen?“.

Die nationalen Behörden können sich also auf eine an der grundsätzlichen Auffassung von Eurojust orientierte und begründete rechtliche Beurteilung stützen. Solche Ersuchen dürfen die Behörden nur ablehnen, wenn die Ausführung des Ersuchens

wesentlichen nationalen Sicherheitsinteressen schaden, den Erfolg laufender Ermittlungen oder die Sicherheit einer Person gefährden würde.

Schriftliche Eurojust-Ersuchen können in folgenden Fällen gestellt werden:

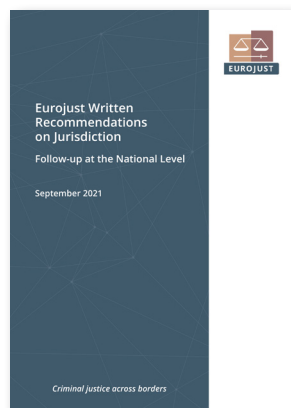
- ▶ wenn in verschiedenen Mitgliedstaaten parallele Verfahren wegen desselben Sachverhalts und derselben Verdächtigen laufen, sodass die Verfahrensfortsetzung gegen den Grundsatz ne bis in idem (Zuständigkeitskonflikt im engen Sinne) verstieße;
- ▶ oder wenn die Straftaten und Verdächtigen, derentwegen in zwei oder mehr Ländern ermittelt wird, zwar nicht identisch sind, jedoch in enger Verbindung und wechselseitiger Abhängigkeit stehen, und eine Konzentration der Verfahren in einem Land möglich und der Rechtspflege dienlicher wäre.

Die Ersuchen werden auf Antrag nationaler Behörden oder von den beteiligten nationalen Mitgliedern aus eigener Initiative gestellt, insbesondere wenn

- ▶ eine schriftliche Darlegung der Gründe für die Entscheidung über das am besten zur Strafverfolgung geeignete Land auf nationaler Ebene für hilfreich oder sogar notwendig gehalten wird;
- ▶ die nationalen Behörden Eurojust um Stellungnahme ersuchen; oder
- ▶ die nationalen Behörden bei Zuständigkeitsproblemen keine Einigung erzielen können.



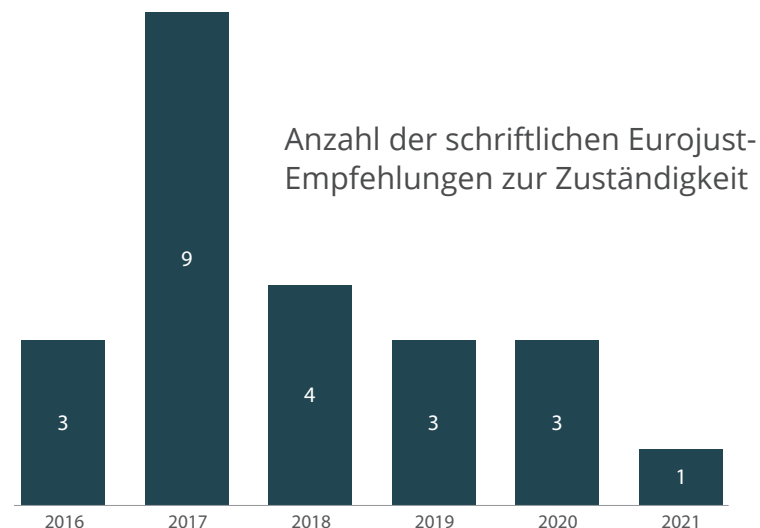
© Shutterstock



Von schriftlichen Empfehlungen zur Zuständigkeit wird nur selten Gebrauch gemacht; nach einer von Eurojust 2021 durchgeführten Analyse werden sie jedoch von den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten in den allermeisten Fällen befolgt. Der Bericht über die Ergebnisse sowie die dazugehörige Kurzfassung wurden im September veröffentlicht.

Die Analyse der schriftlichen Eurojust-Ersuchen zur Zuständigkeitsregelung zeigt, dass diese ein wirksames Instrument zur Lösung von Zuständigkeitsfragen bei länderübergreifenden Strafverfahren sind, insbesondere um

- ▶ Doppelarbeit und die Gefahr des Verstoßes gegen den Grundsatz *ne bis in idem* zu vermeiden;
- ▶ eine wirksamere Strafverfolgungsstrategie sicherzustellen.



Unter den 19 schriftlichen Empfehlungen, die im Zeitraum 2016 bis 2019 erteilt wurden, gab es nur einen einzigen Fall, in dem die nationalen Behörden die von Eurojust vorgeschlagenen Lösung zur Abgabe bzw. Annahme des Falls nicht vollumfänglich befolgten. In den meisten Fällen wurde das Eurojust-Ersuchen in der nationalen Entscheidung zur Abgabe des Falls erwähnt, wobei diese Entscheidungen später selten von den Beteiligten angefochten wurden.

In den Fällen, in denen es zur Anfechtung kam, wurde diese zumeist von den zuständigen nationalen Gerichten, die sich auf die Argumente und die rechtliche Würdigung des an Eurojust gerichteten Ersuchens stützen konnten, als unbegründet zurückgewiesen.

Nach der Ausstellung eines schriftlichen Ersuchens unterstützt Eurojust die nationalen Behörden auch bei der Durchführung der von ihr empfohlenen Verfahrensübertragung, etwa bei Problemen mit der Übersetzung der Verfahrensakte oder Verzögerungen bei ihrer konkreten Übermittlung, oder wenn eine förmliche Antwort über die Annahme der Verfahrensabgabe eingeht.

## Dieser Fall war insofern besonders, als die Empfehlung von Eurojust einen negativen Zuständigkeitskonflikt betraf.



**STRAFATAT:** In Litauen und Italien wurde ein groß angelegter Online-Betrug aufgedeckt. Eines der Opfer war ein italienisches Unternehmen, das auf betrügerische E-Mails hin mehr als 140 000 USD auf ein den Betrügern gehörendes Bankkonto in Litauen überwiesen hatte.

**JUSTIZIELLES PROBLEM:** Da es weder Litauen noch Italien gelungen war, allein genügend belastendes Beweismaterial zu sammeln, waren beide Behörden an der Anklageerhebung gehindert. Litauen schien bei der Betrugsbegehung nur eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben, da die einzige dortige Tathandlung die Kontoeröffnung war.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Litauen beantragte, dass Eurojust eine Empfehlung dazu ausspreche, welches Land für die Strafverfolgung am geeignetsten wäre. Eurojust prüfte den Fall und die nationalen Mitglieder für Italien und Litauen kamen zu dem Schluss, dass es sich bei den Verfahren in Litauen und Italien um Parallelverfahren handelte, wobei es den zuständigen Behörden in Italien die Strafverfolgung erleichtern würde, wenn das Beweismaterial aus Litauen nach Italien übergeben würde. Die Strafverfolgungsbehörden beider Länder waren mit der Empfehlung von Eurojust einverstanden. Litauen erklärte sich bereit, sein Verfahren baldmöglichst an die zuständigen italienischen Behörden abzugeben. Italien erklärte sich bereit, die ins Englische übersetzte Akte anzunehmen. Im Dezember 2021 wurde das Strafverfahren von der Staatsanwaltschaft Bologna übernommen.

# 5. Sicherstellung des optimalen Einsatzes der Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit

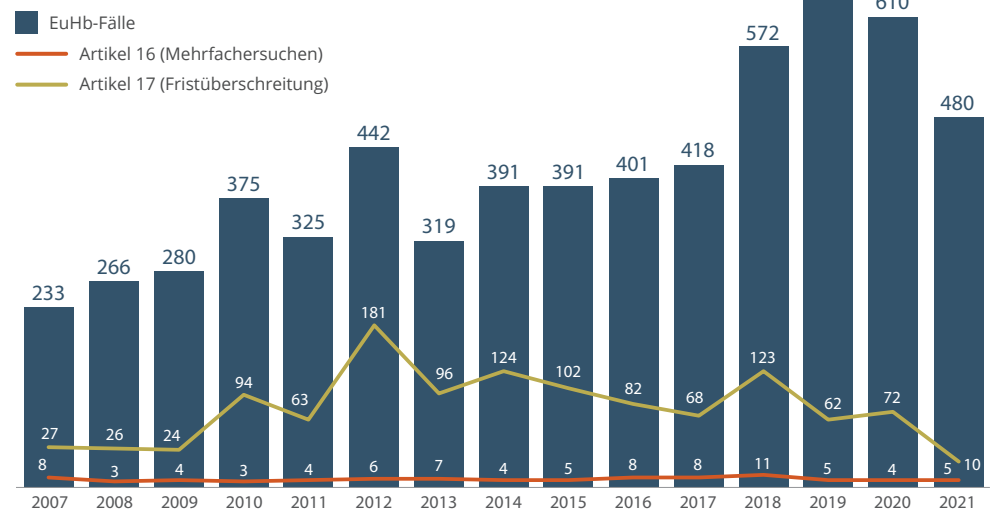
## 5.1 Europäischer Haftbefehl

Den Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl, der nur wenige Monate nach Gründung der Agentur durch den Rat im Jahr 2002 angenommen wurde, hat Eurojust Zeit seines Bestehens angewandt.

Rückblick auf 20 Jahre EuHb und Eurojust	
7.7.2021	<a href="#">Bericht über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich des Europäischen Haftbefehls 2017-2020</a>
1.10.2019	<a href="#">Eurojust-Richtlinien für die Entscheidung über konkurrierende Ersuchen um Überstellung und Auslieferung</a>
11.6.2019	Nach den Urteilen des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 27. Mai 2019 in den verbundenen Rechtssachen OG (C-508/18) und PI (C-82/19 PPU) sowie in der Rechtssache PF (C-509/18), in denen es um den Begriff „ausstellende Justizbehörde“ im Zusammenhang mit dem EuHb ging, erstellten Eurojust und EJN gemeinsam einen Fragenbogen, um die Informationen zur Lage in den Mitgliedstaaten zusammenzustellen; die Lage wird weiter beobachtet – <a href="#">jüngste Ausgabe hier</a>
2018	Eurojust erstellt <a href="#">eine PDF-Vorlage</a> , die die nationalen Behörden benutzen können, um Eurojust unter Angabe der Gründe für die Verzögerung mitzuteilen, dass die Fristeinhaltung nicht möglich ist (Artikel 17 Absatz 7 des EuHb-Rahmenbeschlusses). Diese Vorlage ist auf der Eurojust-Website in 22 Sprachen erhältlich.
1.5.2017	<a href="#">Bericht über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich des Europäischen Haftbefehls 2014-2016</a>
14.2.2017	Das Kollegium von Eurojust <a href="#">diskutiert EuHb und Haftbedingungen</a>
2017	Veröffentlichung der ersten Ausgabe des Eurojust-Berichts über die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum EuHb 2017 – <a href="#">jüngste Ausgabe hier</a>
5.4.2016	Urteil des EuGH in den Sachen Aranyosi und Căldăraru zu EuHb, Haftbedingungen und Grundrechten

11.6.2014	Eurojust-Seminar „Der Europäische Haftbefehl: Wie geht es weiter?“
26.5.2014	<a href="#">Bericht über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich des Europäischen Haftbefehls 2007-2013</a> und <a href="#">Bericht über Eurojust mitgeteilte Fristüberschreitungen bei der Vollstreckung von Europäischen Haftbefehlen</a>
2004	Veröffentlichung der Eurojust-Leitlinien für die Entscheidung über konkurrierende Europäische Haftbefehle im <a href="#">Eurojust-Jahresbericht 2004</a>
25./26.10.2004	Erstes Eurojust-Seminar für Praktiker in Prag zur Besprechung praktischer Fragen bezüglich des EuHb
1.1.2004	Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses
13.6.2002	2002/584/JI: Annahme des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten

EuHb-Fallarbeit von Eurojust, 2007-2021



### 5.1.1 Die Fallarbeit von Eurojust im Bereich des EuHb

Immer mehr Justizbehörden wenden sich an Eurojust, wenn sie Fachwissen und Hilfe bei der Vollstreckung von EuHb benötigen. Im Zeitraum 2017 bis 2020 ist die Zahl der Anfragen gegenüber dem Zeitraum 2013 bis 2016 auf 2 235 gestiegen und hat sich damit mehr als verdoppelt. Viele der Fälle betrafen Ablehnungsgründe, Grundrechte und Ersuchen um zusätzliche Auskünfte. Oft waren es, wie bereits in anderen Eurojust-Berichten festgestellt, Probleme auf horizontaler Ebene (direkter Kontakt, Sprachprobleme oder Fristversäumnisse), die der Anwendung des EuHb entgegenstanden.

Im [Bericht über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich des Europäischen Haftbefehls](#) werden die jüngsten Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union aufgezeigt, die entscheidend dazu beigetragen hat, den Anwendungsbereich des EuHb-Rahmenbeschlusses und die darin niedergelegten Rechte und Pflichten genauer festzulegen. Diese Rechtsprechung hat erhebliche Auswirkungen auf die Fallarbeit von Eurojust, nicht nur auf Aspekte wie Haftbedingungen, Rechtsstaatlichkeit und Verurteilungen in Abwesenheit, sondern auch auf die Auslegung von Grundbegriffen wie „ausstellende Justizbehörde“ und „vollstreckende Justizbehörde“.

Der Bericht behandelt den EuHb wie auch die anderen auf dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung beruhenden unionsrechtlichen Instrumente (den Rahmenbeschluss über die Überstellung verurteilter Personen und die Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung), die das Justizsystem der Union entscheidend prägen.

Auf der Grundlage der Fallarbeit von Eurojust stellt der Bericht Lösungen und bewährte Verfahren für Justizpraktiker vor, zeigt aber auch auf, wo Behörden bei der Anwendung von EuHb auf Probleme stoßen können. Die im Bericht enthaltenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen wie auch die Beispiele konkreter, anonymisierter Fälle sollen EuHb leichter handhabbar machen, um die Vollstreckung künftiger Haftbefehle zu erleichtern.

### 5.1.2 Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum EuHb

2021 veröffentlichte Eurojust zwei Ausgaben seiner Analyse der Rechtsprechung des EuGH (April und [Dezember](#)). Diese Analyse wird Eurojust auch künftig weiter halbjährlich aktualisieren. Der Überblick über die Rechtsprechung enthält Zusammenfassungen der Urteile des EuGH, die entsprechend der Gliederung

des Rahmenbeschlusses zum EuHb aufgeführt sind; die letzte Ausgabe enthält Analysen zu 61 Urteilen und 11 laufenden Verfahren.

### 5.1.3 Anforderungen an die ausstellende und die vollstreckende Justizbehörde EuHb-Verfahren gemäß der Rechtsprechung des EuGH

Im Nachgang zur einschlägigen Rechtsprechung des EuGH zum Begriff der Justizbehörde im EuHb-Rahmenbeschluss erstellten Eurojust und EJM gemeinsam einen [Fragebogen nebst Zusammenstellung der Anforderungen an die ausstellende und die vollstreckende Justizbehörde in EuHb-Verfahren](#), der über die rechtliche Stellung der Staatsanwaltschaft in den nationalen Rechtsordnungen sowie über die behördliche Zuständigkeit für die Ausstellung und Vollstreckung von EuHb informiert. Diese Zusammenstellung wurde 2021 weiter aktualisiert.

**Der von Eurojust erteilte Rat bezüglich der konkurrierenden EuHb wurde vom Gericht berücksichtigt.**



**STRAFATAT:** Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und anderer schwerer Straftaten stellten sowohl Rumänien als auch Italien EuHb gegen dieselbe Person aus. Beim rumänischen EuHb ging es um die Strafverfolgung, bei den beiden italienischen EuHb um die Vollstreckung von Haftstrafen. Festgenommen wurde die gesuchte Person in den Niederlanden.

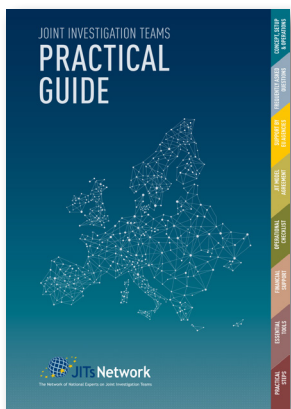
**DIE ROLLE VON EUROJUST:** 2021 ersuchte das Amsterdamer Gericht Eurojust um eine förmliche Stellungnahme dazu, welchem EuHb Vorrang einzuräumen sei, sowie um Klärung von Rechtsfragen bezüglich der Überstellung eines rumänischen Staatsangehörigen und der Möglichkeit der Vollstreckung italienischer Urteile in Rumänien. Die nationalen Mitglieder von Italien, Rumänien und den Niederlanden erteilten Rat über die konkurrierenden EuHb und empfahlen, den EuHb Rumäniens zu vollstrecken.

**JUSTIZIELLES INSTRUMENT:** Eurojust traf seine Entscheidung unter Anwendung seiner Richtlinien für die Entscheidung über konkurrierende Ersuchen um Überstellung und Auslieferung auf den vorliegenden Fall; dabei wurde nicht nur berücksichtigt, dass der EuHb für Strafverfolgungszwecke Vorrang hat und keine offenkundige Gefahr bestand, dass die beiden italienischen EuHb nicht in der Gesamtstrafe berücksichtigt würden, sondern auch die Schwere der Straftaten und das Ziel der Rehabilitierung.

Das niederländische Gericht folgte dem von Eurojust gegebenen Rat, der Vollstreckung des rumänischen EuHb Vorrang zu geben. Nach der Überstellung von den Niederlanden an Rumänien wurden die italienischen Urteile auf Antrag der italienischen Justizbehörden von den rumänischen Gerichten anerkannt.

## 5.2 Gemeinsame Ermittlungsgruppen

### 5.2.1 Leitfaden für GEG



Ende 2021 veröffentlichte das GEG-Netz eine aktualisierte Fassung des Leitfadens „Gemeinsame Ermittlungsgruppen“. Die neue Ausgabe enthält Kapitel über das praktische Vorgehen bei der Bildung einer GEG, finanzielle Unterstützung für GEG sowie wesentliche Instrumente für Praktiker. Der Leitfaden berücksichtigt nicht nur den veränderten Rechtsrahmen, die gewonnenen Erkenntnisse und die aktualisierten Praktiken, sondern informiert auch über zusätzliche Unterstützung, die die GEG-Teilnehmer von Agenturen und Organen der Union erhalten können.

Außerdem einigten sich das GEG-Netz und Eurojust auf eine neue Fassung des Anhangs I zu dem Modell für eine Vereinbarung über die Bildung einer GEG, die den veränderten Rechtsrahmen für Eurojust, Europol und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung berücksichtigt, insbesondere das Erfordernis, die besonderen Bedingungen für deren Teilnahme an einer GEG anzugeben. Die Entschließung des Rates zu einer überarbeiteten Fassung von Anhang I wurde am 22. Dezember 2021 angenommen und ist im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

2021 veranlasste das Sekretariat des GEG-Netztes eine Aktualisierung der bestehenden *Fiches Espagnoles*. Die *Fiches* sind jetzt für alle EU-Mitgliedstaaten sowie neun Drittstaaten (Albanien, Georgien, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Schweiz, Serbien, Ukraine und Vereinigtes Königreich) erhältlich.

### 5.2.2 Zunehmende Einbindung von Drittstaaten in GEG

Da die organisierte Kriminalität immer öfter auf globaler Ebene operiert, steigt die Zahl der GEG mit Drittstaaten rapide. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten war auch das zentrale Thema beim 17. Jahrestreffen des Netzwerks nationaler Sachverständiger in GEG im Oktober 2021.

### 5.2.3 Pläne der Kommission zur stärkeren Digitalisierung der GEG

Durch die COVID-19-Pandemie wurde 2021 deutlich, dass eine stärkere Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit, auch der GEG, erfor-

## #JusticeDone: Slowakische Bande im Vereinigten Königreich wegen moderner Sklaverei verurteilt



EUROJUST



**DER STRAFE ZUGEFÜHRT:** Im Mai 2021 wurden fünf Mitglieder einer slowakischen OCG im Vereinigten Königreich wegen moderner Sklaverei zulasten von Landsleuten sowie Geldwäsche zu bis zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

**STRAFTAT:** Von 2008 bis 2017 rekrutierte die OCG mehr als 60 unterprivilegierte slowakische Staatsangehörige für eine Arbeitstätigkeit im Vereinigten Königreich, für die sie einen Wochenlohn von mehr als 400 EUR versprochen. Tatsächlich wurden die Opfer gezwungen, sechs Tage die Woche bis zu 14 Stunden täglich zu arbeiten, bei sehr geringem Lohn und Unterbringung in sehr schlechten Unterkünften. Die Bande machte den Opfern weiß, dass sie den Großteil ihres Verdiensts auf Unterkunft, Beförderung und Verpflegung verwenden müssten.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Auf Antrag der britischen Behörden leitete Eurojust 2015 eine justizielle Zusammenarbeit mit der Slowakei ein und bildete eine GEG. Mit Finanzmitteln von Eurojust konnte die GEG die Ermittlungen beschleunigen, die schließlich 2019 zu einem erfolgreichen Aktionstag führten. Außerdem ermöglichte Eurojust die Ausstellung und Vollstreckung von EuHb und EEA.

**JUSTIZIELLES INSTRUMENT:** In einer 2021 durchgeführten Evaluation wurde die GEG als Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit hervorgehoben.

derlich ist. Der Vorschlag der Kommission, eine Plattform für die Zusammenarbeit der GEG einzurichten, zielt darauf ab, den GEG-Teilnehmern technische Hilfe zu leisten, um grenzüberschreitende Ermittlungen und Strafverfolgung effizienter und wirksamer zu betreiben. Die Kommission konsultierte das GEG-Netz, um sicherzustellen, dass die GEG-Plattform den operativen Bedürfnissen der GEG-Praktiker genügt, und zu prüfen, ob bestehende Instrumente und Projekte, die durch das Sekretariat des GEG-Netztes verwaltet werden, genutzt werden können.

## 5.3 Vermögensabschöpfung

Eine entscheidende Voraussetzung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist es, den Straftätern den Erlös aus ihren Straftaten zu nehmen. Überdies wirkt die Einziehung abschreckend, weil klar ist, dass sich Verbrechen



nicht lohnt. 2021 hat Eurojust bei der Abschöpfung, Sicherstellung und Einziehung von Erlösen aus Straftaten im Wert von fast 2,9 Mrd. EUR geholfen.

Mit der seit dem 19. Dezember 2020 anwendbaren Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen hat die Europäische Union einen neuen Rechtsrahmen. 2021 begann Eurojust ein Projekt über die Anwendung dieses Rechtsakts, in dessen Rahmen die Fallarbeit von Eurojust, die von Eurojust geleistete Unterstützung und die bewährten Verfahren auf rechtliche und praktische Probleme hin untersucht werden sollen.

2021 sammelte Eurojust die ersten Erfahrungen, die einige der nationalen Verbindungsbüros insbesondere im Hinblick auf die Rechte der Opfer gemacht hatten.

Eurojust verfolgte auch sehr genau die Konsultation und Diskussionen im Zuge der Überarbeitung der Richtlinie 2014/42/EU über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union und des Beschlusses 2007/845 des Rates über Vermögensabschöpfungsstellen.

#### 5.4 Europäische Ermittlungsanordnung

Seit dem Ablauf der Umsetzungsfrist für die Richtlinie im Mai 2017 hat sich die EEA zum integralen Bestandteil der justiziellen Zusammenarbeit in der EU wie auch der Arbeit von Eurojust entwickelt. 2021 war Eurojust mit 4 262 Fällen, in denen eine EEA erging, befasst; dabei half Eurojust bei der Lösung von Problemen bei der Vollstreckung von EEA für die Vernehmung von Verdächtigen oder Beschuldigten per Videokonferenz oder bei der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs.

Außerdem verfolgt Eurojust die Entwicklung der einschlägigen Rechtsprechung des EuGH im Bereich der EEA-Richtlinie und deren mögliche Auswirkungen auf die justizielle Zusammenarbeit (z. B. in den Rechtssachen C-852/19 (Gavanozov II) und C-724/19 (HP)).

#### 5.5 Praxis-Leitfaden für Justizpraktiker über die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich

Im Januar 2021 veröffentlichte Eurojust einen [Hinweis für Justizpraktiker über die künftige Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich](#), der Praktikern aktuelle und unmittelbar verwertbare Informationen zur justiziellen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich an die Hand geben soll, um dazu beizutragen, dass der Betrieb trotz der veränderten Rechtslage aufrecht erhalten wird.

Der Hinweis soll die sich in den frühen Phasen stellenden Fragen und Anliegen der zuständigen Behörden schnell, kurz und sofort klären. Die Hauptthemen sind Überstellung, Rechtshilfe, Austausch von Strafregisterinformationen, Sicherstellung und Einziehung sowie die Übergabe verurteilter Personen.

Zum besseren Verständnis der Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens übermittelten Eurojust und EJM der Europäischen Kommission auch Fragen praktischer Art, um auf eine einheitliche Anwendung des Abkommens in allen Mitgliedstaaten hinzuwirken.

## 6. Gerichtsfeste Beweise

Eurojust bietet Justizpraktikern fachkundigen Rat über die Einholung gerichtsfester Beweismittel im EU-Ausland. Auch 2021 hat die Agentur ihr Fachwissen erweitern und Unterstützung in speziellen Bereichen der Beweissammlung leisten können, z. B. in Bezug auf den Zugriff auf elektronische Beweismittel, das Vorgehen gegen von Kriminellen eingesetzte Verschlüsselungstechniken und die Beweiseinholung bei Opfern von Menschenhandel und Schleusern.

### 6.1 Zugang zu elektronischen Beweismitteln durch das Projekt SIRIUS

Die meisten Strafermittlungen heutzutage erfordern auch länderübergreifende Ersuchen um Zugang zu elektronischen Beweismitteln wie E-Mails, SMS oder Nachrichten. Die Online-Umgebung und die Möglichkeiten zu Datenabfragen ändern sich so schnell, dass Ermittler und Staatsanwälte Unterstützung benötigen, um ihr Wissen auf dem aktuellen Stand zu halten. SIRIUS, ein Gemeinschaftsprojekt von Eurojust und Europol, bedient die zunehmende Nachfrage nach grenzüberschreitendem Zugang zu elektronischen Beweismitteln; ein Schwerpunkt sind in den USA ansässige Online-Diensteanbieter (OSP). Der Nutzen der Plattform zeigt sich darin, dass die Zahl der teilnehmenden Justizbehörden 2021 um 18 % auf insgesamt 380 gestiegen ist.

In Zusammenarbeit mit Eurojust, Europol und dem Europäischen Justiziellen Netz veröffentlichte SIRIUS im November 2021 seine dritte jährliche Ausgabe des SIRIUS-Lageberichts über digitale Beweismittel in der EU (*EU Digital Evidence Situation Report*). Der Bericht zeigt, dass die Zahl der Ersuchen, die von Behörden in der EU an OSP im Ausland gestellt wurden, 2020 um 27 % höher war als im Vorjahr; bei den Eilersuchen um Weitergabe gab es 2020 sogar einen signifikanten Anstieg um 112 % gegenüber 2019.

Die vierte jährliche SIRIUS-Konferenz im Dezember 2021 widmete sich vor allem den Auswirkungen der Pandemie sowie dem Sammeln elektronischer Beweismittel über zur Geldwäsche genutzte Kryptowährungen und Kryptobörsen; einem Thema, das seit Beginn der COVID-19-Krise besonders an Bedeutung gewonnen hat. Im Zuge der pandemiebedingten Umstellung auf das Arbeiten im Homeoffice kamen weltweit viele neue Technologien zum Einsatz – eine Entwicklung, die Kriminelle geschickt auszunutzen wussten. Mehr internationale Strafermittlungen als je zuvor sind

jetzt auf schnelle, sichere und rechtmäßige Methoden zum grenzüberschreitenden Austausch elektronischer Beweismittel angewiesen. An der SIRIUS-Konferenz 2021 nahmen 785 Teilnehmer aus 42 Ländern teil, nicht nur von Polizei und Justiz, sondern auch aus dem Bereich der Digitaltechnologien.

2021 ging es im Rahmen des Projekts SIRIUS wieder um Aufklärungsinitiativen und Kapazitätsaufbau; die Zielgruppe sind Justizmitarbeiter in 44 Ländern, darunter sämtliche Mitgliedstaaten der EU und auch immer mehr Drittstaaten. Darüber hinaus trug das Projekt SIRIUS zusammen mit u. a. dem Europäischen Justiziellen Netz und dem Projekt EuroMed Justice zur zweiten Ausgabe des von UNODC herausgegebenen Leitfadens zur grenzüberschreitenden Anforderung elektronischer Beweismittel („Practical Guide for Requesting Electronic Evidence Across Borders“) und der Musterformulare für Ersuchen um Sicherung und Weitergabe von elektronischen Daten („Model Forms on Preservation and Disclosure of Electronic Data“) bei. Der Leitfaden mit den dazugehörigen Musterformularen bietet Praktikern bewährte, von Experten erprobte Verfahren, Beispiele für rechtliche Verfahren sowie Kontaktstellen, die Praktiker bei der Anforderung und Vorlage von für das Strafverfahren erforderliche elektronische Beweismittel unterstützen.

### 6.2 Was tun, wenn Straftäter Verschlüsselungstechniken nutzen?

Die Verschlüsselung ist ein wesentlicher Baustein für Grundrechtsschutz, digitale Souveränität und Innovation. Aber auch kriminelle Vereinigungen bedienen

“Dieser dritte gemeinsame Bericht [über digitale Beweismittel in der EU] spiegelt die Komplexität wider, die sich daraus ergibt, dass sich die digitale Landschaft ständig weiterentwickelt und es keinen einheitlichen rechtlichen Rahmen gibt. Er zeigt auch, dass die Justizbehörden in der EU angesichts der weltweiten COVID-19-Pandemie gezwungen waren, innovative Ansätze zu entwickeln und die bestehenden Verfahren anzupassen. Wir sehen aber auch deutlich, dass unser Erfolg im Kampf gegen die organisierte Kriminalität von der Stärke unserer Partnerschaften abhängt. Solange wir zusammenarbeiten, kann uns der richtige Ausgleich zwischen dem Zugriff auf elektronische Beweismittel und der Achtung der Grundrechte und -freiheiten unserer Bürger gelingen.“

Ladislav Hamran, Präsident von Eurojust

sich zunehmend der verschlüsselten Kommunikation und finden immer neue Methoden, sich durch Einsatz neuester Technologien den Ermittlungen zu entziehen. Justizbehörden und Strafverfolger sind bei ihren Ermittlungen immer mehr auf digitale Daten angewiesen. Solche Daten sind häufig verschlüsselt, was den rechtmäßigen Zugriff erschwert.

Zur Unterstützung der Praktiker, die diese Herausforderungen bewältigen müssen, veröffentlichten Eurojust und Europol im Juli 2021 gemeinsam den Dritten Bericht über die Beobachtungsfunktion zur Verschlüsselung. Der Bericht, der die Verschlüsselung im Kontext grenzüberschreitender Fälle beleuchtet, hat zwei Schwerpunkte: zum einen Fälle, in denen sich die Ermittlungen vor allem

gegen das von den Straftätern verwendete Verschlüsselungstool richten, zum anderen Fälle, in denen es eigentlich um anderes geht, bei denen jedoch die verschlüsselten Mitteilungen der Straftäter als Beweismittel gebraucht werden. Im Bericht geht es um das Erfordernis, die elektronischen Mitteilungen auf rechtmäßige Weise zu entschlüsseln, um die Zulässigkeit aus verschlüsselten Geräten erlangter Beweise sowie um den Austausch derartiger Daten mit anderen Strafverfolgungsbehörden im Rahmen grenzüberschreitender Fälle.

Ein Beispiel aus jüngerer Zeit, das die operative Arbeit von Eurojust in diesem Bereich zeigt, ist die den Ermittlern und Staatsanwälten geleistete Unterstützung im Fall Sky ECC. Die Ermittler überwachten, wie die Straftäter das Sky ECC Communication Service Tool für ihre Zwecke nutzten, und gewannen dadurch wertvollen Einblick in Hunderte Millionen Nachrichten, die die Kriminellen untereinander austauschten. So erhielten die Ermittler wichtige Informationen über Planungen Krimineller für mehr als hundert groß angelegte Straftaten und konnten verhindern, dass es zu potenziell lebensgefährlichen Situationen und Opfern kam.

Diese Operation, die an die erfolgreiche Entschlüsselung der Kommunikationsplattform EncroChat im Jahr 2020 anschließt, ist wesentlicher Teil der kontinuierlichen Anstrengungen von Justiz und Polizei in der EU und in Drittstaaten, die illegale Nutzung verschlüsselter Kommunikation zu unterbinden. Als EncroChat aufflog, wechselten viele Nutzer zur beliebten Plattform Sky ECC.

### 6.3 Bekämpfung von „Cybercrime as a Service“

„Cybercrime as a Service“ ist ein rapide wachsendes illegales Geschäftsmodell, bei dem die Täter anderen kriminellen Banden Malware vermieten oder verkaufen, um Angriffe zu starten und Computer zu verschlüsseln.

Im Januar 2021 wurde eine der gefährlichsten kriminellen Infrastrukturen der Welt, die mittels der Malware EMOTET geschaffen wurde, durch eine weltweite Aktion aufgedeckt, an der Eurojust, Europol sowie Justiz- und Polizeibehörden in aller Welt beteiligt waren. EMOTET war einer der professionellsten und langlebigsten Anbieter käuflicher Cybercrime Services, bei denen eine Art von Malware als „Türöffner“ für das Eindringen anderer Arten von Malware diente. Sobald der unbefugte Zugang gelungen war, wurde er an andere Banden verkauft, die sich die Datenverletzung zunutze machten, um z. B. ein Botnet zu betreiben, sensible Daten zu stehlen oder mit Ransomware Lösegeld zu erpressen.



Von kriminellen Vereinigungen  
genutzte verschlüsselte  
Kommunikation blockiert



**STRAFTAT:** Etwa 3 Millionen Nachrichten werden jeden Tag von etwa 170 000 Kriminellen über Sky ECC ausgetauscht, ein Tool, das unter Verwendung von Servern in Europa aus den USA und Kanada heraus betrieben wird.

**MASSNAHME:** Ab Mitte Februar 2021 waren Behörden in der Lage, die Nachrichtenströme zwischen etwa 70 000 Nutzern von Sky ECC zu überwachen. Im Zuge eines Aktionstags kam es am 9. März 2021 nicht nur zu einer Vielzahl von Festnahmen, sondern auch zu zahlreichen Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

**ERGEBNIS:** Mit Unterstützung von Europol und Eurojust gelang es, diese Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation, die von großen Gruppen organisierter Kriminalität genutzt worden war, zu blockieren. Durch die Entschlüsselung von Sky ECC wurden Informationen über zahlreiche Straftaten gewonnen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU und auch außerhalb der EU geplant waren. Die Informationen wurden auch dazu genutzt, Ermittlungen auszuweiten und grenzüberschreitende Straftaten der organisierten Kriminalität aufzudecken.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust organisierte und unterstützte nicht nur verschiedene Koordinierungssitzungen der relevanten Behörden, sondern wird auch, falls sich aus der Aktion noch weitere Fälle ergeben, weiter mit Rat und Unterstützung bei der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit zur Verfügung stehen.

In einer international koordinierten Aktion gelang es Strafverfolgungs- und Justizbehörden, sich Kontrolle über die Infrastruktur zu verschaffen und diese von innen heraus abzuschalten. Bei der Abschaltung wurde insbesondere auf eine Strategie zur wirksamen Entschädigung der Opfer geachtet. Wie kann man einer Vielzahl von Malware-Opfern in verschiedenen Ländern Hilfe bieten? Das war 2021 eines der Topthemen bei den Treffen des EJCN, bei denen EMOTET als Beispiel angeführt wurde.

Da es ein internationales Problem ist, geht es bei der wirksamen grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit nicht nur um den Informationsaustausch, sondern vor allem auch darum, dass die Beweismittel auch außerhalb des Landes, in dem sie gesammelt wurden, gerichtsfest sein müssen. Weil Eurojust und seine Partner als das Tor zu Gerichtssystemen in ganz Europa und weit darüber hinaus fungieren, kommt ihnen bei der Bekämpfung aller Arten von Computerkriminalität eine entscheidende Rolle zu.



EMOTET, die gefährlichste Malware der Welt, lahm gelegt



**STRAFTAT:** EMOTET ist eine gefährliche und robuste Malware, die ein großes Botnet geschaffen hat, das Cyberkriminelle mieten konnten, um andere Arten von Malware, zum Beispiel Banking-Trojaner oder Ransomware, auf den Computern ihrer Opfer zu installieren. Mit dieser Malware konnten ganze Netzwerke infiziert werden, weil der Zugang zu nur wenigen Geräten genügte, um die Malware lateral zu verbreiten.

**MASSNAHME:** Im Januar 2021 erlangten die Ermittler im Zuge einer international koordinierten Aktion die Kontrolle über die Infrastruktur von EMOTET.

**ERGEBNIS:** Die infizierten Geräte der Opfer wurden zu einer von den Strafverfolgern kontrollierten Infrastruktur umgeleitet. Mit dieser einzigartigen neuen Vorgehensweise kann man denen, die Cyberkriminalität ermöglichen, das Handwerk legen.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust koordinierte die internationale Aktion gemeinsam mit Europol.

## 6.4 Beweiseinholung bei Opfern von Menschenhandel und Schleusern

### 6.4.1 Von Eurojust geleistete Unterstützung bei der Beweiseinholung von Opfern des Menschenhandels

In den meisten Mitgliedstaaten der EU sind es sehr oft die Aussagen der Opfer, auf die es für den Beweis des Menschenhandels und die Erwirkung einer Verurteilung ankommt. Opfer des Menschenhandels, insbesondere Minderjährige, sind von Natur aus vulnerabel. Deshalb genießen sie einen besonderen rechtlichen Status. Die Anwendung dieser Gesetzesbestimmungen ist nicht immer einfach. Im Zusammenhang mit Menschenhandel sind Polizei und Justiz vor allem mit zwei Problemen konfrontiert: Sie müssen die Opfer identifizieren und erforderlichenfalls überzeugen, mit den Strafverfolgern zu kooperieren und gegen die Täter auszusagen. In vielen der im [Eurojust-Bericht zu Menschenhandel](#) (Februar 2021) analysierten Fälle waren die Opfer nicht aussagewillig, weil sie befürchteten, von den Behörden nicht vor den Tätern geschützt zu werden. Zum Teil lag die Schwierigkeit auch darin, die Opfer zu einer wahrheitsgemäßen Aussage zu bewegen.

In den analysierten Fällen trafen sich die nationalen Behörden bei Eurojust, um gemeinsam den richtigen Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem die Opfer in den verschiedenen Ländern angesprochen werden sollten; um festzulegen, welche Spezialisten dies übernehmen sollten; und um Fragenkataloge und -strategien auszuarbeiten. Es galt, eine sekundäre Viktimisierung zu vermeiden. Eurojust achtet darauf, dass die Aussagen der Opfer gerichtsfest sind und die Rechte und das Wohl der Opfer gewahrt werden, und trägt so nicht nur zur erfolgreichen Strafverfolgung der Menschenhändler bei, sondern auch zu Hilfe, Schutz und Wiedergutmachung für die Opfer.

Außerdem kann Eurojust dabei helfen, sicherzustellen, dass die Aussagen, die die gemeinsamen Ermittlungsgruppen von Opfern einholen, gerichtsfest sind; etwa indem Eurojust die Vorschriften für die Opfervernehmung klärt, die im anderen Land gelten, oder durch Aufnahme von Anhängen zu den GEG-Vereinbarungen, die klarstellen, wie bestimmte Arten von Beweisen (etwa Zeugenaussagen von minderjährigen Opfern) nach den Vorschriften der betreffenden Ländern einzuholen sind.

### 6.4.2 Verwendung der Aussagen von Migranten für die Bekämpfung der Schleuserei

An den Grenzen der EU eintreffende Migranten liefern den verschiedenen nationalen Behörden, aber auch EU-Agenturen, Nichtregierungs- und anderen Organisationen



Fotos © Shutterstock

häufig wertvolle Angaben, z. B. zu Schleuser Routen, zur Vorgehensweise der Täter sowie zu den Rollen und Verantwortlichkeiten innerhalb von OCG. Die rechtliche Gültigkeit der dabei erlangten Informationen und deren Verwertbarkeit in Strafverfahren ist jedoch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat verschieden. Die Eurojust-Publikation [Migrant Smuggling In Focus](#) gibt einen Überblick über die Verwertbarkeit und den rechtlichen Charakter der Aussagen von Migranten, die an den Außengrenzen der EU nach den Vorschriften des jeweiligen EU-Mitgliedstaats oder aber von den Staaten, mit denen Eurojust ein Kooperationsabkommen hat, vernommen werden. In der Broschüre werden bewährte Verfahren und Erfahrungen auf diesem Gebiet vorgestellt, um die justizielle Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu verbessern.

Die Analyse der rechtlichen Einordnung der Aussagen der Migranten zeigt, dass diese in einigen Ländern als (nachrichtendienstliche) Erkenntnisse, in anderen dagegen, je nach den Umständen, als Beweismittel oder (nachrichtendienstliche) Erkenntnisse eingeordnet werden. In den meisten Staaten ist nicht besonders geregelt, wie Aussagen von Migranten an den Außengrenzen einzuholen sind. Die Rechtsstellung der Migranten, die unmittelbar, nachdem sie an Land kommen, Aussagen machen, ist nicht unionsweit einheitlich geregelt. Zumeist werden solche Migranten entweder als Verdächtige oder als Zeugen klassifiziert, wobei einige Staaten ein Mischkonzept haben. In manchen Staaten kommt der Status eines „geschützten Zeugen“ in Betracht, wenn die Informationen, die der Migrant liefert, für Ermittlungen gegen Schleuser nützlich sind. In solchen Staaten gelten einfache Aussagen von Migranten, die allgemeine Angaben enthalten, nicht als gerichtsfeste Beweise.

Aus dieser Kartierung der Rechtslage in Europa werden beachtliche Probleme und Unterschiede zwischen den Ländern deutlich. Eurojust empfiehlt nationalen Behörden, die mit Schleuserkriminalität befasst sind, deshalb, Eurojust um Unterstützung zu ersuchen, insbesondere wenn GEG zwischen EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten gebildet werden.

## 7. Schutz der Opferrechte bei grenzüberschreitender Kriminalität

Mit seiner Unterstützung von mehr als 10 000 Ermittlungen wegen verschiedenster Arten schwerer grenzüberschreitender Kriminalität trug Eurojust 2021 dazu bei, nahezu 100 000 Opfern dieser Straftaten Gerechtigkeit zuteilwerden zu lassen.

### 7.1 Die Herausforderungen

Grenzüberschreitende Ermittlungen sollen den Opfern von Verbrechen Gerechtigkeit zuteil werden lassen, indem sie die Täter vor Gericht bringen. In komplexen Fällen grenzüberschreitender Kriminalität kann der Schutz der Opferrechte jedoch besonders schwierig sein, weil es zum Beispiel eine Vielzahl von Opfern gibt. Deshalb sind sowohl die Verfahrensstellung der Opfer als Zeugen als auch die Unterschiede zwischen den nationalen Rechtsordnungen genau zu bedenken. Weitere Schwierigkeiten können sich ergeben, wenn es darum geht, die Opfer zu identifizieren oder die Teilnahme an verschiedenen Gerichtsverhandlungen so zu gestalten, dass eine sekundäre Viktimisierung vermieden wird. Probleme dieser Art können das Recht auf Restitution und Entschädigung untergraben.

### 7.2 Die Rolle von Eurojust

Häufig sind es im grenzüberschreitenden Kontext die Staatsanwälte und Ermittlungsrichter, die am besten in der Lage sind, die Probleme bezüglich der Opferrechte zu erkennen und zu lösen. Eurojust tritt deshalb dafür ein, systematisch darauf zu achten, dass der Aspekt der Opferrechte bereits frühzeitig und als eigenständiger Aspekt berücksichtigt wird; dies ist ein integraler Bestandteil der Unterstützung, die die Agentur den nationalen Justizbehörden leistet. Deshalb kann und muss Eurojust eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, die Risiken zu minimieren, die sich dadurch ergeben, dass es sich um grenzüberschreitende Fälle handelt. Eurojust sorgt deshalb für eine rechtzeitige und effiziente Koordinierung zwischen den verschiedenen, mit dem Fall befassten Ländern und Akteuren, die auf den Schutz der Opferrechte abzielt. Dank seiner besonderen Stellung ist Eurojust sehr gut in der Lage, den Informationsaustausch über Opfer zu ermöglichen, damit diese erkannt, gerettet und geschützt werden. Eurojust kann insbesondere dazu beitragen, Zuständigkeitskonflikte zu vermeiden bzw. zu lösen sowie konkrete Lösungen für Opfer in allen Teilen der Europäischen Union zu finden, z. B. was das Recht der Opfer auf Entschädigung angeht.



Online-Anlagebetrug, mit dem Opfer um 30 Mio. EUR gebracht wurden, gestoppt



**STRAFTAT:** Mit vier verschiedenen Arten von Online-Anlagebetrug brachte eine Gruppe der organisierten Kriminalität (OCG) Tausende Opfer aus ganz Europa um schätzungsweise 30 Mio. EUR.

**MASSNAHME:** Im Mai 2021 fand ein gemeinsamer Aktionstag statt. Im Zuge dieser zeitgleich in sieben Ländern stattfindenden Operation, bei der deutsche Ermittler und Beamte in Bulgarien im Einsatz waren, gab es eine Vielzahl von Durchsuchungen in Bulgarien, Israel, Schweden, Polen und Nordmazedonien.

**ERGEBNIS:** Am Aktionstag wurden sechs mit EuHb gesuchte Verdächtige festgenommen, die einen Fake-Handel mit High Risk Optionen und Kryptowährungen anboten, wobei sie den Opfern mit manipulierter Software Kapitalgewinne vorspiegelten. Beschlagnahmt wurden Immobilien, Luxusautos und Bankkonten im Wert von mindestens mehreren Millionen Euro.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Zur Unterstützung des Aktionstags richtete Eurojust ein Koordinierungszentrum ein und half bei der Vollstreckung von EEA, EuHb und Rechtshilfeersuchen sowie bei der Sicherstellung von Zertifikaten für Vermögenswerte und der Sperrung von Bankkonten.

Die Interessen der Opfer sind einer der Faktoren, die für Eurojust im Vordergrund stehen, sei es in Koordinierungssitzungen, in denen Eurojust die Strafverfolgungsstrategien unterstützt, oder wenn Eurojust im Falle paralleler oder miteinander im Zusammenhang stehender Verfahren die betroffenen Mitgliedstaaten der EU gemäß den Eurojust-Richtlinien berät, weil es Konflikte wegen mehrerer EuHb oder Auslieferungsersuchen gibt. So hat die Agentur zum Beispiel in den [Eurojust-Richtlinien über die Verfolgung von Anlagebetrug](#), die im Juli 2021 veröffentlicht wurden, aufgezeigt, wie sie in Fällen mit einer Vielzahl von Opfern in aller Welt den Mitgliedstaaten helfen kann, die Opfer (soweit rechtlich möglich) zu kategorisieren und die Verfahren auf nationaler und internationaler Ebene zu bündeln.

Der jüngst herausgegebene [Bericht zur Fallarbeit von Eurojust im Bereich Opferrechte](#) stellt die umfangreiche Erfahrung dar, die Eurojust im Laufe der Jahre

gesammelt hat, und gibt einen Überblick über bewährte Verfahren, mit denen in den Deliktgruppen, die in der EU von größter Bedeutung sind, den Opferrechten Rechnung getragen werden kann. Aus der Fallarbeit von Eurojust ist ersichtlich, dass bei Menschenhandelsdelikten, aber auch bei der Terrorismusbekämpfung die Strafverfolgung erfolgreicher ist, wenn die Opfer stärker berücksichtigt werden. Deshalb sind Eurojust und das Europäische Justizielle Netz aktive

Mitglieder der Plattform für Opferrechte, einer der Hauptkomponenten der EU-Strategie für die Rechte von Opfern (2020-2025). Zusammen mit anderen Agenturen und Netzwerken wird zurzeit ein gemeinsamer Bericht über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zum Schutz der Rechte von Opfern in grenzüberschreitenden Fällen ausgearbeitet, der 2022 veröffentlicht wird.

## Multinationales Menschenhandelsnetz ausgeschaltet



**4. September 2021 – Koordinierte Simultaneinsätze** in Italien und der Republik Moldau führen zur Zerschlagung von Menschenhändlerring. Operation führt zur **Festnahme von sechs Verdächtigen. Fast 90 Opfer** aus den Klauen der Bande gerettet. Den Opfern wird Schutz und Rechtsbeistand zugesichert. **Beweismittel für Verfahren** vor den zuständigen Strafgerichten.

Die italienischen und moldauischen Behörden vereinbaren, im Januar 2022 eine **vierte Koordinierungssitzung** bei Eurojust abzuhalten, um Zuständigkeitsfragen (wer verfolgt welche Verdächtige wegen welcher Straftaten) abzuklären und diesbezügliche Konflikte zu vermeiden.



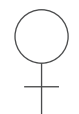
**März 2021** – Bildung einer von Eurojust finanzierten **gemeinsamen Ermittlungsgruppe** mit operativer Unterstützung durch Eurojust und Europol. Die italienischen und moldauischen Behörden bündeln ihre Kräfte, um die Aktivitäten der kriminellen Vereinigung zu kartieren sowie Informationen und Beweismittel zu sammeln und auszutauschen.



**März-Dezember 2021 – drei Koordinierungssitzungen** bei Eurojust, um die erforderliche Zusammenarbeit zu besprechen, die Bildung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe zu planen und gemeinsame Aktionen vorzubereiten.

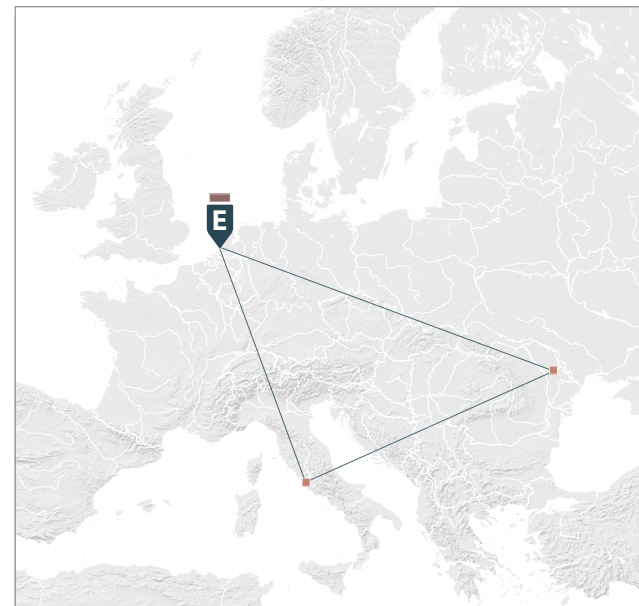


**Januar 2021** – Zur Verbindung der parallelen nationalen Ermittlungsverfahren wird **bei Eurojust ein Fall eröffnet**, an dem das **nationale Verbindungsbüro Italiens, die Eurojust-Kontaktstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft der Republik Moldau und Europol** mitarbeiten, um ein koordiniertes und strukturiertes internationales Vorgehen in der Sache voranzutreiben.



Die kriminelle Vereinigung, die seit 2018 in der Republik Moldau aktiv ist, nutzt Online-Plattformen, um vulnerable Frauen zu rekrutieren. Diesen sozial benachteiligten Frauen aus schwierigen Verhältnissen wird Arbeit als Haushaltsangestellte in Italien in Aussicht gestellt. Wenn sie sich darauf einlassen, wird ihre Arbeitskraft in schwerster Weise ausgebeutet, sie werden gezwungen, unter elenden Bedingungen zu hausen und sind Einschüchterungen und Gewaltandrohungen ausgesetzt. Ihre Reisepässe werden ihnen weggenommen, um falsche Dokumente herzustellen, u. a. falsche COVID-19-Zertifikate und Arbeitsverträge.

2019 beginnen die moldauischen und italienischen Behörden, getrennt gegen diese kriminelle Vereinigung zu ermitteln.



## 8. Globaler Akteur von wachsender Bedeutung

### 8.1 Internationales Abkommen mit Drittstaaten

Im März 2021 erteilte der Rat der Europäischen Kommission den Auftrag, für Eurojust in Verhandlungen über internationale Abkommen mit 13 Drittstaaten einzutreten. Der [Beschluss des Rates](#) öffnet den Weg, mit Algerien, Argentinien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Israel, Jordanien, dem Libanon, Marokko, Tunesien und der Türkei Verhandlungen über Abkommen über den Informationsaustausch aufzunehmen. Diese Liste beruht auf der Vierjahresstrategie, die von Eurojust 2019 in Konsultation mit der Kommission beschlossen wurde. In der Vierjahresstrategie sind auch eine Liste internationaler Organisationen angegeben, die für eine operative Zusammenarbeit in Frage kommen.

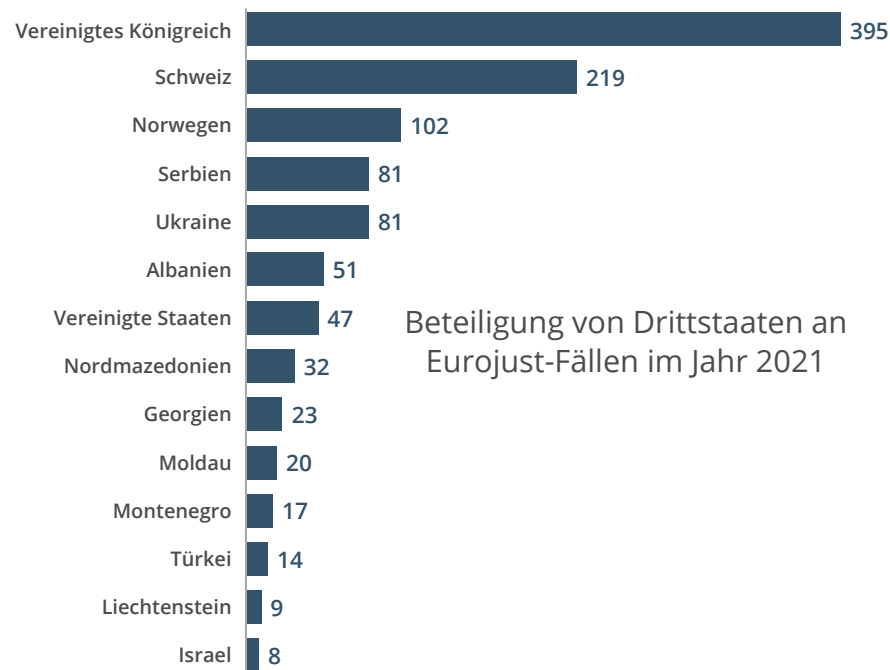
### 8.2 Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust

Bei den jährlichen Evaluierungssitzungen zu den Kooperationsabkommen wird immer wieder erwähnt, dass Drittstaaten, die einen Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust entsenden, feststellen, dass die Fallarbeit zunimmt und die Zusammenarbeit besser wird. 2021 waren es das Vereinigte Königreich und Albanien, die als Drittstaaten erstmals Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust entsandten; damit sind es jetzt zehn Drittstaaten, die bei Eurojust vertreten sind.

Die Präsenz der Verbindungsstaatsanwälte aus Drittstaaten ermöglicht engeren Kontakt und ein besseres Verständnis auch im Verhältnis zu diesen Ländern, wovon auch die Drittstaaten, die Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust entsenden, profitieren.

**Vereinigtes Königreich** – Zusammenarbeit von Eurojust mit dem Vereinigten Königreich begann im Januar mit der Entsendung des ersten britischen Verbindungsstaatsanwalts zu Eurojust. Diese Entsendung – wie auch die Kooperation mit dem Vereinigten Königreich im Jahr 2021 – beruht auf dem [Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich](#). Anfang 2021 gab Eurojust einen Praxis-Leitfaden für Justizpraktiker über die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich heraus.

Im Dezember 2021 unterzeichneten Eurojust und das Innenministerium des Vereinigten Königreichs eine Arbeitsvereinbarung, um die wirksame grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit sicherzustellen. Diese



Vereinbarung zur Durchführung des Handels- und Kooperationsabkommens regelt die praktischen und verwaltungstechnischen Einzelheiten der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertragsparteien.

**Albanien** – Ende Januar 2021 entsandte Albanien seinen ersten Verbindungsstaatsanwalt zu Eurojust. Wegen der Pandemie wurde das Büro des Verbindungsstaatsanwalts bei Eurojust erst im Oktober in Anwesenheit des Generalstaatsanwalts Albaniens offiziell eröffnet.

### 8.3 Kontaktstellen

Eurojust hat sich Zeit seines Bestehens auch auf ein Netz von Kontaktstellen in Drittstaaten gestützt, das immer weiter gewachsen ist. 2021 stieg die Zahl der Kontaktstellen für Eurojust auf mehr als 60; hinzugekommen sind Costa Rica,



Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Paraguay und die Republik Malediven.

#### 8.4. Erweiterung der Kooperation auf Regionen in aller Welt: Verbindung von Projekten und Netzwerken

**Westbalkan** – Zusammenarbeit von Eurojust mit den Partnern der Westbalkanländer war wegen mehrerer im Zusammenhang stehender Operationen von entscheidender Bedeutung. Das EU-Instrument für Heranführungshilfe ermöglicht technische Hilfe zur Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Westbalkanländern und der EU, zum Beispiel durch finanzielle Unterstützung für die Entsendung von Verbindungsstaatsanwälten zu Eurojust, wobei dies durch einen externen Durchführungspartner geschieht, mit dem Eurojust eng zusammenarbeitet. Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Albanien haben Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust entsandt.

Im Dezember 2021 hat die slowenische Präsidentschaft Eurojust besondere Gelegenheit gegeben, am EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres teilzunehmen, bei dem es um die Bekämpfung schwerer Straftaten, die Digitalisierung der Justiz und die Richterausbildung ging.

**Lateinamerika** – Seit das von der EU finanzierte Projekt EL PACCTO 2017 begann, hat Eurojust intensiv daran mitgewirkt. Dass sich das lohnt, zeigte sich 2021, als mehrere lateinamerikanische Länder Kontaktstellen für Eurojust benannten. Eurojust nahm im März an einer Online-Konferenz und im Oktober an einem Workshop in Lima teil, die beide von EL PACCTO veranstaltet wurden. Dabei ging es um praktische Aspekte der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten und Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung des Dialogs.

**Westafrika** – In einem Online-Meeting, das im Oktober 2021 mit Unterstützung von UNODC stattfand, vereinbarten Eurojust und das Westafrikanische Netzwerk der Zentralbehörden und Staatsanwälte (WACAP) die Benennung von Kontaktstellen als ersten Schritt zur Förderung des wechselseitigen Vertrauens und Dialogs. Dieser erste Kontakt ermöglichte die Aufnahme bilateraler Gespräche mit den nigerianischen Behörden, und es wurde in Erwägung gezogen, Vertreter von WACAP zu den Treffen der Fokusgruppe „Schleuserkriminalität“ einzuladen.

**EuroMed Justice** – EuroMed Justice bringt die wichtigsten Interessenträger im Bereich der Strafrechtspflege zusammen; vertreten sind u. a. die südlichen Partnerländer, Eurojust, das Europäische Justizielle Netz, die Mitgliedstaaten der EU sowie andere relevante EU- und internationale Organisationen. Seit Mitte 2020 wird das Programm EuroMed Justice von Eurojust verwaltet; 2021 war also das erste volle Jahr der Programmdurchführung bei Eurojust.

Im Februar 2021 kamen 14 Mitgliedstaaten zum Programm hinzu und 10 wurden Mitglieder von CrimEx. Der Aufbau direkter Kommunikationswege und wirksamer Verbindungen unter den Justizbehörden trug zur Verbesserung der Kooperation im Mittelmeerraum bei.

Eurojust wirkte bei der Entwicklung der Analyseinstrumente von CrimEx und an der Bildung von Untergruppen des EMJNet für Cyberkriminalität und Schleuserkriminalität mit und erstellte auch einen Leitfaden für die Formulierung regionsübergreifender Strategien.

##### *EMJNet – Netzwerk der Kontaktstellen für die operative Kooperation*

Im Oktober erklärte sich CrimEx bereit, zur Erweiterung der operativen Kooperation ein Netzwerk aktiver Kontaktstellen einzurichten, das EMJNet. EMJNet soll die internationale justizielle Zusammenarbeit unterstützen und direkte Kontakte und Operationen zwischen den Behörden der Strafrechtspflege in den südlichen Partnerländern und den EU-Mitgliedstaaten koordinieren und stärken. Zur Erleichterung der Bildung und Funktionsweise des EMJNet wurde ein Verzeichnis der Kontaktstellen erstellt.

##### *Drittes Forum der Generalstaatsanwälte und Strategiedokumente*

Beim 3. Forum der Generalstaatsanwälte, das im November bei Eurojust stattfand, vereinbarten die Generalstaatsanwälte der EU-Mitgliedstaaten und der südlichen Partnerländer den ersten regionsübergreifenden Strategieplan für die justizielle Zusammenarbeit für den Zeitraum 2022-2025.

Die sechs strategischen Ziele des Strategieplans sind auf zwei Hauptthemen abgestimmt, die in der ganzen Mittelmeerregion Priorität haben: Diese sind zum einen Menschenhandel und Schleuserkriminalität und zum anderen die Einziehung von Erlösen aus Straftaten und die Abschöpfung illegalen Vermögens.

## Internationale Operation gegen Cyberkriminelle wegen weltweiter Ransomware-Angriffe



**26./27. Oktober 2021 – 12 Personen**, gegen die in mehreren Ländern in Aufsehen erregenden Fällen ermittelt wird, **sind im Visier einer gemeinsamen Operation** unter Mitwirkung der Ukraine, der Schweiz, Frankreichs, der Niederlande, Norwegens und der Vereinigten Staaten. **Einsatz von mehr als 50 ausländischen Ermittlern** in der Ukraine zur Unterstützung der gemeinsamen Aktion, darunter sechs Spezialisten von Europol. Beschlagnahmt werden mehr als 52 000 USD in bar sowie fünf Luxusautos, aber auch elektronische Geräte zur forensischen Untersuchung auf weitere Beweismittel und neue Spuren für weitere Ermittlungen.



**2019-2021** – Insgesamt **sieben Koordinierungssitzungen** bei Eurojust zur Erleichterung der grenzüberschreitenden **justiziellen Zusammenarbeit** und des **Informationsaustauschs**. Europol leistet **digitalen forensischen Support** und **Cyber-Intelligence** und richtet eine Reihe von operativen Sitzungen aus.



**September 2019** – Auf Initiative der französischen Behörden wird eine **gemeinsame Ermittlungsgruppe (GEG)** gebildet, an der **Frankreich, Norwegen** und das **Vereinigte Königreich** teilnehmen. Im Januar 2020 kommt noch die **Ukraine** hinzu. Ziel ist, den Umfang und die Komplexität der begangenen Straftaten aufzudecken und eine gemeinsame Strategie festzulegen. Die GEG erhält finanzielle Hilfe von Eurojust sowie operative Unterstützung von Eurojust und Europol. Die GEG-Partner arbeiten eng mit Kollegen in den **Niederlanden** und den **Vereinigten Staaten** zusammen, die parallel dazu eigene Ermittlungen führen.



**Februar 2019 – Eröffnung eines Falls auf Initiative des französischen Verbindungsbüros bei Eurojust**; die Ermittlungen erstrecken sich auf **drei Mitgliedstaaten**, **fünf Drittstaaten**, die Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust entsandt haben, sowie **Europol**.



2019: Aufdeckung einer in hohem Maße organisierten kriminellen Vereinigung, die auf verschiedene Weise (u.a. mit *LockerGoga*- und *MegaCortex*-Ransomware) IT-Systeme in aller Welt angreift. Sie arbeitet mit Brute-Force-Angriffen, SQL-Injections, gestohlenen Zugangsdaten und Phishing-E-Mails mit Schadinhalten. Da die Malware im angegriffenen System nicht entdeckt wird, verbleibt sie dort zum Teil monatelang und kann sich in dieser Zeit immer weiter ausbreiten. Die Bande greift vor allem Großunternehmen an, deren Tätigkeit sie oftmals zum Stillstand bringt. Die Entschlüsselung wird erst ermöglicht, wenn das von den Angreifern geforderte Lösegeld in Bitcoin gezahlt wird. Insgesamt gab es derartige Angriffe in 71 Ländern. Für die Opfer sind die Folgen oftmals verheerend.



# Zusammenarbeit von Eurojust mit Drittstaaten

## Internationale Abkommen und Kooperationsabkommen

**EUROJUST**



Internationale Abkommen und Kooperationsabkommen ermöglichen es Eurojust, operative Informationen, einschließlich Beweismitteln und personenbezogener Daten, auf systematische Weise mit den nationalen Behörden des jeweiligen Landes auszutauschen.

Bislang hat Eurojust derartige Abkommen mit 13 Drittstaaten abgeschlossen, nämlich mit **Albanien, Georgien, Island, Liechtenstein, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, der Schweiz, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich, und den Vereinigten Staaten.**

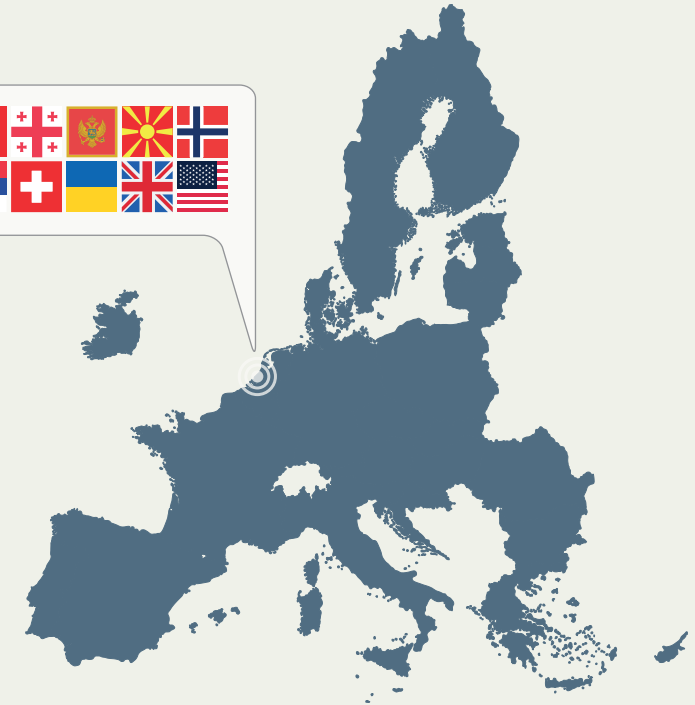
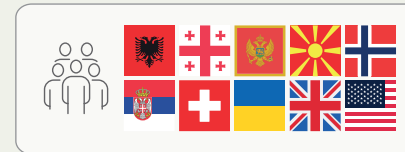
## Kontaktstellennetz

Eurojust verfügt zurzeit über aktive Verbindungen zu **mehr als 60 Ländern in aller Welt.**

Bei Straftaten, die über die Grenzen der Europäischen Union hinaus begangen werden, können die von den nationalen Behörden benannten Kontaktstellen Staatsanwälten aus Mitgliedstaaten helfen, Informationen über die Rechtsordnungen der Drittstaaten einzuholen und Probleme in der justiziellen Zusammenarbeit zu lösen.



## Verbindungsstaatsanwälte



Verbindungsstaatsanwälte aus Ländern außerhalb der EU werden **zu Eurojust entsandt**. Sie arbeiten Seite an Seite mit ihren Kollegen aus den Mitgliedstaaten, um diese bei grenzüberschreitenden Ermittlungen, die das Land des Verbindungsstaatsanwalts betreffen, zu unterstützen.

Zurzeit sind zehn Verbindungsstaatsanwälte zu Eurojust entsandt, die aus **Albanien, Georgien, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, der Schweiz, der Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten** kommen.



## 9. Gewährleistung der Justizkomponente in der Sicherheitskette der Union

Die Europäische Union betreibt eine umfangreiche Politik zum Ausbau des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für ihre Bürgerinnen und Bürger, aber auch über ihre Grenzen hinaus. In diesem Rahmen ist die Agentur Teil der Justizkomponente: Eurojust trägt dazu bei, dass die Straftäter nicht nur gefasst, sondern auch ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Die Arbeit mit den verschiedenen Partnern in der Union ist deshalb ein wichtiges Element.

### 9.1 Konsultationsforum

Im Oktober kamen Generalstaatsanwälte und Leitende Oberstaatsanwälte aus der Europäischen Union bei Eurojust zum 15. Konsultationsforum zusammen, das nach zwei Jahren erstmals wieder im Präsenzformat stattfand. Wegen der COVID-19-Pandemie war es 2020 nicht möglich gewesen, das Forum durchzuführen. Die Hauptthemen des Forums, bei dem auch die Europäische Generalstaatsanwältin Laura Kövesi zu den Teilnehmern sprach, waren die Digitalisierung der Justiz und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft.

Der Vorsitz im Forum wurde von den Staatsanwälten bzw. Generalstaatsanwälten Sloweniens, Portugals, Deutschlands und Kroatiens, also aller vier Präsidentschaften des Rates der EU in den Jahren 2021 und 2020, geführt.

“ In der COVID-19-Pandemie hat sich erwiesen, dass es in der Krise auf den Zusammenhalt ankommt. Deshalb veranstalten wir das 15. Forum gemeinsam – als klares Zeichen der Solidarität mit den Staatsanwaltschaften in der Europäischen Union. Dass wir wieder persönlich zusammenkommen können, um über neue Entwicklungen, die Kooperation mit der EUStA und die Digitalisierung der Justiz zu sprechen, ist ein großes Privileg und eine Freude. Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, die Justiz unionsweit voll zu digitalisieren, um grenzüberschreitende Kriminalität künftig effizient bekämpfen zu können. Dieser Prozess muss beschleunigt werden. ”

Gemeinsame Erklärung der Staatsanwälte bzw. Generalstaatsanwälte der vier Ratspräsidentschaften

### Gemeinsame Arbeit zur Bekämpfung von Betrug zulasten des NextGenerationEU-Haushalts

Gemeinsam mit Europol, EUStA, OLAF und 20 Mitgliedstaaten nimmt Eurojust an der Operation Sentinel zur Bekämpfung von Betrug, Korruption, Veruntreuung und anderen Straftaten zum Nachteil der im Rahmen der NextGenerationEU-Initiative aufgelegten COVID-19 EU-Aufbaufonds teil. Diese Operation soll sicherstellen, dass die 806,9 Milliarden EUR aus dem EU-Haushalt zur Ankurbelung der Wirtschaft verwendet werden und nicht in Verbrecherhänden landen.

### 9.2 Operative Kooperation mit den Hauptakteuren in der Strafjustizpflege der EU

**Europol** – Europol ist nach wie vor ein enger Arbeitspartner von Eurojust, sowohl in der täglichen Fallarbeit als auch in strategischen Fragen. Im Interesse einer guten Kommunikation zwischen den Agenturen fand im Juli 2021 die regelmäßige Sitzung des Steuerungsausschusses statt und im Januar 2022 eine hochrangige Tagung des Direktors von Europol und des Präsidenten von Eurojust.

Zusätzlich zu den Hunderten Eurojust-Fällen, bei denen Europol mitwirkt, gab es auch andere Bereiche, in denen die beiden Agenturen kooperierten:

- ▶ EMPACT – um den EMPACT-Zyklus 2022-2025 vorzubereiten und der Richterschaft die Bedeutung von EMPACT zu vermitteln
- ▶ Gemeinsame Berichte: Dritter Bericht über die Beobachtungsfunktion zur Verschlüsselung, SIRIUS EU Digital Evidence Situation Report
- ▶ Das Projekt SIRIUS zum Wissensaustausch über den grenzübergreifenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln
- ▶ Ein Projekt über Rechenschaftsgrundsätze für Künstliche Intelligenz im Rahmen des Innovation Hub for Internal Security

**EUStA** – In Vorbereitung auf die Aufnahme der Tätigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die gleich anschließend einsetzende Kooperation unterzeichneten Eurojust und die EUStA im Februar 2021 eine Arbeitsvereinbarung, in der die praktischen Aspekte ihrer Zusammenarbeit zur Bekämpfung von strafbaren Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union geregelt sind.

Mit der Vereinbarung werden die in den Eurojust- und EUStA-Verordnungen vorgesehenen Kooperationsmethoden in die Praxis umgesetzt. Dazu gehören dazu gehören z. B. die Regelung des Informationsaustauschs zwischen beiden Organisationen sowie die Unterstützung, die Eurojust der EUStA bei Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit und bei Entscheidungen leistet, die Drittstaaten oder Mitgliedstaaten betreffen, die nicht an der Einrichtung der EUStA teilnehmen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei dem Datenschutz, wobei eng mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten zusammengearbeitet wurde.

Im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit haben EUStA und Eurojust die Gründung von Verbindungsteams vereinbart. Seit der Betriebsaufnahme der EUStA am 1. Juni 2021 arbeitet Eurojust bei der Fallarbeit mit seinem neusten, mit Sonderrechten ausgestatteten Partner zusammen.

**OLAF** – Das OLAF ist weiterhin ein wichtiger Partner für die operative Arbeit von Eurojust an Fällen des Betrugs zum Nachteil des EU-Haushalts. Am 1. Juli 2021 führten Eurojust und OLAF ihr gemeinsames Trainingsprogramm durch. Im Nachgang zu dem Seminar, das Eurojust 2020 für Ermittler des OLAF abhielt, stellte OLAF Experten von Eurojust einige Fallstudien aus der Praxis, die Methoden des OLAF zur Datenanalyse sowie die neue OLAF-Verordnung vor. Im Anschluss wurde eingehend erörtert, wie die Zusammenarbeit im PIF-Bereich unter den neuen rechtlichen und institutionellen Bedingungen weitergeht.

**eu-LISA** – Die Einrichtung des Zugangs für Eurojust zu ECRIS-TCN, dem neuen IT-Großsystem von eu-LISA, sowie die Interoperabilitätsarchitektur zur Verstärkung des Bereichs Justiz und Inneres bilden die Grundlage des auf drei Jahre ausgelegten Kooperationsplans 2021-2023, den die beiden Agenturen im Oktober 2021 unterzeichneten. Der Plan umfasst auch die künftige Kooperation im Kontext der Initiative zur Digitalisierung der Strafjustiz und von e-CODEX, einem grenzüberschreitenden justiziellen Instrument, das ab 2023 von eu-LISA verwaltet werden wird.

**FRA** – Der Präsident von Eurojust Ladislav Hamran und der Direktor der Grundrechteagentur (FRA) Michael O’Flaherty trafen sich im Juni 2021, um zu

## Eurojust-Fälle mit EUStA-Beteiligung in der Praxis



In einem recht neuen und noch laufenden Fall, der einen komplexen Karussellbetrug betrifft, forderte der deutsche Delegierte Europäische Staatsanwalt die Unterstützung von Eurojust an, da der Fall auch Mitgliedstaaten betrifft, die nicht an der EUStA teilnehmen. Die Unterstützung ist dieselbe, die Eurojust den nationalen Behörden in anderen Fällen von Eurojust anbietet, wobei auch die EUStA an den Koordinierungssitzungen teilnimmt. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass die EUStA an einer gemeinsame Ermittlungsgruppe teilnimmt und dass auch Europol eingeschaltet wird.

Die ersten Erfahrungen beweisen, dass die Arbeitsvereinbarung zwischen Eurojust und der EUStA die Aufnahme der Zusammenarbeit mit den Delegierten Europäischen Staatsanwälten erleichterte. Die Arbeitsvereinbarung bietet einen soliden Rahmen, der den umfangreichen Informationsaustausch ermöglicht, der für erfolgreiche Ermittlungen und Strafverfolgung unerlässlich ist.




Schweden, ein Mitgliedstaat, der nicht an der EUStA teilnimmt, öffnete den ersten Eurojust-Fall (woran auch Frankreich beteiligt war) für die EUStA. Auch andere schwedische Karussellbetrugsfälle, bei denen die EUStA mitwirkte, wurden von Eurojust unterstützt: durch Beratung über die Vollstreckung von EEA, die Anberaumung von Koordinierungssitzungen sowie erforderlichenfalls die Bildung von GEG, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen.

besprechen, welche Bereiche für eine Kooperation in justiziellen Angelegenheiten in Betracht kommen, z. B. Künstliche Intelligenz, EuHb, Haftbedingungen und Opferrechte. Zur Verbesserungen der bestehenden Zusammenarbeit erstellten die beiden Agenturen für den Zeitraum von Oktober 2021 bis November 2022 eine Liste mit konkreten Maßnahmen in 12 Bereichen von gemeinsamem Interesse.

**EUIPO** – Im März 2021 wurde die Zusammenarbeit zwischen der Agentur der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) und Eurojust zur Bekämpfung der kriminellen Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums

# Ein Fall für Eurojust oder für die EUSTa? Wer ist zuständig für den Schutz der finanziellen Interessen der Union? <sup>1</sup>




## Eurojust ist zuständig für

**EUROJUST**

Deliktgruppen	
Terrorismus	Alle Arten von Delikten, auch mit Auffangkompetenz/ Ausnahmezuständigkeit für Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union
Menschenhandel	
Cyberkriminalität	
Wirtschaftskriminalität	
Umweltkriminalität	
Geldwäsche	
Betrug	
Korruption	
<b>Organisierte Kriminalität</b>	
Drogenhandel	
Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums	
Schleuserkriminalität	
Sonstige schwere grenzüberschreitende Straftaten	

- ▶ **PIF-Kriminalität** auf Antrag eines Mitgliedstaats, der nicht an der EUSTa teilnimmt, oder auf Antrag der EUSTa
- ▶ Straftaten, die nicht unter die sachliche Zuständigkeit der EUSTa fallen, z. B.
  - Mehrwertsteuerbetrug mit weniger als 10 000 000 EUR Gesamtschaden
  - Straftaten mit weniger als 10 000 EUR Schaden zum Nachteil des Haushalts der Union
- ▶ **PIF-Kriminalität** in Fällen, in denen die EUSTa ihre Kompetenz nicht ausübt

**In Konsultation mit den nationalen Behörden meldet Eurojust der EUSTa alle Straftaten, die der Zuständigkeit der EUSTa unterliegen**



## Die EUSTa ist zuständig für

- ▶ **PIF-Kriminalität** (Straftaten gegen die finanziellen Interessen der Union), so wie diese in der PIF-Richtlinie niedergelegt und in nationales Recht umgesetzt sind <sup>2</sup>
  - Betrug in Bezug auf Ausgaben oder Einnahmen des Unionshaushalts
  - Mehrwertsteuerbetrug mit einem Gesamtschaden von mehr als 10 000 000 EUR, bei dem zumindest zwei Mitgliedstaaten betroffen sind
  - Korruption, missbräuchliche Verwendung und Geldwäsche, sofern zum Schaden der finanziellen Interessen der Union
- ▶ **Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung** mit Schwerpunkt auf PIF-Kriminalität
- ▶ Untrennbar verbundene Straftaten

**Wenn Eurojust einen Fall an die EUSTa meldet, informiert die EUSTa Eurojust über ihre Entscheidung betreffend die Einleitung von Ermittlungen.**



## GRUNDSATZ DER LOYALEN ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN EUROJUST UND EUSTA

<sup>1</sup> Es wurde darauf geachtet, die Zuständigkeiten von Eurojust und EUSTa in den Grundzügen darzustellen; der einschlägige Rechtsrahmen ist allerdings recht komplex und hier nicht in allen Details wiedergegeben.

<sup>2</sup> Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug („PIF-Richtlinie“).

durch Fälschung und Online-Produktpiraterie erheblich verstärkt: Nachdem nun die Dienstgütevereinbarung unterzeichnet wurde, wird Eurojust seine Kapazitäten und Fachkenntnisse kräftig ausbauen, um komplexe Ermittlungen in diesem Bereich unterstützen zu können. Die Vereinbarung, die bis Ende 2024 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 750 000 EUR für Eurojust vorsieht, trägt zu diesem Kapazitätsausbau bei, setzt starke Anreize für das Europäische Netz

der Staatsanwälte im Bereich des geistigen Eigentums (EIPPN) und hilft bei der Aufklärung der Staatsanwälte und Richter über dieses Thema.

**EJTN** – Obwohl die Möglichkeiten für Reisen und Zusammenkünfte wegen der Pandemie nach wie vor eingeschränkt sind, ist Eurojust jetzt wieder in der Lage, in den nationalen Verbindungsbüros Praktikanten vom Europäischen Netz für die

Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) aufzunehmen. Die Praktikanten, die bis zu vier Monate bei Eurojust bleiben, verstärken die operativen Kapazitäten und gewinnen dabei ein besseres Verständnis von Eurojust und seiner Arbeit. Im November 2021 richtete Eurojust den ersten Online-Kurzbesuch für das EJTN aus, bei dem fast 50 Staatsanwälte, Richter und Gerichtsmitarbeiter einen ersten Eindruck von der Arbeit der Agentur gewinnen konnten.

### Das Netz der JI-Agenturen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Umweltstraftaten

Im Oktober legten die Agenturen aus dem Bereich Justiz und Inneres anlässlich des EU-Tags gegen Menschenhandel den ersten vollständigen Überblick über die Hilfsmaßnahmen für Opfer von Menschenhandel vor. Der von Eurojust koordinierte Bericht, ein Hauptbaustein der EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels, ist ein wichtiges Referenzdokument für die nationalen Behörden, die in der Bekämpfung des Menschenhandels tätig sind.

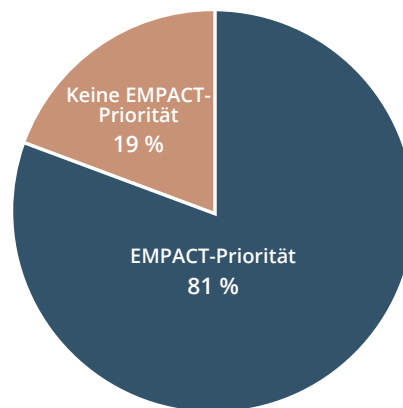
Das JHAAN-Arbeitsprogramm 2021 war dem Umweltschutz und den Zielen des europäischen Grünen Deals gewidmet. Eurojust war an der Ausarbeitung des Programms beteiligt und nahm im Februar und Juni 2021 an zwei Online-Seminaren des JHAAN teil, in denen es um die Strafverfolgung im Umweltbereich ging. Dort wurden die Aktivitäten und Erfahrungen von Eurojust in der Bekämpfung der Umweltkriminalität vorgestellt, insbesondere der Bereich über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich Umweltkriminalität.

Eurojust trug auch erheblich zum gemeinsamen Papier des JHAAN zur Umweltkriminalität, „Environmental Crime – Actions taken by EU Justice and Home Affairs Agencies“, bei. In dem Papier wird die gesamte operative und strategische Arbeit der JI-Agenturen im Bereich der Umweltkriminalität vorgestellt.

### 9.3 Vertretung der justiziellen Belange in EMPACT

Der Politikzyklus EMPACT (Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen) ist eine von den Mitgliedstaaten betriebene und von Kommission und Rat unterstützte Sicherheitsinitiative, die darauf abzielt, Gefahren durch organisierte und schwere internationale Kriminalität zu erkennen, zu priorisieren und zu bekämpfen. EMPACT bringt Fachleute aus den verschiedensten Disziplinen zusammen, um konkret gegen kriminelle Vereinigungen vorzugehen. Die Teilnehmer kommen u. a. aus Strafverfolgungsbehörden, der Richterschaft, EU-Agenturen, Zoll- und Steuerbehörden.

### Fallarbeit von Eurojust und EMPACT-Prioritäten



Die Fallarbeit von Eurojust betrifft überwiegend Delikte, die einer oder mehreren der EMPACT-Prioritäten zuzuordnen sind. Die Grafik zeigt, dass 81 % der 2021 registrierten Eurojust-Fälle in Deliktgruppen fallen, die in EMPACT 2022-2025 priorisiert wurden. Auch wenn es nicht in allen diesen Fällen eine spezifische EMPACT-Maßnahme gab, steht außer Zweifel, dass die Agentur doch fest entschlossen ist und weiter daran arbeitet, die Bekämpfung der als Priorität definierten Delikte zu unterstützen.

### Vorbereitung auf die Teilnahme am nächsten Politikzyklus

2021 arbeitete Eurojust mit den nationalen Behörden und Europol an der Vorbereitung des Beitrags der Agentur zum EMPACT-Zyklus 2022-2025, damit der justizielle Aspekt bei operativen Aktionen (OA) im Rahmen von EMPACT voll vertreten ist. Eurojust trug zum EU-SOCTA 2021 bei und beteiligte sich an der Planung der operativen Aktionen für den kommenden Zyklus.

Ab 2022 wird Eurojust die Leitung der OA innehaben, deren Schwerpunkt der Missing-Trader-Mehrwertsteuerbetrug (MTIC) ist. Außerdem wird Eurojust an der Leitung mehrerer OA in folgenden EMPACT-Prioritäten beteiligt sein: Hochgefährliche kriminelle Vereinigungen, Cyberangriffe, Menschenhandel und Schleuserkriminalität.

Eurojust wird auch weiterhin die im Rahmen von EMPACT für 2022 geplanten gemeinsamen Aktionstage unterstützen, damit gewährleistet ist, dass die Justiz erforderlichenfalls bereitsteht.

### Kommunikationskampagne „Prosecuting with EMPACT“

Ende 2020 beauftragte der Rat Eurojust und das Europäische Justizielle Netz (EJN), mithilfe von Europol eine speziell an nationale Justizakteure gerichtete Kommunikationskampagne durchzuführen, um diese auf den EU-Politikzyklus/EMPACT und insbesondere auf mögliche Synergien/Kooperationsbereiche

hinzuweisen sowie Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgern und Staatsanwälten zu geben. Diese Kampagne mit dem Titel „Prosecuting with EMPACT“ erreichte Hunderte Staatsanwälte in der Europäischen Union.

Die nationalen Mitglieder von Eurojust waren als Teilnehmer und Veranstalter dabei und konnten die Justizmitarbeiter aus ihren Ländern über EMPACT und die Teilnahmemöglichkeiten informieren. Für diese Veranstaltungen erstellte Eurojust ein Standard-Kommunikationspaket und veröffentlichte [EMPACT-bezogene Informationen auf der Eurojust-Website](#). Weitere Aktionen waren eine Präsentation für das Kollegium von Eurojust, das im Juni stattfand, sowie die 57. Vollversammlung des EJM im Oktober 2021.

Am 8. September 2021 veranstaltete Eurojust ein [Webinar mit dem Titel „Prosecuting with EMPACT“](#). Vier Redner von Eurojust, Europol und der Europäischen Kommission hielten Vorträge über die verschiedenen Aspekte von EMPACT und darüber, wie Staatsanwälte in diesem Rahmen arbeiten können. Vorgestellt wurden auch ein EMPACT-Fall von Eurojust und die weiteren Pläne für EMPACT.

Mit dieser Kampagne, die in kurzer Zeit Hunderte Staatsanwälte und Justizexperten erreichte, wurde dafür gesorgt, dass die Zielgruppe auf guter Informationsgrundlage am nächsten Politikzyklus mitwirken kann.



Erfolgreiche Aufdeckung einer auf Lkw-Ladungen spezialisierten Diebesbande – ein EMPACT-Fall, der mit Unterstützung von Eurojust gelöst wurde



EUROJUST



**STRAFTAT:** Eine sehr schnell und mobil agierende OCG stahl auf Lkw-Parkplätzen an Autobahnen in Deutschland und Frankreich in großem Umfang Luxuswaren aus abgestellten Lkw. Waren mit einem geschätzten Gesamtwert von 1,3 Mio. EUR wurden gestohlen, nach Rumänien transportiert und dort von Hehlern weiterverkauft.

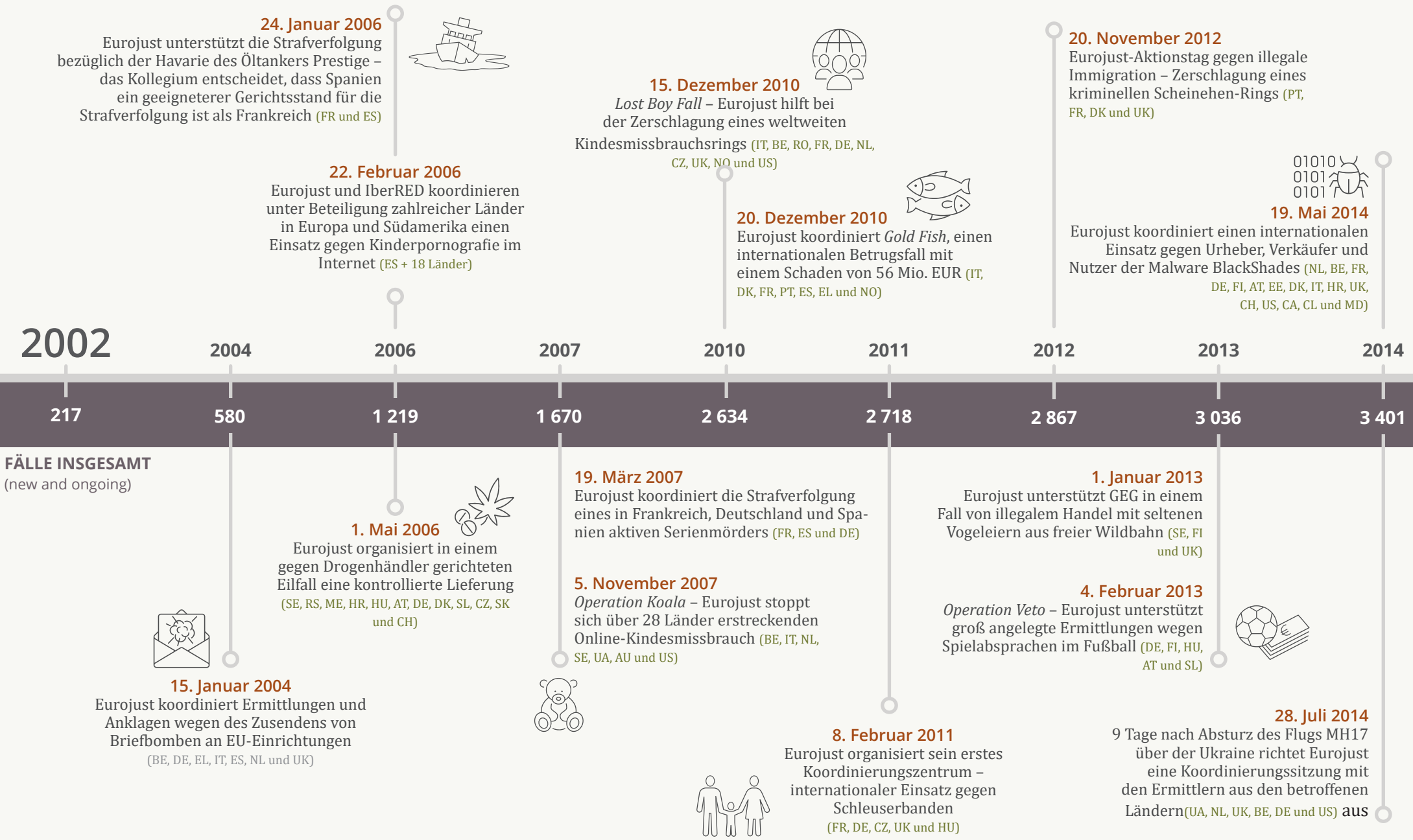
**MASSNAHME:** Ein Aktionstag im November 2021 führte zur Anklage von 34 Verdächtigen und 57 Durchsuchungen in Rumänien und Deutschland.

**ERGEBNIS:** Die OCG wurde zerschlagen und ihren Handlungen ein Ende gesetzt.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Auf Antrag der rumänischen Behörden begann Eurojust die Koordinierung der Kooperation mit Deutschland und Frankreich. Mit Unterstützung von Eurojust wurde eine GEG gebildet, es gab Koordinierungssitzungen zur Besprechung der Strafverfolgungsstrategien und Vorbereitung des Aktionstags. Für den Aktionstag wurde ein Koordinierungszentrum eingerichtet. Eurojust ermöglichte die Vollstreckung von 12 EuHb.



# Fallarbeit aus 20 Jahren Eurojust-Unterstützung für nationale Behörden



10. April 2015

Absturz des Germanwings  
Airbus A320 –

Eurojust hilft bei Beweismittelaustausch  
und Identifizierung der Opfer (FR, BE, DE,  
ES, NL und UK)

14. Juli 2015

Operation Vertigo – Start einer  
Reihe von Aktionstagen gegen  
ein Karussellbetrugssystem,  
Mehrwertsteuerbetrug mit Schaden von  
etwa 300 Mio. EUR (DE, BE, CZ, DK, FR, IE, IT,  
LU, NL, PL, RO, SK, ES, SE, UK, CY, HU und AT)



2015

4 173

1. Januar 2018

Fall Caesar – Gemeinsames Vorgehen  
von Genozid-Netz und Eurojust gegen in  
Syrien begangene Verbrechen gegen die  
Menschlichkeit (DE und FR)

2. Februar 2016

Karussellbetrug- und Geld-  
wäschering zerschlagen (DE, FR, BE,  
ES, PT, LU und NL)

1. Dezember 2016

Zerschlagung der internationalen Botnet-  
Infrastruktur „Avalanche“ in einer Cyber-  
Operation – Eurojust unterstützt mit  
rechtlicher Beratung (AT, BE, BG, FI, FR, DE, HU, IT,  
LT, LU, NL, PL, RO, SE, UK und 14 Drittstaaten)



2016

4 897

2017

5 608

2018

6 654

5. Dezember 2018

Operation Pollino – Eurojust koordiniert  
den bislang schwersten Schlag gegen die  
‘Ndrangheta-Mafia (NL, IT, DE, BE, LU, UK, ES, PT  
und CH)



14. Juni 2019

Organisierter sexueller  
Missbrauch mit Hilfe von Eurojust  
beendet (FR, RO, DE und IT)

1. Juli 2019

Eurojust hilft bei  
Aufdeckung von  
Betrug mit Fake-Bio-  
Lebensmitteln (IT und RS)

15. Juli 2019

Gemeinsamer  
Aktionstag führt zur  
Zerschlagung einer  
Gruppe organisierter  
Kriminalität, die  
kontaminierten Fisch  
verkauft (RO, IT, ES, FR, PT  
und HU)

2019

7 804

2020

8 799

23. Mai 2020

Koordinierung durch die nationalen  
Büros Ungarns und Belgiens führt  
binnen 24 Stunden zur Anklage  
eines der IS-Mitgliedschaft  
Verdächtigen wegen Terrorismus  
und Massenmords (HU und BE)



2. Juli 2020

Eurojust-GEG zerschlägt EncroChat,  
ein von vielen kriminellen  
Vereinigungen genutztes  
verschlüsseltes Telefonnetz; daraus  
gewonnene Beweismittel wurden  
seither bereits in Hunderten  
Ermittlungsverfahren verwendet  
(FR, NL, SE, ES, UK und NO)

2021

10 105

27. August 2015 – 48 Stunden, nachdem in Österreich  
in einem abgestellten Lkw die Leichen von 71 Migranten  
aufgefunden wurden, ermöglicht Eurojust ein Treffen der  
Staatsanwälte aus den betroffenen Mitgliedstaaten und hilft,  
Zuständigkeitskonflikte zu vermeiden (DE, AT, HU, BG, SK und RS)

12. November 2015

Operation JWEB – Eurojust  
koordiniert gemeinsame Aktion gegen  
radikalislamistische Gruppe (IT, DE, FI, UK, CH  
und NO)



13. November 2015 Terroranschläge in Paris  
und Saint-Denis – Eurojust koordiniert den  
gesamten anschließenden Informations- und  
Beweismittelaustausch (FR, AT, E, DE, BG, DK, IE, EL,  
ES, IT, HU, NL, SE, UK, US und PT)

20. März 2017

Erfolgreiches Vorgehen in EU-Sozialbetrugsfall –  
Verstoß gegen Unionsvorschriften über  
grenzüberschreitende Beschäftigung  
von Personal, Hinterziehung von  
Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von  
geschätzten 8-9 Mio. EUR (SK, PT, FR und BE)



27. Juni 2017

Fall NotPetya – Nach massivem  
Cyberangriff gegen Computersysteme  
in aller Welt sammelt eine von Eurojust  
unterstützte GEG elektronische  
Beweismittel (FR, UA und 10 Mitgliedstaaten)

22. Oktober 2019

26 koordinierte Festnahmen in Belgien  
und Frankreich wegen Verdachts der  
Schleuserkriminalität, nachdem in Essex  
die Leichen von 39 vietnamesischen  
Staatsangehörigen in einem Kühlcontainer  
aufgefunden wurden (BE, FR und UK)

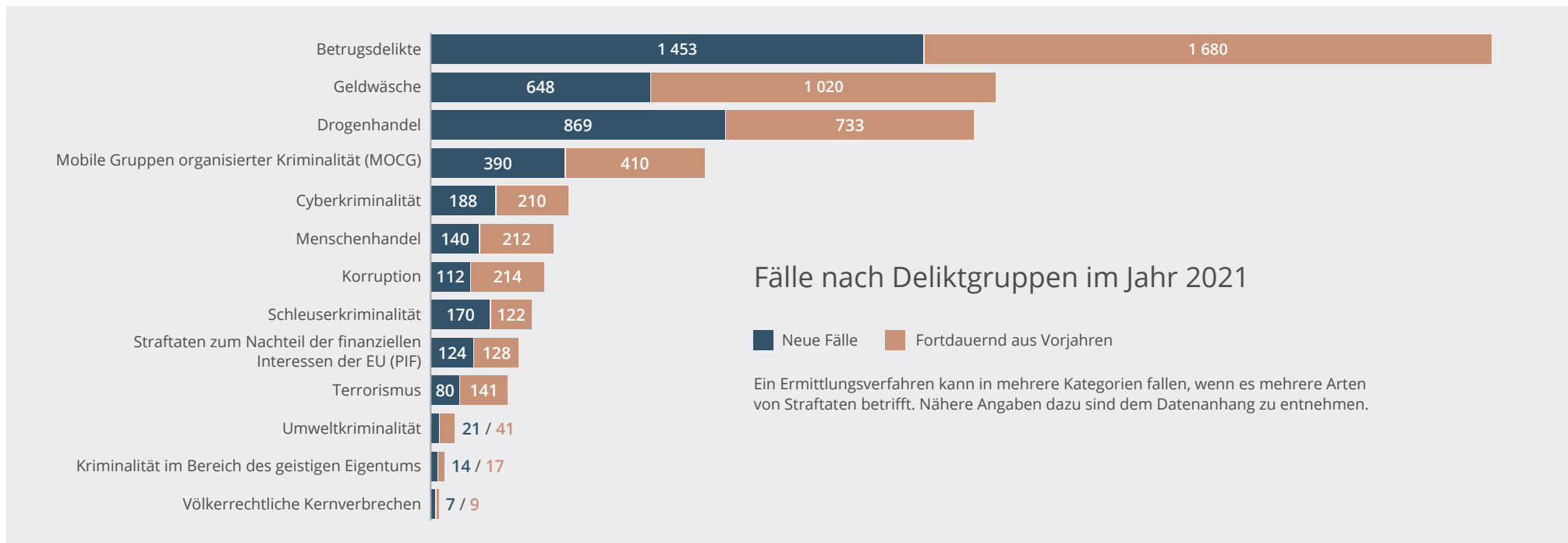
25. November 2019 Fall AMAQ –

Koordinierte Zerschlagung von  
Infrastruktur für Daesh-Propaganda (DE,  
BG, BE, ES, FR, LV, NL, RO, UK, NO, CH, CA und US)



4. Juni 2021

Verurteilung der belgischen Verdächtigen im Fipronil-Skandal wegen  
kontaminierter Eier; Eurojust hilft mit Finanzmitteln für die GEG, bei  
der gemeinsamen Strategie für Ermittlungen und Strafverfolgung  
sowie beim Beweismittelaustausch (BE, NL, DE, IT und RO)



## 10. Wirtschaftskriminalität

Wirtschaftskriminalität war auch 2021 ein wichtiger Schwerpunkt der Fallarbeit von Eurojust. Die Ermittlungen reichten von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union über Mehrwertsteuer- und Anlagebetrug, Geldwäsche und Korruption bis zu Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums. 2021 wurden bewährte Verfahren und Erkenntnisse zu diesen Deliktgruppen von Eurojust in Richtlinien und Berichten zusammengefasst.

### 10.1 Betrugsdelikte

Der Online-Anlagebetrug nimmt rapide zu. Eurojust hat jetzt dreimal mehr Fälle in diesem Bereich angenommen als noch vor fünf Jahren. Um Anleger und Sparer vor dem Verlust weiterer hoher Geldbeträge zu schützen, sollten die Staatsanwälte die Bankkonten der kriminellen Vereinigungen, die hinter diesen

Betrügereien stecken, umgehend sperren. Auch eine viel frühere Zusammenarbeit mit Kollegen in anderen Mitgliedstaaten der EU oder in Drittstaaten kann, insbesondere wenn auch Eurojust und Europol rasch einbezogen werden, zur wirksameren Strafverfolgung der Betrüger führen. Dies sind einige der Maßnahmen, zu denen in den im Juli 2021 herausgegebenen [Richtlinien von Eurojust für die Strafverfolgung von Investitionsbetrug](#) geraten wird.

In diesen Praxis-Richtlinien für Staatsanwälte wird auch empfohlen, sich schon frühzeitig einen Überblick über die Gesamtzahl der Opfer zu verschaffen, um einen besseren Eindruck vom Umfang des Betrugs zu bekommen. Damit die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, ist es zur Vermeidung von Zuständigkeitskonflikten unerlässlich, das Vorgehen auf nationaler und internationaler Ebene zu koordinieren.



## BETRUGSDELIKTE – FÄLLE 2021

**3 133 FÄLLE**

(1 453 neue Fälle, 1 680 aus Vorjahren fortdauernde Fälle)

**73**

GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN

(19 neue GEG, 54 fortdauernde)

**111**

FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

**11**

KOORDINIERTER AKTIONSTAG

Die Unterstützung von Eurojust kann jederzeit von jeder betroffenen Strafverfolgungsbehörde beantragt werden. Die Agentur kann Koordinierungssitzungen ausrichten, die Bildung von GEG mit finanzieller und sonstiger Hilfe unterstützen und die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten erleichtern. Im Einzelfall kann Eurojust auch ein Koordinierungszentrum für einen Aktionstag mit gleichzeitigen Einsätzen in allen betroffenen Ländern einrichten.

Für den Mehrwertsteuerbetrug ersinnen die Betrüger oftmals sehr komplizierte Systeme, z. B. mit Scheinfirmen und Scheinverkäufen. Ein sehr gutes Beispiel für die Arbeit von Eurojust in diesem Bereich ist die Unterstützung, die bei einer komplexen spanischen Maßnahme gegen groß angelegten Mehrwertsteuerbetrug geleistet wurde (siehe Falldarstellung auf Seite 44).

Dies war ein sehr erfolgreicher Fall, der dank der sehr engagierten Mitarbeiter aller Beteiligten in Rekordzeit auf die Beine gestellt werden konnte. Schon vier Tage nach der ersten Koordinierungssitzung hatte Eurojust das Koordinierungszentrum für den Aktionstag eingerichtet.

Der besondere Erfolg dieser Aktion ist der raschen Reaktion und unverzüglichen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Verbindungsbüros bei Eurojust zu verdanken. Dank des schnellen Informationsaustauschs zwischen den Verbindungsbüros der Slowakei und Spaniens konnten die spanischen Behörden schon zwei Stunden, nachdem die Informationen weitergegeben wurden, einen EuHb ausstellen. Dieser führte dann zur Festnahme eines der Verdächtigen in den Niederlanden.

## 10.2 Geldwäsche

Zur erfolgreichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität, einschließlich der Einziehung rechtswidrig erlangter Vermögenswerte, nimmt die wirksame Strafverfolgung von Geldwäsche einen hohen Stellenwert ein. Eurojust arbeitet zurzeit an einem speziellen Bericht über Geldwäsche, in dem die wichtigsten Geldwäschefälle der Agentur im Zeitraum 2016 bis August 2021 analysiert werden. Der Bericht zeigt auf, welches die wichtigsten rechtlichen und praktischen Probleme bei der Strafverfolgung sind, und wie Eurojust mit bewährten Verfahren bei deren Lösung helfen kann. Außerdem wird auch die in den vergangenen Jahren festzustellende Entwicklung der Gesetzgebung beleuchtet, insbesondere das im Juli 2021 vorgeschlagene Gesetzespaket zur Bekämpfung der Geldwäsche.



## GELDWÄSCHE – FÄLLE 2021

**1 668 FÄLLE**

(648 neue Fälle, 1020 aus Vorjahren fortdauernde Fälle)

**61**

GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN

(16 new JITs, 45 ongoing)

**115**

FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

**5**

KOORDINIERTER AKTIONSTAG



Im Vorgehen gegen die Geldwäsche wurden in Italien und Spanien fast 50 Immobilien beschlagnahmt.



**EUROJUST**



**STRAFTAT:** Ein italienischer Staatsangehöriger, der in Italien und Spanien bereits wegen mehrerer Straftaten verurteilt wurde, steht im Verdacht, durch groß angelegte Geldwäsche Millionen Euro aus illegalen Aktivitäten in Spanien reingewaschen zu haben. Zwischen 2006 und 2016 wurden etwa 12 Mio. EUR von spanischen Bankkonten, die auf den Namen des Verdächtigen und seiner Tochter lauteten, in die Schweiz und zurück nach Spanien überwiesen, um kriminelle Machenschaften zu verschleiern.

**MASSNAHME:** 2020 und 2021 wurden in der italienischen Provinz Cuneo und in der spanischen Provinz Malaga eine Reihe gemeinsamer Aktionen gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Korruption durchgeführt.

**ERGEBNIS:** 13 vorläufige Festnahmen. In Cuneo wurden Luxusimmobilien und 52 Grundstücke mit einem Gesamtwert von etwa 5 Mio. EUR beschlagnahmt, in Malaga erfolgte durch die spanischen Justizbehörden die Beschlagnahme von 47 Immobilien und mehr als 100 Bankkonten. Außerdem wurden drei Luxusautos, Schmuck, wertvolle Uhren und Kunstwerke mit einem Schätzwert von mehr als 1,5 Mio. EUR beschlagnahmt.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust bildete 2020 eine GEG und richtete im März 2020 ein Koordinierungszentrum zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen ein. Außerdem fanden 2020/2021 Koordinierungssitzungen der italienischen und spanischen Behörden statt, um die Fallkoordination zu erleichtern.

## Koordiniertes Vorgehen gegen massiven Mehrwertsteuerbetrug



**28. April 2021 – Gemeinsamer Einsatz** von Polizei und Justiz in Spanien, der Slowakei, Belgien und den Niederlanden, der durch ein Koordinierungszentrum bei Eurojust koordiniert und von Europol durch Analysen und Datenabgleich unterstützt wird. **Festnahme von 22 Verdächtigen, Beschlagnahme von 13 Immobilien und 16 Fahrzeugen** sowie **Sperrung von Dutzenden Bankkonten**.



**22. April 2021 – Koordinierungssitzung** bei Eurojust, um den Informationsaustausch unter allen Beteiligten zu ermöglichen und umgehend ein Koordinierungszentrum für den 28. April vorzubereiten. In den folgenden Tagen werden mehrere **Europäische Ermittlungsanordnungen** und **Sicherstellungsanordnungen** ausgestellt.

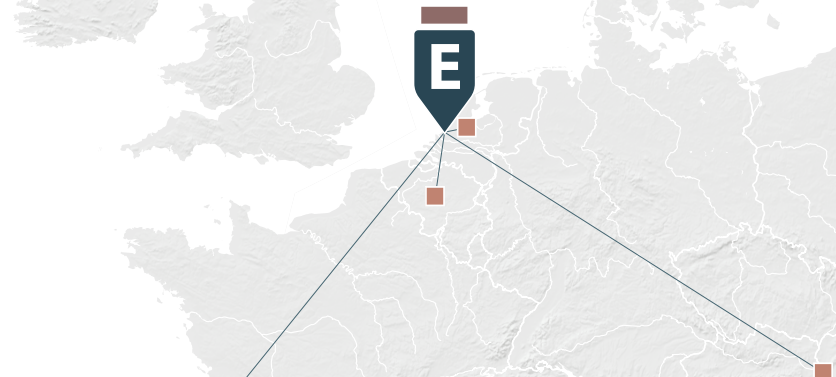


**13. April 2021** – Das **spanische Verbindungsbüro bei Eurojust** eröffnet im Rahmen seines Analyseprojekts *Sustrans*, das Geldwäscheermittlungen betrifft, einen Fall mit Bezug zu **Belgien, den Niederlanden, Rumänien** und **der Slowakei**, an dem auch **Europol** mitwirkt.



**Ende 2019 – Spanische Behörden beginnen Ermittlungen** wegen Mehrwertsteuerhinterziehung und Geldwäsche sowie groß angelegter Dokumentenfälschung, durch die dem Land letztendlich **Einnahmen in Höhe von 26 Mio. EUR** entgehen.

Um im Binnenmarkt keine Mehrwertsteuer zahlen zu müssen, haben die Betrüger **in Spanien, der Slowakei, Rumänien, Belgien** und **den Niederlanden Mantelgesellschaften** gegründet, um vorzuspiegeln, dass die Waren ins Ausland verkauft und geliefert worden seien; tatsächlich gab es keine Lieferung ins Ausland, sodass Mehrwertsteuer hätte gezahlt werden müssen.





### KORRUPTION – FÄLLE 2021

**326 FÄLLE**

(112 neue Fälle, 214 aus  
Vorjahren fortdauernde Fälle)

**11**

GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN

(5 neue GEG, 6 fortdauernde)

**13**

FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

## 10.3 Korruption

Für die Europäische Union ist die Bekämpfung der Korruption eine Grundvoraussetzung für Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit, aber auch für eine nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenwürde und Grundfreiheiten. Deshalb geht die Europäische Union aktiv gegen Korruption vor, und deshalb ist dies auch für Eurojust eine Priorität.

2021 hat Eurojust Beiträge für den Bericht der Europäischen Union über die Überprüfung ihrer Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption geliefert. Im Bericht wird dargelegt, wie die Europäische Union die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen umgesetzt hat. Aus den Beiträgen von Eurojust wird der Auftrag der Agentur deutlich, die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden, die für die Ermittlung und Verfolgung von Korruptionsfällen zuständig sind, zu unterstützen und zu verstärken.

## 10.4 PIF-Straftaten

Bei PIF-Kriminalität handelt es sich um Straftaten gegen die finanziellen Interessen der EU. Jedes Jahr wird der EU-Haushalt durch Betrug um Milliarden Euro geschädigt. Die dahinter steckenden Gruppen organisierter Kriminalität müssen deshalb unbedingt ausgeschaltet werden.

Nachdem die EUSTa ihre Tätigkeit aufgenommen hat, ist Eurojust nur noch in beschränktem Umfang für Ermittlungen wegen PIF-Straftaten zuständig. In den Fällen, die Mitgliedstaaten der EU betreffen, die nicht an der EUSTa teilnehmen, spielt Eurojust jedoch weiterhin eine wichtige Rolle. Eurojust ist auch nach wie vor dafür zuständig, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten zu unterstützen und zu ermöglichen, und zwar sowohl für an der EUSTa teilnehmende wie auch für nicht an der EUSTa teilnehmende Mitgliedstaaten. Eurojust und die EUSTa haben begonnen, in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen bei der Bekämpfung von PIF-Straftaten zu kooperieren. Im September 2021 nahm die EUSTa erstmals an einer Koordinierungssitzung bei Eurojust teil, um an dem Fall mitzuarbeiten.

Im Juli 2021 trug Eurojust auch zur Studie des Europäischen Parlaments über die Auswirkungen der organisierten Kriminalität auf die finanziellen Interessen der EU ([The Impact of Organised Crime on the EU's Financial Interests](#)) bei. Die Studie untersucht die Schäden, die dem Haushalt der Union durch organisierte Kriminalität und Korruption entstehen. Eurojust lieferte Erkenntnisse aus seinen Fallstatistiken und Empfehlungen aus seinem Bericht über die Vermögensabschöpfung ([Report on Eurojust's Casework in Asset Recovery](#)). Dies war ein wichtiger Beitrag zu der in der Studie vorgenommenen Analyse und Beurteilung der – zum Teil verschiedenen, zum Teil gemeinsamen – Vorgehensweisen der Mitgliedstaaten bei Ermittlungen gegen organisierte Kriminalität.



### PIF-STRAFTATEN – FÄLLE 2021

**252 FÄLLE**

(124 neue Fälle, 128 aus Vorjahren  
fortdauernde Fälle)

**7**

GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN  
(3 neue GEG, 4 fortdauernde)

**16**

16 FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

**3**

KOORDINIERTER AKTIONSTAGE

# 11. Drogenhandel



Das Problem des illegalen Drogenhandels nimmt immer mehr zu. Nach wie vor ist der Drogenmarkt der größte illegale Markt in der Europäischen Union, dessen Wert auf mindestens 30 Mrd. EUR jährlich geschätzt wird. Mit der kürzlich angenommenen EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird anerkannt, dass noch härter gegen den Drogenhandel vorgegangen werden muss. Diesem Erfordernis wurde mit der im März 2021 vom Rat vorgelegten EU-Drogenstrategie 2021-2025 und dem dazugehörigen EU-Drogenaktionsplan 2021-2025 Rechnung getragen, worin die Aktionen zur Umsetzung der in der Strategie genannten Prioritäten festgelegt sind.

## 11.1 Jüngste Entwicklungen

Europaweit haben die Staatsanwaltschaften immer mehr mit der stark steigenden Produktion synthetischer Drogen zu kämpfen. Den Herstellern gelingt es,

Gesetzeslücken zu nutzen, indem sie die chemische Zusammensetzung dieser Drogen immer wieder ändern oder ganz neue Substanzen kreieren, um den Nachweis, dass sie vorsätzlich illegale Drogen oder Stoffe verkaufen, zu erschweren. Der im April 2021 veröffentlichte Eurojust-Bericht über den Drogenhandel analysiert diese Problematik anhand komplexer Fälle des grenzüberschreitenden Drogenhandels, mit denen die Agentur in letzter Zeit befasst war. Im Zeitraum 2016 bis 2021 hat sich die Gesamtzahl der Fälle von Drogenhandel, die bei Eurojust eröffnet wurden, auf nunmehr insgesamt 869 mehr als verdreifacht, wovon etwa ein Drittel auf synthetische Drogen und neue psychoaktive Substanzen (NPS) entfallen. Der Bericht empfiehlt mehr Finanzaufklärungen, mehr Vermögensabschöpfung und justizielle Zusammenarbeit, auch mit Drittstaaten.

## 11.2 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen den Drogenhandel

Im Jahr 2021 konnte in einer Vielzahl von Fällen, mit denen die Agentur befasst war, auf verschlüsselte Beweismitteln zugegriffen werden, was den Ermittlungserfolgen bei den vorherigen Operationen EncroChat und Sky ECC zu verdanken war. Einer dieser Fälle, der sich im Mai 2021 zutrug, betraf die Zerschlagung eines internationalen



Fotos © Shutterstock

Droghändlerinnen durch die französischen und niederländischen Behörden, bei der auch Eurojust und Europol Unterstützung leisteten. Die Identifizierung der Tatverdächtigen gelang anhand von Beweismitteln, derer die französischen und niederländischen Behörden bei den von ihnen geführten Ermittlungen gegen das EncroChat-Netzwerk habhaft werden konnten.

Als die COVID-19-Pandemie ausbrach, stellten viele Gruppen organisierter Kriminalität schnell auf eine Online-Umgebung mit sicheren Kommunikationskanälen, Kryptohandys, Kryptowährungen und Darknet-Märkten um. Im Oktober 2021 wurden im Zuge einer international koordinierten Operation, an der neun Länder mitwirkten, weltweit 150 Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, am Handel mit illegalen Waren auf Darknet-Märkten beteiligt gewesen zu sein. Bei dieser Operation wurden über 26,7 Mio. EUR (31 Mio. USD) in bar und in virtuellen Währungen sowie 234 kg Drogen und 45 Schusswaffen beschlagnahmt. Bei der Koordinierung dieser groß angelegten grenzüberschreitenden Aktion wurden die nationalen Behörden von Eurojust und Europol unterstützt.

Angesichts der Herkunft der meisten Drogen und des internationalen Geschäftsmodells der Gruppen organisierter Kriminalität überrascht es nicht, dass die Anzahl von Fällen bei Eurojust, die Drittstaaten betreffen, von Jahr zu Jahr steigt. Die Analyse der Fallarbeit von Eurojust auf diesem Gebiet zeigt, dass die kontinuierliche und verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten – durch die Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust, die Kontaktstellen und auf andere Weise – in vielen Fällen von Drogenhandel enorm nützlich ist und eindeutig einen Mehrwert für die nationalen Ermittlungen darstellt.

Im Juli 2021 koordinierte Eurojust die Zerschlagung eines groß angelegten serbischen Marihuana-Schmugglerrings, der von Spanien aus agierte. Dieser Erfolg der spanischen und serbischen Behörden wurde durch eine von Eurojust gebildete GEG ermöglicht, der ersten GEG zwischen diesen beiden Ländern, die dann zu dem gegen die Bande gerichteten Aktionstag führte. In den beiden Ländern wurden insgesamt 43 Mitglieder der serbischen OCG festgenommen, die am Anbau und Vertrieb von Marihuana und Haschisch, das vor allem für den Verkauf nach Deutschland bestimmt war, beteiligt gewesen sein sollen.

“ *Dass der Drogenhandel immer mehr zunimmt, ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaften. Eurojust ist fest entschlossen, diese wie eine Krake um sich greifende Kriminalität zu bezwingen, die sowohl die öffentliche Gesundheit als auch die Gesundheit einzelner Bürgerinnen und Bürger, unsere Sicherheit und – wegen der enormen Gewinne, die mit diesen Aktivitäten erzielt werden, – den wirtschaftlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir stehen bereit, den Mitgliedstaaten unsere Unterstützung anzubieten, um gegen kriminelle Vereinigungen, internationale Mittelsmänner und professionelle Geldwäscher vorzugehen.* ”

Filippo Spiezia, Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels und nationales Mitglied für Italien



## Kontrollierte Drogenlieferung führt zu 10 Festnahmen in mehreren EU-Staaten



**November 2021** – Die zuständige rumänische Staatsanwaltschaft erhebt **Anklage**.



**14.-19. Mai 2021** – Nach der Beschlagnahme der Drogen durch die rumänischen Behörden am 10. Mai wird über Eurojust umgehend eine **kontrollierte Lieferung** arrangiert, bei der Europol analytische Unterstützung leistet und auch den Informationsaustausch ermöglicht. Die Operation betrifft **Rumänien, Belgien, die Niederlande, Ungarn, Österreich, Deutschland, die Slowakei, Slowenien und Tschechien**.

**Das Ergebnis: Zehn Festnahmen** – eine in Rumänien, zwei in den Niederlanden, darunter der Kopf der Bande, sowie sieben in Belgien. Außerdem wurden mehrere Wohnungen durchsucht, um Beweise für das Strafverfahren zu sammeln. Eurojust unterstützt bei dieser Operation die Ausstellung und Vollstreckung von mehreren **Europäischen Ermittlungsanordnungen** und **Europäischen Haftbefehlen**.



*Ich bin hoch erfreut, dass es Eurojust gelungen ist, bei diesen Ermittlungen mit schneller und professioneller Hilfe zum erfolgreichen Schlag gegen die kriminelle Vereinigung beizutragen. Ohne das zeitnahe, professionelle und koordinierte Eingreifen der zuständigen nationalen Behörden, die an dieser Operation beteiligt waren, wären die Drogen auf den Markt gekommen, mit schweren Folgen für das Leben vieler Menschen.*

**Daniela Buruiana**

Nationales Mitglied für Rumänien bei Eurojust



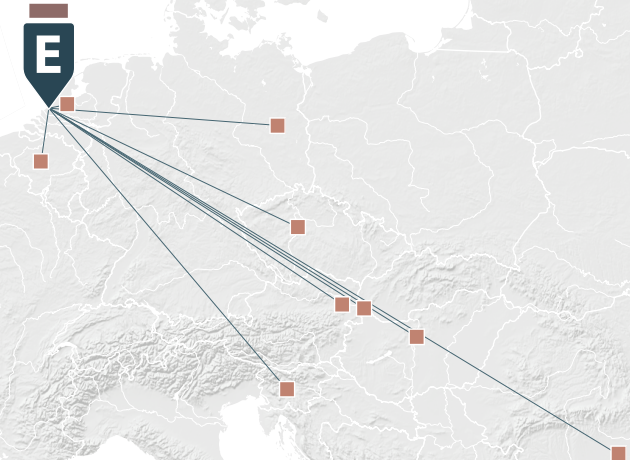
**12. Mai 2021** – Auf Initiative des rumänischen Verbindungsbüros bei Eurojust wird zur Vorbereitung der kontrollierten Lieferung eine **Koordinierungssitzung** per Videokonferenz organisiert.



**10. Mai 2021** – Im Hafen von Constanta werden **1 452 Kilogramm Heroin** mit einem **Straßenverkaufswert von 45 Mio. EUR** von rumänischen Behörden entdeckt und beschlagnahmt.



**Juli 2020** – Die rumänischen Behörden beginnen gegen eine in logistischer und rechtlicher Hinsicht komplexe Handelsinfrastruktur zu ermitteln, die 2020 von einer Gruppe organisierter Kriminalität aufgebaut wurde. Die Bande nutzt mehrere Firmen in verschiedenen EU-Staaten dazu, den Eindruck eines legalen Geschäfts zu erwecken; dahinter verbirgt sich jedoch der Handel mit großen Mengen von Drogen.



## 12. Cyberkriminalität

Nicht nur Häufigkeit und Umfang der Internetkriminalität nehmen zu, die Angriffe auf unbescholtene Privatpersonen und Firmen werden auch immer dreister. Im Zuge der COVID-19-Pandemie hat die Online-Kommunikation enorm zugenommen, und genau dort setzen die groß angelegten Betrugsmodelle krimineller Vereinigungen an.

2021 war Eurojust mit einem breiten Spektrum von Cyberkriminalität befasst, bei dem es u. a. um Ransomware, Künstliche Intelligenz, Verschlüsselung und „Cybercrime as a Service“ ging. Zum Thema Cyberkriminalität gab es 2021 mehrere Eurojust-Publikationen: den [Cybercrime Judicial Monitor](#) über einschlägige Cyberkriminalität, den [EU Digital Evidence Situation Report](#) über digitale Beweismittel, und den [Third Report of the Observatory Function on Encryption](#) über Verschlüsselung.

### 12.1 Ransomware

Mit zunehmender Digitalisierung der Gesellschaft entstehen immer mehr Verbindungen zwischen Menschen, Unternehmen und Verwaltung. Umso größer wird auch die Bedrohung durch Cyberangriffe und umso wahrscheinlicher wird es, dass Cyberangriffe in mehreren Mitgliedstaaten der Union gleichzeitig gravierende Folgen haben. Ransomware-Erpresser gehen immer geschickter vor, mit klarer strategischer Ausrichtung auf Gewinnmaximierung und Risikoreduzierung. Die Opfer werden mit vielschichtigen Methoden erpresst, bei denen mehrere Malware-Banden kooperieren.

Dieses Thema hat hohe Priorität und 2021 hat das EJCN alle seine Erkenntnisse darüber in der „Map of Ransomware“ kartiert. Darin sind die Antworten, die das Netzwerk auf seinen Fragebogen hin aus den Mitgliedstaaten der EU sowie aus Norwegen und der Schweiz erhielt, im Überblick dargestellt. Die Analyse zeigt, dass Polizei und Justiz noch recht wenig über Ransomware wissen und in den verschiedenen Ländern Europas unterschiedlich gut in der Lage sind, dagegen vorzugehen. Diese in Kooperation mit Eurojust durchgeführte Studie ist für das Netzwerk der Ausgangspunkt für eine effizientere Arbeit zur Bekämpfung von Ransomware, indem zum Beispiel den Justizbehörden die richtigen Instrumente an die Hand gegeben werden.

Dass in diesem Bereich Zusammenarbeit erforderlich ist, wurde im Juni 2021 in der [gemeinsamen Erklärung der EU und der Vereinigten Staaten](#) bekräftigt. Das The-

ma wurde auch bei hochrangigen Tagungen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten besprochen. Am 25. Oktober 2021 nahm Eurojust am ersten Treffen der neu gebildeten EU-US-Arbeitsgruppe zu Ransomware teil, die sich mit den operativen Aspekten beim Vorgehen gegen Ransomware befasst und insbesondere in internationalen Fragen zusammenarbeiten wird, um der Bedrohung durch Ransomware sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union entgegenzuwirken.

Anschließend wurde der Präsident von Eurojust Ladislav Hamran eingeladen, bei der Tagung der Ji-Ministerinnen und -Minister der EU und der USA im Dezember 2021 die justizielle Dimension der Zusammenarbeit im Bereich Ransomware vorzustellen. Er betonte, dass die steigende Zahl der Ransomware-Angriffe, die während der Pandemie insbesondere auch dem Gesundheitswesen galten, wichtige Fragen für Staatsanwälte und Richter aufwirft: zum Beispiel, ob man bei Banden, die Gesundheitseinrichtungen angreifen, davon ausgehen kann, dass ihr Vorsatz nicht nur illegale Gewinnerzielung, sondern auch Körperverletzung oder sogar Tötungsdelikte umfasst.

2022 wird Eurojust mit seinen US-amerikanischen Partnern einen hochrangigen Workshop durchführen, damit die gemeinsame Bekämpfung von Ransomware zu noch mehr operativen Erfolgen führt. Außerdem gibt es eine neue spezielle Ransomware-Untergruppe von der Eurojust-Arbeitsgruppe Cyberkriminalität zur Beobachtung der legislativen Entwicklungen sowie zur strategischen Beratung auf diesem Gebiet.

### 12.2 Künstliche Intelligenz

Im Strafrecht spielt künstliche Intelligenz eine immer wichtigere Rolle. Auch Polizei und Justiz machen zunehmend davon Gebrauch. Im April 2021

01010  
0101  
0101

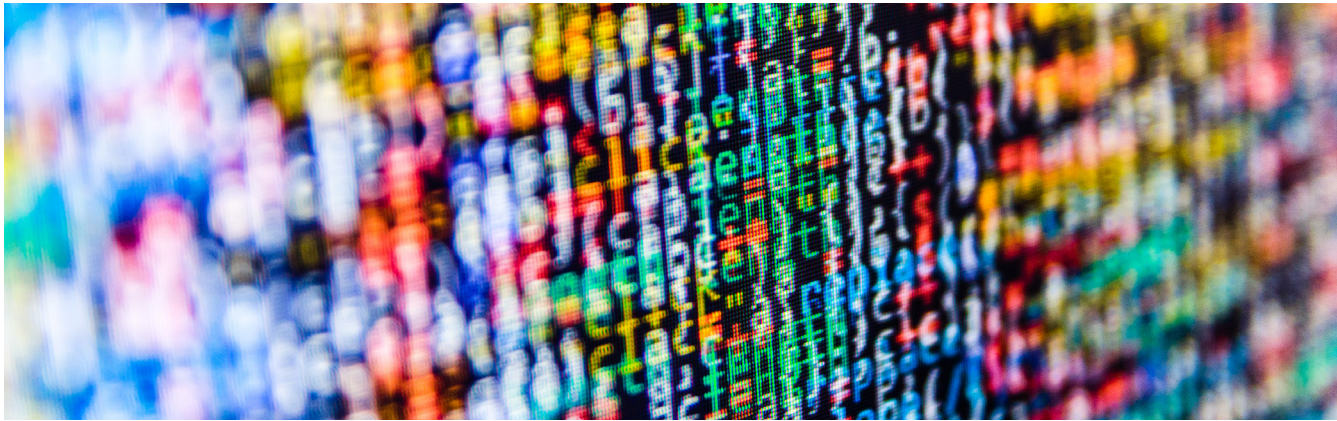
CYBERKRIMINALITÄT –  
FÄLLE 2021

**398 FÄLLE**  
(188 neue Fälle, 210 aus Vorjahren  
fortdauernde Fälle)

**16**  
GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN  
(3 neue GEG, 13 fortdauernde)

**66**  
FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

**5**  
KOORDINIERTER AKTIONSTAGE



Fotos © Shutterstock



veröffentlichte die Europäische Union einen Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz. Im Hinblick auf die vorgeschlagene Verordnung, aber auch, um mit der legislativen Entwicklung in diesem Bereich Schritt zu halten, hat Eurojust in seiner Arbeitsgruppe Cyberkriminalität kürzlich eine eigene KI-Gruppe gegründet.

Zudem ist die Agentur Mitglied des Innovationszentrums für innere Sicherheit (Innovation Hub for Internal Security), einer dem neusten Stand der Technik entsprechenden gemeinsamen Plattform für Technologie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Im April 2021 trug Eurojust zu einem von diesem Innovationszentrum gestarteten Projekt bei, mit dem Rechenschaftsgrundsätze für einen auf die Belange von Mensch und Gesellschaft ausgerichteten KI-Einsatz in Sicherheits- und Justizbehörden entwickelt werden sollen. Ziel des Projekts ist es, Praktikern Instrumente an die Hand zu geben, mit denen sie künftige KI-Systeme im Lichte der Rechenschaftsgrundsätze beurteilen können.

### 12.3 Jüngste Entwicklungen beim Europäischen Justiziellen Netzwerk gegen Cyberkriminalität (EJC�)

Das von Eurojust unterstützte EJC� ist ein Netzwerk von Justizbehörden, die auf die Bekämpfung von Cyberkriminalität, durch das Internet ermöglichter Kriminalität sowie Ermittlungen im Cyberspace spezialisiert sind. 2021 wurden im EJC� die aktuellen Trends in der Cyberkriminalität erörtert und Fälle im Hinblick auf Möglichkeiten zur Verbesserung der künftigen Ermittlungstätigkeit

analysiert. Auf Grundlage dieser Erfahrungen analysierte das Netzwerk den Fortbildungsbedarf in der Justiz, um dann 2022 spezielle Trainingseinheiten anzubieten. Außerdem trug das EJC� zum Cybercrime Judicial Monitor von Eurojust bei, der die legislativen Entwicklungen in den Bereichen Cyberkriminalität, durch das Internet ermöglichte Kriminalität und elektronische Beweismittel beobachtet.

Bei seiner 10. Plenartagung im Juni 2021 stellte das EJC� den neuen Leitfaden über virtuelle Währungen vor, der sich speziell an Justizbehörden wendet. Virtuelle Währungen erfreuen sich in kriminellen Kreisen immer größerer Beliebtheit. Kriminelle verwenden virtuelle Währungen, um illegal erworbene Dienstleistungen und Waren zu bezahlen oder zu kaufen und im selben Zuge die Erlöse aus ihren rechtswidrigen Aktivitäten zu verschleiern und reinzuwaschen.

Im heutigen digitalen Zeitalter stellt die Verbreitung dieser virtuellen Währungen Justiz- und Polizeibehörden bei Ermittlungen wegen Straftaten, die den Gebrauch dieser Währungen betreffen, vor große Probleme. Angesichts dessen, dass die meisten Staaten über keine besonderen Strafvorschriften für diesen Bereich verfügen, gibt der Leitfaden den Staatsanwälten spezifische Ratschläge zum Vorgehen in Bezug auf virtuelle Währungen.

Bei der Plenartagung sprachen die Praktiker auch über das Thema „Cybercrime as a Service“ und mögliche Strategien zur Unterstützung von Opfern in Fällen komplexer Cyberkriminalität.

Bei der letzten Tagung des EJCN im Dezember 2021 ging es um Probleme und bewährte Verfahren bei der Ermittlung in Ransomware-Fällen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Gesundheitssektor. Besprochen wurde auch, wie man sich noch besser mit dem Privatsektor zusammenschließen könnte, um

effizientere Ermittlungen im Bereich der Cyberkriminalität zu ermöglichen. Außerdem wurde in der EUROMED-Untergruppe zu digitalen Beweismitteln über mögliche Synergieeffekte bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten in Bezug auf Cyberkriminalität und digitale Beweismittel diskutiert.

## 12.4 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen Cyberkriminalität



Der Zugang zu dem von Ransomware-Banden benutzten VPN-Dienst wurde abgeschnitten.



**STRAFATAT:** DoubleVPN war ein Virtual Private Network (VPN) Service, unter dessen Schutz Cyberkriminelle Angriffe auf ihre Opfer starteten. Es wurde als Mittel zur Unkenntlichmachung von Standort und Identität angepriesen, dessen VPN-Verbindungen seinen Kunden ein hohes Maß an Anonymität bieten – auch für Ransomware-Nutzer und Phishing-Betrüger.

**MASSNAHME:** Beim Aktionstag im Juni 2021 beschlagnahmten Polizei und Justiz in Europa, den USA und Kanada die Internet-Domains und Server-Infrastruktur von DoubleVPN. Der die Aktion leitenden niederländischen Behörde gelang es, auf digitalem Weg in die Infrastruktur einzudringen und Beweise gegen DoubleVPN und seine Kunden zu sammeln.

**ERGEBNIS:** Weltweit wurden Server, auf denen Content von DoubleVPN gespeichert war, beschlagnahmt und die Internet-Domains durch eine vorgeschaltete Splash-Seite der Polizei ersetzt.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die zur Zerschlagung der Bande führte, wurde von Eurojust ermöglicht. Die Agentur organisierte sechs spezielle Koordinierungssitzungen, bei denen es u. a. darum ging, die Rechtsfragen bezüglich der in den betroffenen Ländern gesammelten Daten zu prüfen und zu lösen, sowie ein Koordinierungszentrum einzurichten, durch das die Operation vor Ort von den verschiedenen nationalen Behörden, die an der Aktion beteiligt waren, ausgeführt wurde.



Die für den Betrug genutzte deutsche Investmentplattform wurde abgeschaltet.



**STRAFATAT:** Mindestens 15 Mio. EUR Schaden entstand Anlegern, die auf einen groß angelegten Online-Betrug in Deutschland herein gefallen waren. Die Opfer, die nach ihren ersten Anlagen auf der Online-Plattform aufgefordert wurden, immer mehr in den angeblichen Investmentfonds einzuzahlen, verloren ihr gesamtes Geld.

**MASSNAHME:** Der Aktionstag im Oktober 2021 führte zur Festnahme des Hauptverdächtigen und zu acht Hausdurchsuchungen.

**ERGEBNIS:** Die Zerschlagung der Online-Investmentplattform gelang dank der von Eurojust und Europol unterstützten Zusammenarbeit der Behörden in Deutschland, Bulgarien, Zypern, den Niederlanden und der Ukraine.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust richtete ein Koordinierungszentrum ein und half beim Austausch grenzüberschreitender justizieller Informationen unter den beteiligten Ländern. Außerdem unterstützte die Agentur die Vollstreckung der von den teilnehmenden Behörden ausgestellten EuHb.

# 13. Menschenhandel



Fotos © Shutterstock

  
**MENSCHENHANDEL – FÄLLE 2021**  
**352 FÄLLE**  
*(140 neue Fälle, 212 aus Vorjahren fortdauernde Fälle)*

**45**  
GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN  
*(13 neue GEG, 32 fortdauernde)*

**46**  
FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

**3**  
KOORDINIERTER AKTIONSTAGE

Dem Menschenhandel in Form der verschiedensten Arten von Ausbeutung – einschließlich sexueller Ausbeutung und Zwangsarbeit – fallen Menschen in allen Teilen der Welt zum Opfer. In den Mitgliedstaaten nimmt der Menschenhandel zu, und den nationalen Behörden wird immer klarer, dass seine Bekämpfung multilaterale justizielle Zusammenarbeit erfordert.

## 13.1 Jüngste Entwicklungen

Der im Februar 2021 veröffentlichte [Eurojust-Bericht zu Menschenhandel](#) enthält Analysen zu 91 Fällen von Menschenhandel und den Ergebnissen von 59 GEG. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass mehr grenzüberschreitende und zeitnahe justizielle Zusammenarbeit erforderlich ist, um den Opfern besser helfen zu können.

Wenn Eurojust schon früher eingeschaltet wird und der Agentur mehr Fälle zugeleitet werden, dürfte das zur besseren Koordinierung der Ermittlungen beitragen, weil man so ein vollständigeres Bild der international agierenden Banden bekäme, die es oft auf junge und schutzlose Opfer abgesehen haben. Der

Bericht beschreibt bewährte Verfahren für Mitgliedstaaten und zeigt auf, welche praktische Unterstützung die Agentur leistet, zum Beispiel mit der Klärung von Zuständigkeitskonflikten und Hilfe bei der Vollstreckung von EEA.

Eurojust ist entschlossen, die [Strategie der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels 2021-2025](#), die im April 2021 angenommen wurde, umzusetzen. Ihr jährliches Treffen zu Schleuserkriminalität bot der Agentur Gelegenheit zur Diskussion über die operative Unterstützung dieser Strategie in der Praxis. Sie leistet diese Arbeit in vielfältiger Weise, indem sie Opferschutz leistet, Opfer zur Selbstbestimmung befähigt und die Schleuser vor Gericht bringt. Ein Teil des Treffens war dem Menschenhandel gewidmet, weshalb auch die neue EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels zugegen war. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Rolle von Eurojust und seiner Strategie für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf diesem Gebiet.

In einem [gemeinsamen Bericht](#), der am 18. Oktober 2021 anlässlich des 15. Europäischen Tags gegen Menschenhandel veröffentlicht wurde, gab das Netz der Agenturen für Justiz und Inneres (JHAAN) erstmals einen vollständigen Überblick darüber, wie die Agenturen vorgehen, um die Opfer von Menschenhandel zu finden und zu schützen. Der Bericht, der die Mitgliedstaaten darüber aufklären soll, wie die Agenturen ihnen helfen können, Opfer früher ausfindig zu machen und zu schützen, legt den Mitgliedstaaten nahe, sich in allen Phasen – von der Prävention über die Ermittlungen und operativen Einsätze bis hin zum Gerichtsverfahren – mit den Agenturen in Verbindung zu setzen.

Demselben Ziel dient ein [Factsheet](#), das ebenfalls am 18. Oktober 2021 veröffentlicht wurde, um auf die justizielle Unterstützung hinzuweisen, die Eurojust den Behörden im Kampf gegen den Menschenhandel bieten kann.

Am 15. Europäischen Tag gegen Menschenhandel kamen auch der Präsident von Eurojust Ladislav Hamran EU-Kommissionsmitglied Ylva Johansson und die EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels Diane Schmitt zu einem Twitter Spaces Event zur gemeinsamen Bekämpfung des Kinderhandels zusammen. Im Hinblick auf das Kindeswohl wurden die Interessenträger aufgefordert, die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zu verstärken und jede Verzögerung zu vermeiden.

### 13.2 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen den Menschenhandel

2021 leistete Eurojust in mehreren Fällen der Ausbeutung von Arbeitskräften und der sexuellen Ausbeutung operative Unterstützung. So gelang es im Februar 2021, eine [auf moldauische Schwarzarbeiter spezialisierte Bande](#) zu zerschlagen, die die Moldauer unter falscher Identität auf Baustellen in Frankreich einsetzte; der Fahndungserfolg war einer von Eurojust unterstützten GEG französischer, rumänischer und moldauischer Justizbehörden zu verdanken. Am Aktionstag wurden 38 Personen festgenommen, 11 Bankkonten gesperrt und 15 Luxusautos sowie 100 000 EUR in bar be-

“ *In grenzüberschreitenden Fällen von Menschenhandel stoßen die nationalen Behörden auf zahlreiche Hindernisse. Mit Eurojust lassen sich diese Hindernisse leichter überwinden, weil die Agentur den Staatsanwälten mit Rat und Tat zur Seite steht, damit sie das gesamte Spektrum der justiziellen Zusammenarbeit nutzen können. Die immer mehr in Anspruch genommene Hilfe zeigt, dass die Rolle von Eurojust inzwischen weithin anerkannt ist. Seine maßgeschneiderten Lösungen haben bereits in zahllosen Fällen zum Erfolg geführt.* ”

Ladislav Hamran, Präsident von Eurojust

schlagnahmt. Eurojust unterstützte den Aktionstag und half in Koordination mit den moldauischen Behörden bei der Vollstreckung von EEA und Rechtshilfeersuchen. Ähnlich war es im Juni 2021, als eine von Eurojust gebildete GEG italienischer und rumänischer Behörden gegen eine [kriminelle Vereinigung vorging, die Frauen in die norditalienische Straßenprostitution zwang](#). Der von Eurojust unterstützte Aktionstag in den beiden Ländern führte zur Festnahme von acht Verdächtigen. Den 20 Frauen, die von der Bande Geld zu Wucherzinsen hatten leihen müssen, konnte Schutz geboten werden.

# 14. Schleuserkriminalität

Die Bekämpfung der Banden, die Migranten quer durch Europa schleusen, ist nach wie vor eine der Hauptprioritäten für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten und auch für Eurojust. Der Neue EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2021-2025) betont nicht nur die herausragende Rolle von Eurojust, sondern auch, dass die Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Justiz, den zuständigen EU-Agenturen und den Drittstaaten, die Herkunfts- und Transitländer sind, unbedingt erforderlich ist.

## 14.1 Jüngste Entwicklungen

Diese Themen wurden im November 2021 beim jährlichen Treffen von Eurojust zur Schleuserkriminalität erörtert, an dem 25 Länder, 7 internationale Organisationen und Mitglieder der Fokusgruppe Schleuserkriminalität teilnahmen. Die Praktiker sprachen mit der EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels und dem OSZE-Sonderbeauftragten darüber, wie wichtig für Migrantinnen und Migranten, die der Ausbeutung zum Opfer gefallen sind, der Opferschutz ist. Außerdem ging es darum, dass der gesetzliche Rahmen aktualisiert werden muss, um dagegen vorgehen zu können, dass digitale Plattformen zur Ermöglichung von Schleuserkriminalität genutzt werden.

An dem Treffen nahmen auch Vertreter von EuroMed Justice aus Algerien, Tunesien und Israel teil, worin ein erster wichtiger Schritt hin zu einem gemeinsamen mittelmeerübergreifenden Vorgehen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität zu sehen ist. Der weitere Ausbau der operativen justiziellen Zusammenarbeit mit den südlichen Partnerländern und dem Westafrikanischen Netzwerk der Zentralbehörden und Staatsanwälte wurde für dringend erforderlich erachtet.

In der Veranstaltung wurde den EU-Mitgliedstaaten von der Europäischen Kommission nahe gelegt, mehr Gebrauch von



“Für die Arbeit von Eurojust gegen Schleuserkriminalität und Menschenhandel ist dieses Treffen ein wichtiger Schritt nach vorn. Die Diskussionen beim jährlichen Treffen liefern uns Ideen für die Umsetzung der im EU-Aktionsplan vorgesehenen Initiativen gegen die Schleuserkriminalität, mit denen die Arbeit der zuständigen Justizbehörden verbessert und unterstützt werden soll. Für die Zukunft ist geplant, schließlich auch die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen und südlichen Partnerländern zu schaffen und uns dabei das Eurojust-Programm EuroMed Justice zunutze machen.”

Filippo Spiezia, Nationales Mitglied für Italien bei Eurojust und Leiter des Teams zur Bekämpfung des Menschenhandels

“Den Praktikern bietet die Eurojust-Fokusgruppe zu Schleuserkriminalität einzigartige Gelegenheit zur Besprechung dringlicher praktischer und rechtlicher Probleme im Bereich Schleuserkriminalität und Menschenhandel. Weil sich die Kriminellen immer wieder Neues einfallen lassen, ist der ständige Erfahrungsaustausch für unseren gemeinsamen Erfolg unverzichtbar.”

Robert Crepinko, Leiter des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Migrantenschleusung, Europol

der Unterstützung zu machen, die Eurojust für Ermittlungen gegen Schleuser anbietet, z. B. in Form von GEG. Außerdem wurde die jüngst von Eurojust herausgegebene Broschüre Booklet on Judicial Use of Information following the Debriefing of Migrants at External Borders vorgestellt, laut der es wichtig ist, die Justiz schon frühzeitig in die Ermittlungen einzubeziehen und baldmöglichst Informationen von Migranten einzuholen.

Im Anschluss an das Treffen gab es im Eurojust-Kollegium eine interne Diskussion darüber, wie die Agentur, die nationalen Justizbehörden und die strategischen Partner bei der Umsetzung des neuen EU-Aktionsplans gegen Schleuserkriminalität zusammenarbeiten können.

## 14.2 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen die Schleuserkriminalität



Griechenland: Eurojust hilft, dem Migrantenschmuggel in Luxusautos ein Ende zu setzen



**STRAFTAT:** Eine seit mindestens zwei Jahren operierende Gruppe organisierter Kriminalität brachte etwa 350 Migranten nach Griechenland; bei den 56 Schleusungen kamen 89 Luxusautos und schnelle Pick-ups zum Einsatz. Jeder Migrant musste etwa 2 500 EUR zahlen, wobei jeweils bis zu 15 Personen in einem Fahrzeug transportiert wurden. Auf diesen hochgefährlichen Fahrten kam ein Schleuser zu Tode und 13 Migranten wurden verletzt.

**MASSNAHME:** Am Aktionstag im Juli 2021 fanden 15 Durchsuchungen statt.

**ERGEBNIS:** Elf Personen, die dafür verantwortlich sein sollen, dass irreguläre Migranten bei Evros über die griechisch-türkische Grenzen gebracht wurden, wurden festgenommen. Beschlagnahmt wurden 29 Fahrzeuge sowie Computer und GPS-Geräte, Mobiltelefone, Finanzunterlagen, Bargeld und ein Mining-Tool für Bitcoins.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust bildete für diesen Fall erstmals eine GEG griechischer und bulgarischer Justiz- und Strafverfolgungsbehörden. Die Agentur organisierte drei Koordinierungssitzungen, um eine wirksame Zusammenarbeit der beiden Länder zu ermöglichen, und leistete der griechischen Polizei, die die Operation vor Ort leitete, operative Unterstützung.



Aus den Niederlanden und Ungarn heraus agierender Schleuserring zerschlagen



**STRAFTAT:** 2021 organisierte eine von den Niederlanden und Ungarn aus operierende Schleuserbande den Transport irregulärer syrischer Migranten von der serbisch-ungarischen Grenze in die Europäische Union.

**MASSNAHME:** Durchführung eines Aktionstags am 1. November 2021.

**ERGEBNIS:** Im Zuge des Aktionstags nahmen die niederländischen Behörden zwei Hauptverdächtige fest, die die Auftraggeber zweier zuvor festgenommener Fahrer waren. Diese Straftäter sollen auch an der Beauftragung von vier weiteren Fahrern beteiligt gewesen sein, die zuvor in Ungarn, Deutschland und Österreich wegen Schleuserei festgenommen worden waren.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Weil die von den niederländischen und ungarischen Justizbehörden gebildete und von Eurojust unterstützte GEG die Verbindung zwischen den verschiedenen Festnahmen und den beiden Hauptverdächtigen erkannte, konnte der Schleuserring zerschlagen werden. Eurojust ermöglichte die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit zwischen den niederländischen und ungarischen Behörden und richtete eine Koordinierungssitzung zur Vorbereitung der Operation aus.





# 15. Terrorismus

Eurojust wird immer häufiger von EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten um die Koordinierung komplexer grenzüberschreitender Ermittlungen zur Terrorismusbekämpfung gebeten. Terrorhandlungen müssen verhindert und beendet werden. Genauso wichtig für die Sicherheit unserer Gesellschaften ist es aber, die Täter und ihre Gehilfen vor Gericht zu bringen. Die Eurojust-Fälle im Bereich der Terrorismusbekämpfung betreffen Ermittlungen wegen Terroranschlägen, mutmaßlicher Vorbereitung derartiger Anschläge, Terrorismusfinanzierung, Rekrutierung und Schulung für die Begehung von Terrorhandlungen sowie Verbreitung terroristischer Propaganda.

## 15.1 Datenabgleich im Justiziellen Terrorismusregister zur Identifizierung im Zusammenhang stehender Verfahren

Jedes Mal, wenn bei Eurojust ein Fall eröffnet wird, werden die Falldaten systematisch mit den bereits im Fallverwaltungssystem vorhandenen Daten



abgeglichen. Mit dieser Funktion und sorgfältiger Nachprüfung ist es möglich, zu erkennen, bei welchen Verfahren ein Zusammenhang besteht. Eurojust hat das Europäische justizielle Terrorismusregister (CTR) eingerichtet, um Informationen über laufende und abgeschlossene Gerichtsverfahren der EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung zu sammeln, damit solche Verbindungen auch bei Terrorismusfällen erkannt werden können.

Seit der Einrichtung des CTR im Jahr 2019 werden mehr Informationen aus justiziellen Verfahren im Bereich der Terrorismusbekämpfung an Eurojust übermittelt. Jetzt sind die Informationen, die bei Eurojust eingehen, aktuell, kohärent und im einheitlichen Format, sodass es für Eurojust 2021 einfacher war, Verbindungen zwischen den Verfahren in den verschiedenen Mitgliedstaaten zu erkennen.

Damit das CTR wirksam funktionieren kann, kommt es vor allem darauf an, dass die CTR-Daten zeitnah bearbeitet werden, die Überprüfung der festgestellten potenziellen Verbindungen einheitlich erfolgt und den Hinweisen in effizienter Weise nachgegangen wird. Bei der Verwaltung der CTR-Informationen wie auch bei der Verfolgung potenzieller Verbindungen werden die Vertraulichkeit der Daten und die Dateninhaberschaft in vollem Umfang gemäß der Eurojust-Verordnung gewahrt.

Soweit Eurojust-Fälle auf Grundlage von CTR-Informationen eröffnet wurden, geht dies entweder auf festgestellte Verbindungen zwischen nationalen Verfahren zurück oder auf den Antrag nationaler Behörden. In einem Fall letzterer Art wurde Eurojust zum Beispiel gebeten, EU-Mitgliedstaaten bei einem Rechtshilfeersuchen an einen Drittstaat zu unterstützen, welches Ermittlungen wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, Terrorismusfinanzierung und andere damit im Zusammenhang stehende Straftaten wie Urkundenfälschung und Betrug betraf.

**TERRORISMUS - FÄLLE 2021**

**221 FÄLLE**  
(80 neue Fälle, 141 aus Vorjahren fortdauernde Fälle)

**9 GEMEINSAME ERMITTLUNGSGRUPPEN**  
(4 neue GEG, 5 fortdauernde)

**9 FALLSPEZIFISCHE KOORDINIERUNGSSITZUNGEN**

## 15.2 Jüngste Entwicklungen

Im Oktober und November 2021 traf sich der Präsident von Eurojust Ladislav Hamran mit dem neu ernannten EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, um die Verstärkung der internationalen justiziellen Zusammenarbeit in Kampf gegen den Terrorismus zu besprechen.

Im November kamen auch die nationalen Eurojust-Anlaufstellen zur Terrorismusbekämpfung, Justizpraktiker sowie Vertreter der EU und internationaler Organisationen zusammen, um die jüngsten Entwicklungen und Trends zu erörtern. Die Themen waren: die Rolle der Justizbehörden bezüglich der im April 2021 angenommenen neuen [EU-Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte](#), die jüngsten Trends bei Links- und Rechtsextremismus und links- bzw. rechtsextremistischem Terrorismus, das Vorgehen gegen die Gefahr von dschihadistischem Terrorismus durch Haftentlassene sowie der vom EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung erstellte Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung für Afghanistan.

Beweismittel von Kampfschauplätzen spielen eine sehr wichtige Rolle, wenn es darum geht, ausländische Terrorkämpfer vor Gericht zu bringen. Die Umstände, unter denen dieses Belastungsmaterial gesammelt, verwahrt und weitergegeben wird, sind allerdings solcher Art, dass ihrer Verwendung in Strafverfahren häufig praktische, rechtliche und prozessuale Hürden entgegenstehen.

Damit diese überwunden werden können, hat Eurojust zusammen mit dem Genozid-Netz und mit Unterstützung der USA für die Mitgliedstaaten einen Leitfaden dazu erstellt, wie mit Informationen umzugehen ist, von denen bekannt ist, dass sie für Ermittlungen und Strafverfolgung wegen Terrorismus und Kriegsverbrechen relevant sein könnten. Wer auf Kampfschauplätzen gesammelte Beweismittel sucht, überprüft und analysiert, soll besser in der Lage sein, die für die Ermittlung und Strafverfolgung von Terrorismus und Kriegsverbrechen nützlichen Informationen zu erkennen



und zur Verfügung zu stellen. Da in etlichen Mitgliedstaaten Ermittlungen und Strafverfahren wegen Terrorstrafaten und völkerrechtlicher Kernverbrechen laufen, in denen Beweismittel von Kampfschauplätzen verwendet werden, kommt der Leitfaden gerade zur rechten Zeit.

Eurojust ist entschlossen, die unionsweite und internationale Arbeit noch stärker zu unterstützen,

“ Eurojust trägt entscheidend zur Terrorismusbekämpfung bei. Unser Ziel ist es, Terroristen ihrer gerechten Strafe zuzuführen. In Fällen, die Terrorismus und internationale Straftaten betreffen, insbesondere nach großen Terroranschlägen in der Europäischen Union, hilft Eurojust bei der wichtigen grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Die einzigartige justizielle Zusammenarbeit, die Eurojust im Bereich der Terrorismusbekämpfung ermöglicht, weiß ich sehr zu schätzen und die Arbeit, die Präsident Ladislav Hamran und das Sekretariat des Genozid-Netzes für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren unter unseren Justizpraktikern in der Europäischen Union leisten, genießt meine vollumfängliche Unterstützung. ”

Ilkka Salmi, EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung

damit Informationen von Kampfschauplätzen in Strafverfahren noch besser als Beweismittel dienen können. Die Rolle von Eurojust bei der Kartierung der Verwendung derartiger Informationen und bei der Gewährleistung der weiteren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU und anderen Staaten, auch bei der Unterstützung der Strafverfolgung in Bezug auf die aktuelle Lage in Afghanistan, ist vom EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung und von der Europäischen Kommission anerkannt worden. Im Zeitraum 2020-2021 war Eurojust auch Beobachter der Expertengruppe des Europarats für die Verwendung in Konfliktzonen gesammelter Informationen als Beweismittel in Terrorismus-Strafverfahren.

Der Bericht über [die Fallarbeit von Eurojust in der Terrorismusbekämpfung: Erkenntnisse 2020-2021](#), der am 17. Dezember 2021 veröffentlicht wurde, präsentiert die greifbaren Ergebnisse (u. a. Beschlagnahmen, Festnahmen und Verurteilungen) der von Eurojust in Terrorismus-Fällen geleisteten Koordinierung. Der Bericht stützt sich auf die von der Agentur gesammelte Erfahrung bei der Unterstützung grenzüberschreitender Ermittlungen und Strafverfolgung im Bereich der Terrorismusbekämpfung sowie bei der Erleichterung des Informationsaustauschs über Gerichtsverfahren. Aufgezeigt wird auch, welche Rolle Eurojust bei der Koordinierung der justiziellen Zusammenarbeit spielt, wenn es etwa um den Schutz von Terroropfern, Zuständigkeitsfragen und Rechtshilfeersuchen an Drittstaaten geht. Ein besonderer Schwerpunkt des Berichts ist der Fortschritt, der durch das [Europäische Justizielle Terrorismusregister](#) und den Einsatz von Instrumenten der justiziellen Zusammenarbeit, u. a. GEG, in grenzüberschreitenden Fällen der Terrorismusbekämpfung erzielt wurde. Der Bericht geht ferner auf die besonderen rechtlichen und praktischen Hürden ein, denen die Strafjustiz im Bereich des Terrorismus begegnet, z. B. in Bezug auf ausländische Terrorkämpfer (und die damit in Zusammenhang stehende Verwendung von Beweismitteln von Kampfschauplätzen), rechts- und linksextremistischer Terrorismus, die Vorgehensweise von Terrorbanden, Terrorzellen und Einzeltätern.

## 15.3 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust zur Terrorismusbekämpfung



### #JusticeDone: Verurteilung eines Terroristen – auch dank der Hilfe von Eurojust

**DER STRAFE ZUGEFÜHRT:** Am 19. Februar 2021 verurteilte das Berufungsgericht in Den Haag einen Angeklagten wegen Vorbereitung und/oder Beihilfe zu einem Terroranschlag, Androhung einer Terrorstraftat und/oder Verbreitung aufhetzender Schriften oder Bilder. Der Verdächtige wurde zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

**STRAFTAT:** Nachdem Ende August 2018 ein niederländischer Parlamentarier zu einem Cartoon-Wettbewerb aufgerufen hatte, wurde die niederländische Polizei auf ein Video hingewiesen, das ein Mann pakistanischer Herkunft auf Facebook gepostet hatte. Darin gab der Mann an, in die Niederlande gekommen zu sein, um den Politiker zu töten.

**MASSNAHME:** Am folgenden Tag wurde er am Hauptbahnhof von Den Haag festgenommen.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Die niederländischen Behörden ersuchten Eurojust um Hilfe bei ihrem Vorgehen wegen des Verdachts auf Vorbereitung eines Mordes in terroristischer Absicht. Sie benötigten Informationen darüber, wo sich der Verdächtige in den Jahren vor seiner Festnahme aufgehalten hatte, um seine Motive nachvollziehen und feststellen zu können, ob er allein handelte oder Teil einer Gruppe war. Eurojust half dabei, diese Informationen zusammenzutragen, sowie bei Beweismittel- und Rechtshilfeersuchen an mehrere EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten.

## #JusticeDone

### Ermittlungen gegen mutmaßlichen ausländischen Terrorkämpfer Europäisches Justizielles Terrorismusregister (CTR) deckt Verbindungen auf



**Mai 2021** und **Dezember 2021** – Der Hauptverdächtige wird zu vier Jahren Freiheitsstrafe wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation verurteilt. Die Verurteilung wird vom Mailänder Berufungsgericht bestätigt.



**Juli 2020** und **Oktober 2020** – Eurojust organisiert **zwei Koordinierungssitzungen**, in denen die nationalen Behörden einander über den Stand der laufenden Ermittlungen und der Vollstreckung von EEA und Rechtshilfeersuchen unterrichten, den künftigen Bedarf an justizieller Zusammenarbeit und Koordinierung erörtern und sich auf die effizienteste Vorgehensweise einigen.



Im Laufe des Jahres 2020 hilft Eurojust bei mehreren **Europäischen Ermittlungsanordnungen** und **Rechtshilfeersuchen**, mit denen weitere Beweismittel und Zeugenaussagen für die italienischen Ermittlungen zusammengetragen werden. Außerdem ermöglicht Eurojust einen spontanen **Informationsaustausch** zwischen den nationalen Justizbehörden und Europol.



**Februar 2020** – Das **italienische Verbindungsbüro bei Eurojust** öffnet den Fall gegenüber **fünf EU-Mitgliedstaaten, einem Drittstaat und Europol**.



Im Zuge ihrer Ermittlungen gegen einen ausländischen Terrorkämpfer wollen die **italienischen Behörden** das CTR und Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit dazu nutzen, etwaige Verbindungen zu ihrem Hauptverdächtigen sowie zu anderen Terrorismusfällen festzustellen.




# 16. Völkerrechtliche Kernverbrechen

Das Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen nicht straflos bleiben dürfen, ist ein zentrales Anliegen der Europäischen Union. Deshalb bieten Eurojust und das Genozid-Netz Staatsanwälten und Richtern, die mit diesen sehr komplexen Fällen befasst sind, Unterstützung. Das Sekretariat des Genozid-Netzes, das bei Eurojust angesiedelt ist, ermöglicht die unionsweite Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten, Strafverfolgern, für Rechtshilfe zuständigen Beamten und anderen Praktikern, die auf die Untersuchung und Strafverfolgung völkerrechtlicher Kernverbrechen spezialisiert sind.

## 16.1 Jüngste Entwicklungen

Zehn Jahre nach Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien widmete das Genozid-Netz den 6. EU-Tag gegen Straflosigkeit von Völkermord, der am 21. Mai 2021 stattfand, den jüngsten Erfolgen und laufenden Maßnahmen seiner Arbeit zur Ahndung der in Syrien begangenen Straftaten, u. a. des Einsatzes von Folter und chemischen Waffen gegen die eigene Zivilbevölkerung. Eigens zu diesem Anlass wurde ein Video produziert, in dem die Arbeit, die von der EU und den Mitgliedstaaten geleistet wird, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, aus verschiedenen Perspektiven dargestellt wurde.



**VÖLKERRECHTLICHE KERN-  
VERBRECHEN – FÄLLE 2021**

**16 FÄLLE**  
(7 neue Fälle, 9 aus Vorjahren  
fortdauernde Fälle)

**1**  
GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPE  
(Gebildet im Jahr 2021)

**6**  
FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN

Das Kommissionsmitglied Didier Reynders und der Präsident von Eurojust Ladislav Hamran sowie Opfer, Staatsanwälte, nationale Vertreter und Mitglieder der Zivilgesellschaft hielten Vorträge über die Herausforderungen, die von den nationalen Gerichten jetzt und künftig zu bewältigen sind, wie auch über die Erwartungen der Opfer, und sie erklärten, warum die Rolle der Justiz dabei so wichtig ist. Die jährliche Veranstaltung bietet eine Plattform zur Aufklärung über diese höchst abscheulichen Straftaten und die Wichtigkeit der in den Mitgliedstaaten geleisteten Arbeit, damit insbesondere gegen Verdächtige, die ihren Aufenthalt oder Wohnsitz in der Europäischen Union haben, ermittelt und vorgegangen wird, damit sie ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Ein weiteres Kernthema beim Genozid-

“An diesem ganz besonderen Tag möchte ich dem Genozid-Netz zu seiner hervorragenden Arbeit gratulieren. Sie beweist eindeutig den Nutzen von Eurojust. Wir müssen uns auch künftig zusammenschließen und gemeinsam handeln. In den kommenden Jahren wird die Kommission der Agentur noch bessere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit neuen Partnern im Nahen Osten eröffnen. Wir werden weiter daran arbeiten, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern und der Straflosigkeit ein Ende zu setzen.”

Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz, zum 6. EU-Tag gegen Straflosigkeit von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, der vom Genozid-Netz und Eurojust ausgerichtet wurde.

Netz 2021 war die Verfolgung von Sanktionsverstößen. Sanktionen, Embargos und restriktive Maßnahmen sind von den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union verhängte Handelsbeschränkungen. Die Maßnahmen richten sich gegen Regierungen, organisierte militärische oder paramilitärische Gruppen, Unternehmen und Einzelpersonen, deren Verhalten gegen das Völkerrecht verstößt und eine konkrete Bedrohung darstellt, zum Beispiel Cyberangriffe, Verbreitung chemischer Waffen, Terrorismus sowie Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch. Im Kampf gegen die Straflosigkeit völkerrechtlicher Kernverbrechen dürfte sich die Untersuchung und Verfolgung solcher Verstöße als unerlässlich erweisen, zumal wenn es sich bei den Tätern um juristische Personen handelt. Alle EU-Mitgliedstaaten haben Gesetze, die für solche Verstöße verwaltungs- oder strafrechtliche Sanktionen vorsehen, doch nur sehr wenige natürliche und juristische Personen werden tatsächlich zur Rechenschaft gezogen.

Ein jüngst vom Genozid-Netz veröffentlichter [Bericht](#) zeigt, dass die Verfolgung von Sanktionsverstößen eine alternative oder zusätzliche Möglichkeit zur Ahndung völkerrechtlicher Kernverbrechen bieten könnte. Auf diese Weise ist es unter Umständen möglich, den Anknüpfungspunkt zu finden, der in einigen Ländern für die Verfolgung völkerrechtlicher Kernverbrechen nach dem Weltrechtsprinzip bzw. dem Grundsatz der extraterritorialen Zuständigkeit erforderlich ist. Die Untersuchung von Sanktionsverstößen kann auch erste Hinweise für eingehendere Ermittlungen liefern, die dann zu anderen Formen damit zusammenhängender Kriminalität führen, etwa zu Terrorismus oder illegalem Handel. Deshalb sollten die Sanktionsüberwachung und die

angemessene Ahndung von Sanktionsverstößen integraler Bestandteil der Gesamtstrategien sein, mit denen die EU-Mitgliedstaaten und Praktiker Straflosigkeit bekämpfen.

Auch 2021 hat das Genozid-Netz weiter zur Fortbildung der Justizpraktiker beigetragen. Im März 2021 veranstaltete das Netz bei CEPOL, der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung, ein [Webinar](#) über die kumulative Strafverfolgung ausländischer Terrorkämpfer. In dem Webinar wurde aufgezeigt, wie Strafverfolgungs- und Justizbehörden wegen völkerrechtlicher Kernverbrechen und Terrorstraftaten gegen ausländische Terrorkämpfer ermitteln und wegen beider Deliktgruppen kumulativ Anklage erheben können.

Im Juni 2021 veranstaltete das Genozid-Netz mit dem EJTN ein gemeinsames Webinar über die Verfolgung völkerrechtlicher Kernverbrechen in Europa, das sich an Richter und Staatsanwälte in der EU richtete. In dem Webinar, das praktische Probleme und Schwierigkeiten bei der Beweisführung aufzeigte, wurden auch die Instrumente vorgestellt, die den Praktikern für die justizielle Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Im November 2021 veröffentlichte das Genozid-Netz sein jüngstes Update des [Rechtsprechtsüberblicks](#), der auch neue Urteile enthält, die in EU-Staaten aufgrund kumulativer Anklage gegen ausländische Terrorkämpfer ergangen sind.

## 16.2 Fallbeispiel zur Veranschaulichung des Beitrags von Eurojust zur Bekämpfung der Straflosigkeit



**#JusticeDone: Lebenslänglich für syrischen Beamten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Ermittlungen der gemeinsamen Ermittlungsgruppe durch Eurojust unterstützt**



**EUROJUST**




**DER STRAFE ZUGEFÜHRT:** Am 13. Januar 2022 verurteilte das Oberlandesgericht Koblenz einen ehemaligen hochrangigen syrischen Beamten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Freiheitsstrafe. 2021 war ein Mittäter des hochrangigen Beamten vom selben Gericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folter zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden.

**STRAFTAT:** 2011 und 2012 kamen im Verantwortungsbereich des Beamten des syrischen Geheimdiensts 27 Regimegegner durch Folter und menschenunwürdige Haftbedingungen zu Tode.

**MASSNAHME:** Der syrische Beamte wurde im Februar 2019 zusammen mit seinem Mittäter in Deutschland festgenommen. Im Oktober 2019 wurde gegen beide Anklage erhoben. Die Hauptverhandlung, die im August 2020 begann, war weltweit die erste, in der es um die weitverbreiteten und systematischen Folterungen durch das syrische Regime ging.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** In Zusammenarbeit mit den nationalen Ermittlern und Staatsanwälten, die mit dem Fall befasst waren, wurde 2018 mit Unterstützung durch Eurojust und das Genozid-Netz eine deutsch-französische GEG gebildet. Eurojust und das Genozid-Netz unterstützten die Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen mit langfristiger analytischer Unterstützung und organisierten regelmäßige Koordinierungssitzungen, die eine zügige justizielle Zusammenarbeit zwischen den deutschen und französischen Behörden ermöglichte.

# 17. Umweltkriminalität



**UMWELTKRIMINALITÄT  
- FÄLLE 2021**

**62 FÄLLE**  
(21 neue Fälle, 41 aus Vorjahren  
fortdauernde Fälle)

**6  
GEMEINSAME  
ERMITTLUNGSGRUPPEN**  
(1 neue GEG, 5 fortdauernde GEG)

**11  
FALLSPEZIFISCHE  
KOORDINIERUNGSSITZUNGEN**

**1  
KOORDINIERTER AKTIONSTAG**

Umweltstraftaten sind eine ernste Gefahr, die die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger in mehrfacher Hinsicht bedroht. Diese Straftaten belasten die Natur, verursachen Umweltverschmutzung, schaden den Wildtieren und reduzieren die Artenvielfalt. Überdies stören sie das ökologische Gleichgewicht, schädigen ganze Ökosysteme und gefährden die menschliche Gesundheit. Diese Straftaten, die ihrer Art nach häufig mehrere Länder betreffen, werden in Verbindung mit anderen kriminellen Aktivitäten begangen – all dies zur Erzielung enormer illegaler Gewinne. Allerdings sehen die Behörden die Umweltstraftaten häufig als nachrangig zu den anderen Straftaten, mit denen sie in Verbindung stehen, und räumen ihnen nur selten Priorität ein.

Um auch ein energisches Vorgehen gegen Umweltkriminalität zu ermöglichen, leistet

Eurojust Unterstützung auf justizieller Ebene, etwa bei grenzübergreifenden Einsätzen und mit zielgerichtetem Training und Weiterbildung für Justizpraktiker.

## 17.1 Jüngste Entwicklungen

Im Januar 2021 wurde der Bericht über die Fallarbeit von Eurojust im Bereich der Umweltkriminalität vorgelegt, der Lösungen dazu vorschlägt, wie sich die justizielle Zusammenarbeit verbessern ließe, um mehr Fälle von Umweltkriminalität auf Unionsebene zu koordinieren. Eurojust ist aufgrund der ihm übertragenen Aufgabe hervorragend aufgestellt, institutionelles Wissen über immer wieder auftretende rechtliche und praktische Probleme aufzubauen und Lösungen für eine wirksamere internationale justizielle Zusammenarbeit bei Umweltstraftaten zu entwickeln.

Trotz der Unionsvorschriften zur Regulierung des legalen Handels mit Wildtieren und der dazugehörigen Aktionspläne der Union fehlt es den Kontroll-, Strafverfolgungs- und Justizbehörden häufig doch noch an den nötigen Kapazitäten und Ressourcen für die wirksame Aufdeckung, Ermittlung und

Verfolgung von Umweltkriminalität. Die angedrohten Sanktionen genügen nicht zur Abschreckung und der Informationsaustausch ist – insbesondere zwischen den Verwaltungsbehörden und Strafverfolgungsbehörden – sowohl innerhalb als auch zwischen den Mitgliedstaaten unzureichend. In Reaktion darauf und im Einklang mit der EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität 2021-2025 wurde die EU-Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt überarbeitet. Zu den einschlägigen Experten, Netzwerken, Unternehmen und Agenturen, die dazu konsultiert wurden, zählte auch Eurojust. Der Vorschlag für eine Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und zur Ersetzung der Richtlinie 2008/99/EG wurde am 15. Dezember 2021 veröffentlicht. Der Beitrag von Eurojust beruhte auf einer quantitativen und qualitativen Analyse der Erfahrung, die die Agentur in der Bearbeitung von Fällen grenzüberschreitender Umweltkriminalität gesammelt hat, sowie auf den von Eurojust in seinem Bericht über die Fallarbeit im Bereich der Umweltkriminalität gegebenen Empfehlungen.



Fotos © Shutterstock

Da diese Art Delikt immer häufiger vorkommt und eine immer größere Bedrohung darstellt sowie zur Unterstützung des europäischen Grünen Deals hat das EU-Netz der Agenturen für Justiz und Inneres sein gesamtes Arbeitsprogramm 2021 den Themen Umweltschutz und Digitalisierung gewidmet. Im Laufe des Jahres erörterten die Agenturen die Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und organisierte Kriminalität. Sie überprüften die in der Union und auf internationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen gegen diesen Bereich der Kriminalität und tauschten Ideen darüber aus, wie sie ihre Verwaltungen klimaneutral und mit größerer digitaler Effizienz gestalten können. Diese Überlegungen flossen in das gemeinsame Papier betreffend die Bekämpfung von Umweltkriminalität ([Joint Paper on the Fight Against Environmental Crime](#)) ein, das im November 2021 herausgegeben wurde. Das Papier stellt die Hauptmaßnahmen des Bereichs JI in Bezug auf den Umweltschutz vor und unterstreicht die Entschlossenheit, in den kommenden Jahren noch enger in diesem wichtigen Bereich zusammenzuarbeiten.

Zum Abschluss der Aktivitäten, die das Netzwerk 2021 im Bereich Umweltkriminalität ergriff, unterzeichneten neun JI-Agenturen eine [gemeinsame Erklärung zum europäischen Grünen Deal](#), in dem sie nochmals bekräftigten, im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben mit operativer und administrativer Arbeit zu einer sichereren und saubereren Umwelt beizutragen. Insbesondere verpflichteten sie sich, weiter entschlossen gegen Umweltkriminalität (z. B. gegen Meeresverschmutzung und illegalen Wildtierhandel) und Straftaten mit umweltschädlichen Auswirkungen (etwa Drogenanbau) vorzugehen, vor allem im Rahmen von EMPACT.

2021 trug Eurojust mehr als je zuvor zu Trainingsseminaren und Webinaren über die Bekämpfung der Umweltkriminalität bei, die sich an Justizpraktiker aus der Europäischen Union und aus Drittstaaten richteten. Dabei lag der Schwerpunkt auf grenzüberschreitender justizieller Zusammenarbeit in Fällen von Umweltkriminalität.

Eurojust trug 2021 aber auch auf andere Weise zur Bekämpfung von Umweltstraftaten bei, nämlich durch aktive Teilnahme an dem von der Europäischen Kommission ins Leben gerufenen [Forum für den Vollzug des Umweltrechts und Umweltordnungspolitik](#). Auf Grundlage seiner Erfahrung in der grenzüberschreitenden Koordinierung und Zusammenarbeit bei

Ermittlungen und Strafverfolgung im Bereich der Umweltkriminalität konnte Eurojust zu dem Leitfaden über die [Bekämpfung von Umweltstraftaten und damit verbundenen Gesetzesverstößen](#) beitragen, der im Rahmen des 4. Aktionspunkts des Aktionsplans der Kommission zu Vollzug des Umweltrechts und Umweltordnungspolitik erstellt wurde.

## 17.2 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust gegen Umweltkriminalität



Mit der Hilfe von Eurojust wird in Italien einem Riesenbetrug mit Metallabfällen ein Ende gesetzt



**STRAFTAT:** Von 2018 bis 2021 wurden mehr als 18 000 Tonnen Metallabfälle illegal verkauft und in legal betriebenen Schmelzereien verarbeitet. Die Folge: Gesundheitsgefahren und Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil legal arbeitender Firmen. Mit gefälschten Bescheinigungen, Erklärungen und Rechnungen, ausgestellt von fiktiven Firmen in der Slowakei, Ungarn, der Türkei, Ägypten, Pakistan, China und Malaysia konnte das bereits ausgebuchte Metall erworben werden.

**MASSNAHME:** Im Zuge des Aktionstags im März 2021 fanden 60 Durchsuchungen in der Slowakei und in Ungarn statt, um dem Betrug mit Metallabfällen ein Ende zu setzen. Der im Laufe der Jahre verursachte Schaden beläuft sich auf 130 Mio. EUR.

**ERGEBNIS:** In Italien und in der Slowakei wurden 15 Personen festgenommen, die nicht nur illegal mit Metallabfällen gehandelt haben sollen, sondern auch der Geldwäsche und der Ausstellung falscher Rechnungen und Urkunden verdächtig sind. Beschlagnahmt wurden Computer, Elektronikgeräte und Dokumente.

**DIE ROLLE VON EUROJUST:** Eurojust koordinierte den Aktionstag, half bei der Vollstreckung der EEA in Ungarn und der Slowakei und unterstützte die Festnahme eines Verdächtigen in der Slowakei.



# #JusticeDone



## Verurteilungen im Fipronil-Skandal wegen kontaminierter Eier



**4. Juni 2021** – In Belgien verurteilt das **Gericht in Antwerpen** drei Angeklagte wegen Gefährdung der öffentlichen Gesundheit zu auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafen zwischen 12 und 18 Monaten und verpflichtet die natürlichen und juristischen Personen, den Opfern 22,8 Mio. EUR Schadensersatz zu zahlen.

**April 2021** – In den Niederlanden wird beim **Gericht in Overijssel** Anklage gegen zwei Hauptverdächtige erhoben, die dann wegen illegalen Verkaufs von Fipronil an Geflügelzüchter zu je einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt werden. Zwei Unternehmen werden zur Zahlung hoher Geldstrafen verurteilt und die vier Schuldigen werden verpflichtet, ihre rechtswidrig erlangten Gewinne an den niederländischen Staat zu zahlen.



**Oktober 2017 bis April 2019** – Im Nachgang zu den beim Aktionstag erzielten Fahndungsergebnissen finden bei Eurojust **sechs** weitere **Koordinierungssitzungen** statt, die dem weiteren Informations- und Beweisaustausch, der Koordinierung der parallelen Ermittlungen, der Medienarbeit sowie der Einigung auf die Strafverfolgungsstrategie dienen.

Eurojust erstattet ein förmliches Rechtsgutachten zum Grundsatz des Verbots der doppelten Strafverfolgung in Bezug auf die in Belgien und Italien laufenden Strafverfahren. Mit Unterstützung von Eurojust arbeiten alle betroffenen Länder grenzübergreifend zusammen.



**10. August 2017** – Im Zuge eines **gemeinsamen Aktionstags**, der von einem Koordinierungszentrum bei Eurojust unterstützt wird, finden **koordinierte Durchsuchungen** und **Festnahmen** statt. Die niederländisch-belgische GEG setzt ihre Zusammenarbeit auch in der Strafverfolgungsphase fort und nimmt Finanzermittlungen auf, die zur **Rückverfolgung und Beschlagnahme von Vermögenswerten** führen.



**3. August 2017** – **Erste Koordinierungssitzung** bei Eurojust, um eine gemeinsame Ermittlungsstrategie abzusprechen, einen ersten Informations- und Beweisaustausch durchzuführen, einen Aktionstag vorzubereiten sowie eine gemeinsame Medienstrategie auszuarbeiten. Diese Sitzung führt auch zur umgehenden Bildung und Finanzierung einer **gemeinsamen Ermittlungsgruppe (GEG)** der belgischen und niederländischen Behörden, an der auch Eurojust und Europol teilnehmen.



Die nationalen Eurojust-Verbindungsbüros **der Niederlande, Belgiens, Deutschlands und Italiens** eröffnen im Zusammenhang stehende Fälle, um sich bei ihren Ermittlungen operative und juristische Hilfe zu leisten.



**Juli 2017** – Nachdem großen Mengen von Hühnereiern und Eiprodukten gefunden werden, die das Insektizid Fipronil enthalten, werden in **den Niederlanden, Belgien, Deutschland und Italien parallele strafrechtliche Ermittlungen** eingeleitet.



# 18. Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums

**K**riminalität im Bereich des geistigen Eigentums wird oftmals den opferlosen Delikten zugerechnet – jedoch zu Unrecht. Sie hat schwere und weitreichende Folgen für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit wie auch für Regierungen, Unternehmen und Volkswirtschaften. In der COVID-19-Pandemie wurde nur zu deutlich, welche verheerenden Folgen es hat, wenn falsche Masken, Schutzausrüstungen, Medikamente und Impfstoffe illegal hergestellt und vertrieben werden.

In den von Eurojust unterstützten Fällen zeigte sich auch, dass diese Delikte zunehmend mit anderen Formen der Kriminalität einhergehen, u. a. mit Korruption, Steuerbetrug, Cyberkriminalität und Geldwäsche. Die Bekämpfung der Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums erfordert deshalb ein koordiniertes und multidisziplinäres Vorgehen zur Gewährleistung der unionsweiten Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums. So tragen wir dazu bei, ein Umfeld zu schaffen, in dem Kreativität und Innovation zum Wohle der Unternehmen und Volkswirtschaften gefördert und geschützt werden.

## 18.1 Jüngste Entwicklungen



© Shutterstock

Zur besseren Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums auf Unionsebene unterzeichneten Eurojust und EUIPO im März 2021 eine Dienstgütevereinbarung, die dazu beitragen wird, die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu stärken und ein einheitlicheres und strengeres Vorgehen gegen die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums sicherzustellen. Die auf vier Jahre (2021-2024) geschlossene Vereinbarung sieht zusätzliche Mittel für die Entwicklung und Umsetzung des

Eurojust-Projekts zu Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums vor.

Dieses neuartige Projekt soll – durch Unterstützung der Mitgliedstaaten bei komplexen grenzüberschreitenden Ermittlungen zu Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums – das justizielle Vorgehen gegen Fälschungen und Piraterie verbessern und auch zur Arbeit des EUIPO gegen Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums beitragen. Dazu setzt das Projekt vor allem darauf, Wissen, Instrumente und Fachkenntnisse aufzubauen, zu fördern und auszutauschen, um noch bessere operative Unterstützung für spezifische Koordinierungssitzungen und GEG betreffend diesen Kriminalitätsbereich zu leisten.

2022 wird Eurojust seine Arbeit in diesem Bereich durch Aufbau und Verbreitung von spezifischem Wissen, Unterstützung der Forschungs-, Schulungs- und Aufklärungsarbeit des EUIPO sowie Berichte über bewährte Verfahren ausbauen. Als Mitglied der neuen EMPACT-Unterpriorität „Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums, Fälschung von Produkten und Zahlungsmitteln“ ist Eurojust bestrebt, in Zusammenarbeit mit den Justiz- und Polizeibehörden der Mitgliedstaaten wie auch mit Partnern wie Europol und EUIPO bedeutende Fortschritte im Kampf gegen die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums in der Europäischen Union zu erzielen.

## 18.2 Fallbeispiele zur Arbeit von Eurojust betreffend Kriminalität im Bereich des geistigen Eigentums

Siehe S. 66.

**KRIMINALITÄT IM BEREICH DES GEISTIGEN EIGENTUMS – FÄLLE 2021**

**31 FÄLLE**  
*(14 neue Fälle, 17 aus Vorjahren fortdauernde Fälle)*

**1 GEMEINSAME ERMITTLUNGSGRUPPE**  
*(Gebildet vor 2021)*

## Schlag gegen illegales Streaming von Fußballspielen



**9. Februar 2021** – Von Eurojust und Europol unterstützte koordinierte Einsätze führen zur **Festnahme von vier Verdächtigen** in Spanien und Andorra. In Spanien, Portugal und Tschechien wurden mehrere **Gebäude durchsucht, Geräte beschlagnahmt** und **für die Straftat verwendete Server und Websites abgeschaltet oder in die Ermittlungen einbezogen**. Der illegale Streaming-Dienst **Mobdro wird abgeschaltet**.

Die koordinierten Maßnahmen wurden online über eine allen beteiligten Einsatzgruppen sowie den Staatsanwälten bzw. Ermittlungsrichtern bereitgestellte Videoverbindung organisiert.



**Januar 2021** – Auf Antrag der spanischen Behörden wird ein **Eurojust-Fall eröffnet**, mit dem um Hilfe bei der Übermittlung von **Europäischen Ermittlungsanordnungen** an **Portugal** und **Tschechien** sowie eines **Rechtshilfeersuchens** an das **Fürstentum Andorra** ersucht wird. Treffen der Vorbereitungen für eine koordinierte Operation.



**2018 und 2019** – Die spanischen Behörden leiten gesonderte Ermittlungsverfahren wegen des illegalen Streamings von Fußballspielen und anderer urheberrechtlich geschützter Inhalte über die Handy-App Mobdro ein.

Den Anstoß dazu war, dass Spaniens *La Liga*, die englische Premier League und eine internationale Organisation gegen Online-Piraterie namens Alliance for Creativity and Entertainment (ACE) anzeigten, dass Millionen Nutzer weltweit mit der Mobdro-App Fußballspiele anschauten, und zwar über Server und Plattformen, die auf illegale Weise die legal tätigen Streaming-Dienste für audiovisuellen Content anzapften.



*Audiovisuelle Piraterie mittels illegaler Übermittlung von Fernseh- und Streaming-Signalen hat in den letzten Jahren in erheblichem Maße zugenommen.*

*Eurojust hat bereits seit 2019 auf Ersuchen verschiedener nationaler Behörden Aktionstage hierzu organisiert.*

# 19. Digitalisierung der Justiz

Zur Verbesserung der Effizienz und Arbeitsweise der Justizsysteme nutzt die Europäische Union vermehrt neue digitale Technologien, wodurch die Rolle von Eurojust im Gesamtsystem der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit immer weiter ausgebaut wird. 2021 wurden solide Grundlagen für mehrere Großprojekte in diesem Bereich gelegt.

## 19.1 Vorbereitungen für ein neues Fallbearbeitungssystem für Eurojust

Die im Dezember 2020 angenommene Mitteilung der Kommission über die Digitalisierung der Justiz in der Europäischen Union befürwortete die Schlussfolgerungen der Studie über Digitale Strafjustiz, dass es für die weitergehenden Pläne für die Digitalisierung der Justiz in der Europäischen Union unerlässlich ist, das Fallbearbeitungssystem von Eurojust zu modernisieren. Entsprechend der in der Studie über Digitale Strafjustiz gegebenen Empfehlung wurde 2021 mit der Marktanalyse für die Auswahl des IT-Tools begonnen; die Auswahl wird Mitte 2022 abgeschlossen sein.

Die Kommission gewährte Eurojust 2021 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 9,5 Mio. EUR, womit ein Teil der Kosten für die Implementierung des neuen Fallbearbeitungssystems gedeckt werden können.

## 19.2 Verbindungserkennung und Treffer/Kein-Treffer-Verknüpfungen

Eurojust wird künftig noch bessere Dienste zur Verbindungserkennung anbieten können, da die Agentur über Treffer/Kein-Treffer-Verknüpfungen mit den Datenbanken von Europol und der EUStA verfügen wird. Ab 2021 wird Eurojust zur Vorbereitung auf das neue Fallbearbeitungssystem in Zusammenarbeit mit den beiden Partnern die nötigen Vorbereitungen treffen, um sicherzustellen, dass es, sobald die technischen Verbindungen stehen, klare Verfahren gibt, die regeln, wie diese Verbindungen genutzt werden.

Für 2022 ist der Start eines Treffer/Kein-Treffer-Pilotprojekts mit Europol vorgesehen; was die EUStA angeht, lag der Schwerpunkt der Arbeit 2021 auf der Verwendung des Box Tools der EUStA. Eurojust ist auch Mitglied der Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission zum Treffer/Kein-Treffer-System.

## 19.3 Vorbereitung auf Verbindungen zu e-EDS und ECRIS-TCN

2021 wurden auch Vorbereitungsarbeiten dafür geleistet, dass Eurojust an das System für den digitalen Austausch elektronischer Beweismittel angeschlossen wird, ein von der Europäischen Kommission geleitetes Projekt, mit dem der elektronische Austausch von EEA möglich sein wird. Die Mitgliedstaaten werden dieses System ab 2022 benutzen.

Außerdem traf Eurojust Vorbereitungen für seine Rolle beim Zugang zu ECRIS-TCN, dem neuen IT-Großsystem, das von eu-LISA entwickelt wird. Eurojust wird damit in der Lage sein, auf

den Mitgliedstaaten vorliegende Strafregisterauszüge über Drittstaatsangehörige zuzugreifen, und als Kontaktstelle für Drittstaaten und internationale Organisationen dienen.

Die Einrichtung des Zugangs für Eurojust zu ECRIS-TCN sowie die Interoperabilitätsarchitektur zur Verstärkung des Bereichs Justiz und Inneres bilden die Grundlage des auf drei Jahre ausgelegten Kooperationsplans 2021-2023, der im Oktober 2021 von Eurojust und eu-LISA unterzeichnet wurde. Der Plan umfasst auch die künftige Kooperation im Kontext der Initiative zur Digitalisierung der Strafjustiz und von e-CODEX, einem grenzüberschreitenden justiziellen Instrument, das e-EDS betreiben wird.

## 19.4 Vorschläge der Kommission für Sicherheit und Justiz im Digitalzeitalter

Am 1. Dezember 2021 nahm die Europäische Kommission mehrere Initiativen zur Digitalisierung der EU-Justizsysteme an. Das Paket von Gesetzesinitiativen, das in Konsultation mit Eurojust erstellt wurde, hätte im Falle seiner Annahme enorme Auswirkungen auf die Unterstützung, die Eurojust in der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit leisten kann.

Das Paket umfasst drei Vorschläge:

- I. Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit:** Das Ziel ist, den Zugang zur Justiz und die Effizienz der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit zu verbessern, indem sichergestellt wird, dass elektronische Kommunikationsmittel verfügbar sind und genutzt werden, die Mitwirkung der Teilnehmer an grenzüberschreitenden Verfahren per Videokonferenz zu ermöglichen sowie die Akzeptanz für elektronische Dokumente und Unterschriften zu erhöhen.

**II. Digitaler Informationsaustausch in Fällen von grenzüberschreitendem Terrorismus:** Das Ziel ist, die Verpflichtung zum Informationsaustausch mit Eurojust in Terrorismusfällen zu stärken, den Datenaustausch zwischen Eurojust und den Behörden der Mitgliedstaaten zu digitalisieren sowie sichere Kommunikationswege bereitzustellen und das Fallbearbeitungssystem von Eurojust zu modernisieren und auch das justizielle Terrorismusregister weiterzuentwickeln.

**III. Entwicklung der Kooperationsplattform für GEG,** die den GEG nicht nur einen leichteren und sichereren Informations- und Beweisaustausch ermöglichen würde, sondern auch eine sicherere Kommunikation untereinander für die gemeinsame Organisation ihrer Einsätze.

“Das von der Europäischen Kommission vorgelegte Paket zu Sicherheit und Justiz im Digitalzeitalter bringt die justizielle Zusammenarbeit auf den Stand des 21. Jahrhunderts. Mit dem Justiziellen Terrorismusregister wird der grenzüberschreitende Informationsaustausch in laufenden Terrorismusfällen erheblich erleichtert, was wiederum eine bessere Koordinierung unter den Mitgliedstaaten der Union ermöglicht. Die Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen, weltweit die erste ihrer Art, eröffnet ganz neue Möglichkeiten für die gemeinsame Ermittlungsarbeit, mit sofortigem grenzüberschreitenden Austausch von Beweismitteln und Informationen. Aus all diesen Gründen bin ich überzeugt, dass die Vorschläge, wenn sie angenommen werden, wichtige Änderungen für Eurojust und die Staatsanwaltschaften und deren Arbeit bringen werden – zum Wohle der Sicherheit unserer Gesellschaften.”

Ladislav Hamran, Präsident von Eurojust

# 20. Leitung und Management der Agentur

## Effiziente Mittelzuweisung und Entscheidungsfindung

Einer der letzten Schritte, mit denen die internen Arbeitsmethoden von Eurojust 2021 vollends mit der Eurojust-Verordnung in Einklang gebracht wurden, waren die Beschlüsse des Kollegiums über Arbeitsabläufe und Arbeitsgruppen des Kollegiums, in denen es um die Methoden ging, nach denen Eurojust Projekte priorisiert. Dabei ging es darum, die Transparenz der internen Entscheidungsfindung sicherzustellen und die Rolle des Verwaltungsrats in diesen Prozessen festzuschreiben. Die neuen internen Vorschriften stellen auch sicher, dass die Befugnisse des Kollegiums und der nationalen Behörden durch die Strukturen von Eurojust geschützt und die Mittel sinnvoll einsetzbar sind.

## Schutz personenbezogener Daten

Weil Eurojust bei Ermittlungen und Anklagen gegen Straftäter an vorderster Front dabei ist, arbeitet die Agentur zwangsläufig mit operativen personenbezogenen Daten. Im Rahmen ihres Tagesgeschäfts verarbeitet die Agentur auch verschiedene Kategorien administrativer personenbezogener Daten. Dabei achtet Eurojust auf die Einhaltung strengster Datenschutzstandards, um die Grundrechte aller betroffenen Personen zu wahren.

Im Oktober 2021 wurde Eurojust erstmals einem Audit durch ein Team des EDSB unterzogen. Dessen umfangreiche Untersuchung der operativen Abläufe bei Eurojust kam zu dem Ergebnis, dass die Agentur – vorbehaltlich gewisser notwendiger Verbesserungen, die mit der Inbetriebnahme des neuen Fallbearbeitungssystems kommen werden – den rechtlichen Anforderungen genügt.

## Strategische Planung: Mehrjährige Strategie 2022-2024

Am 12. Oktober genehmigte das Kollegium die Mehrjährige Strategie für 2022-2024 von Eurojust.

Darin werden Auftrag und Vision von Eurojust für den kommenden Zeitraum festgelegt und fünf übergeordnete Ziele für die künftige Arbeit vorgegeben.



## Änderungen der Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten

Im Dezember 2021 nahm das Kollegium die Änderungen der Eurojust-Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten an. Diese Änderungen sorgen für ein schlankeres Verfahren für die Entscheidung über Anträge auf Zugang zu Dokumenten, mit klaren Vorgaben für die Rollen und Aufgaben in diesem Verfahren.

## Arbeitsabläufe im Verhältnis zur EUSa

Gemäß der Arbeitsvereinbarung zwischen Eurojust und der EUSa werden die Tagesordnungen der Verwaltungsratssitzungen seit September 2021 auch der EUSa zugeleitet und die EUSa wurde eingeladen, an einer Sitzung des Kollegiums teilzunehmen.

## Annahme und Umsetzung der Betrugsbekämpfungsstrategie 2021-2024

Seit dem 21. Juni 2021 verfügt Eurojust über eine neue Betrugsbekämpfungsstrategie, die auf der in der ersten Jahreshälfte 2021 vorgenommenen Beurteilung des Betrugsrisikos beruht, die ergab, dass das Betrugsrisiko der Agentur nach wie vor vergleichsweise gering ist.

Die Strategie sieht fünf Ziele vor:

1. durch effiziente und gezielte Kommunikation die Sensibilisierung für Betrug stärken;
2. die Sensibilisierung für Ethik und Integrität fortsetzen;
3. die Sensibilisierung für interne Verfahren für die Meldung und Bearbeitung potenzieller Betrugsfälle fortsetzen;
4. in den Bereichen der Agentur, für die Risiken festgestellt wurden, auf die Minderung der Betrugsrisiken konzentrieren;
5. Möglichkeiten der Prozessverbesserung ermitteln.

Zu diesen fünf Zielen wurden konkrete Maßnahmen festgelegt, die im Laufe der nächsten Jahre umgesetzt werden. Dazu zählen u. a. Auffrischkurse zu Ethik,

Integrität und Whistleblowing sowie die Verbesserung der Maßnahmen und Verfahren zur Ausschaltung von Restrisiken. Eurojust beabsichtigt, die Strategie im Zeitraum 2021-2024 umzusetzen.

### Haushaltsplan

Der ursprünglich genehmigte Haushalt von Eurojust für 2021 belief sich auf 43,8 Mio. EUR. Im letzten Quartal des Jahres genehmigte die Kommission zusätzliche Mittelzuweisungen durch zwei interne Übertragungen, damit Eurojust mit der Entwicklung seines neuen Fallbearbeitungssystems beginnen kann. Durch zwei Änderungen des Haushaltsplans im Oktober und Dezember 2021 konnte die Agentur zusätzlich 7 Mio. EUR bzw. 2,5 Mio. EUR in den Haushaltsplan aufnehmen, sodass sich der Haushalt 2021 auf 53,3 Mio. EUR erhöhte.

Trotz der unvermeidlichen Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf die Tätigkeiten von Eurojust konnte die Agentur ihre Haushaltsmittel für 2021 zu 99,97 % einsetzen. Durch die Pandemie ergaben sich auch neue Möglichkeiten für Effizienzsteigerung und Überschüsse, die die Agentur dazu nutzte, verstärkt in ihre IKT und physische Infrastruktur zu investieren, um das Arbeiten von zu Hause zu erleichtern, sowie ihre Vorbereitungsarbeiten für das neue Fallbearbeitungssystem zu finanzieren.

2021 verwendete Eurojust Dänemarks Beitrag von 1 Mio. EUR dazu, zusätzliche Vertragsbedienstete einzustellen, um in bestimmten operativen Bereichen von hoher Priorität den Personalbedarf zu decken.

Außerdem koordinierte und unterstützte die Agentur eine Reihe operativer Projekte, die auf Vereinbarungen über externe Finanzierung beruhen, nämlich:

- ▶ das Programm EuroMed Justice mit einem Haushalt von 5 Mio. EUR für 2020-2023;
- ▶ das Projekt SIRIUS mit einem Haushalt von 1,3 Mio. EUR für 2021-2024;
- ▶ die Maßnahmen im Zuge der verstärkten Zusammenarbeit mit dem EUIPO in Höhe von 0,75 Mio. EUR für 2021-2024.

### Stelleninhaber und Bedienstete von Eurojust

Ende 2021 hatte Eurojust 337 Stelleninhaber, einschließlich 26 nationaler Mitglieder. Sie werden von 57 Stellvertretern und Assistenten unterstützt, die von den Justizbehörden der Mitgliedstaaten an Eurojust entsandt wurden. Diese leisten den Kern der operativen Tätigkeit und bilden gemeinsam das Kollegium von Eurojust, das auch die Funktion des Leitungsorgans erfüllt.

2021 begrüßte das Kollegium zwei neue nationale Mitglieder:

- ▶ für Rumänien: Daniela Buruiana
- ▶ für Zypern: Zacharias Symeou

In der Verwaltung von Eurojust waren 237 Bedienstete (Bedienstete auf Zeit und Vertragsbedienstete) sowie 17 abgeordnete nationale Sachverständige (ANS) tätig, die dem Verwaltungsdirektor unterstellt waren. Im Laufe des Jahres kamen 27 neue Bedienstete und neun ANS hinzu.

### Inklusiver Arbeitgeber

Als Arbeitgeber, dem Inklusion und Diversität wichtig sind, legt Eurojust besonderen Wert auf die Sensibilisierung für diese Werte. Geplant ist eine Kampagne für Diversität und Inklusion, um zu einem gemeinsamen Verständnis über bewährte Verfahren in diesem Bereich zu gelangen.

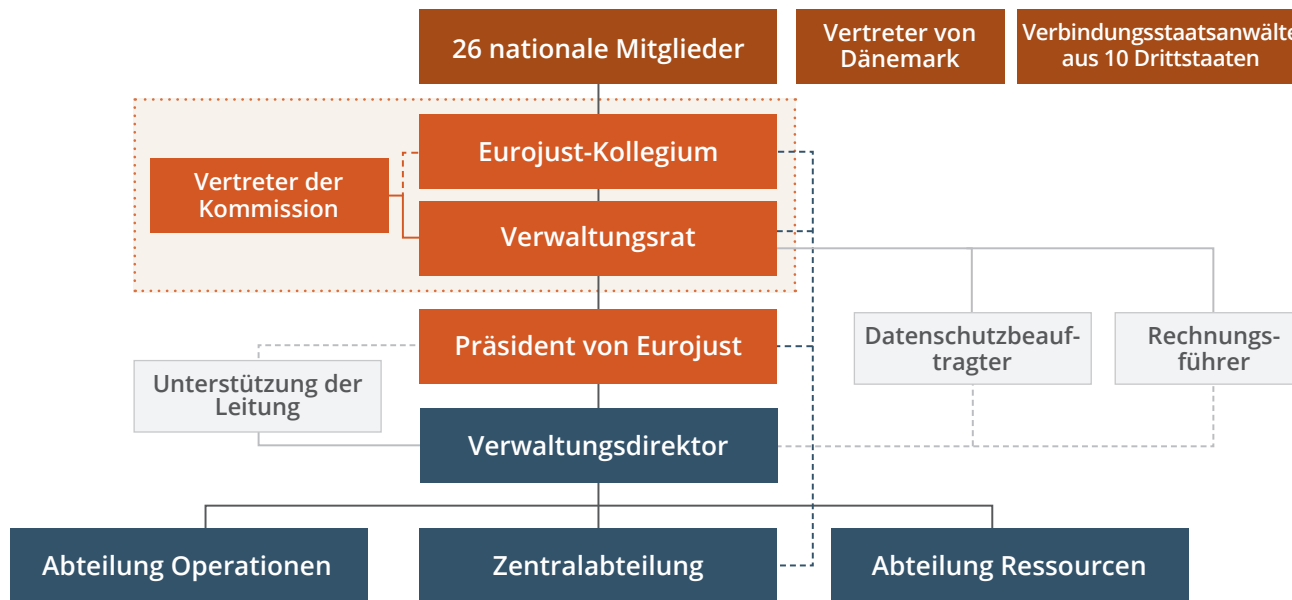
“ In meiner gesamten Karriere ist dies der erste Arbeitsplatz, an dem ich mich nicht nur akzeptiert oder toleriert fühle, sondern wirklich willkommen. Als ich hier ins Gebäude kam und meine Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen Europas traf, haben sie mir das Gefühl gegeben, dass ich dazu gehöre und Teil der Eurojust-Familie bin. ”

Silke Schönfleisch-Backofen, Assistentin des nationalen Mitglieds für Deutschland beim virtuellem Tag der offenen Tür bei Eurojust im Oktober 2021

### Zusätzliche Informationen

Der Konsolidierte jährliche Tätigkeitsbericht (Consolidated Annual Activity Report, CAAR) gibt einen ausführlichen Überblick über alle im Eurojust-Arbeitsprogramm vorgesehenen Aktivitäten, die Ausführung des Haushaltsplans, die Personalpolitik sowie die Durchführung von internen Kontrollen und Risikomanagement. Der CAAR für 2021 und dessen Bewertung durch das Eurojust-Kollegium werden der Haushaltsbehörde bis spätestens 1. Juli 2022 vorgelegt.

## Eurojust-Organisationsstruktur 2021





# Datenanhang

## Überblick über die Fälle im Jahr 2021 – nationale Verbindungsbüros der Mitgliedstaaten

MITGLIEDSTAAT Nationales Verbindungs- büro	Vom nationalen Verbindungsbüro eingeleitete Fälle				Beteiligung an Fällen anderer Verbindungsbüros		Beteiligung an gemeinsamen Aktivitäten/Treffen	
	Neu im Jahr 2021	Zahl der beteiligten Staaten		Fortdauernd aus Vorjahren	Neu im Jahr 2021	Fortdauernd aus Vorjahren	Koordinierungs- sitzungen	Gemeinsame Er- mittlungsgruppen
		2	3 oder mehr					
Belgien	88	70	18	120	299	431	84	27
Bulgarien	146	143	3	127	224	229	22	7
Tschechische Republik	118	93	25	194	121	200	31	35
Deutschland	748	681	67	469	652	884	128	55
Estland	48	34	14	42	63	86	13	9
Irland	73	70	3	90	109	162	10	5
Griechenland	254	251	3	566	120	191	21	4
Spanien	264	236	28	165	554	757	72	8
Frankreich	258	168	90	550	767	674	129	51
Kroatien	50	46	4	21	94	124	2	-
Italien	516	423	93	534	391	573	105	53
Zypern	62	61	1	45	74	203	3	1
Lettland	52	41	11	74	62	131	25	9
Litauen	88	71	17	64	145	135	38	10
Luxemburg	26	24	2	50	84	159	2	-
Ungarn	267	232	35	229	189	222	18	16
Malta	16	14	2	39	87	147	5	1
Niederlande	103	89	14	267	401	510	90	21
Österreich	157	141	16	170	198	256	17	10
Polen	193	176	17	274	338	454	41	23

Portugal	139	114	25	92	120	177	9	1
Rumänien	230	197	33	178	290	292	64	46
Slowenien	203	168	35	133	72	100	9	6
Slowakei	110	105	5	123	108	194	11	20
Finnland	80	70	10	58	54	95	15	11
Schweden	198	162	36	263	106	164	53	26
Dänemark	28	28	-	50	70	141	7	8
GESAMT	4 515	3 908	607	4 987	*	*	*	*

\* Diese Spalten können nicht addiert werden, da mehr als ein nationales Verbindungsbüro um Mitwirkung in einem Fall ersucht werden kann und Koordinierungstreffen sowie GEG oftmals gemeinsam organisiert werden.

## Überblick über Fälle im Jahr 2021 – Verbindungsstaatsanwälte

VERBINDUNGS- STAATSANWALT	Vom Verbindungsstaatsanwalt eingeleitete Fälle				Beteiligung an Fällen anderer Verbindungsbüros		Beteiligung an gemeinsamen Aktivitäten/Treffen	
	Neu im Jahr 2021	Zahl der beteiligten Staaten		Fortdauernd aus Vorjahren	Neu im Jahr 2021	Fortdauernd aus Vorjahren	Koordinierungs- sitzungen	Gemeinsame Ermittlungsgrup- pen
		2	3 oder mehr					
Albanien	21	21	-	-	30	58	19	10
Georgien	2	1	1	2	21	28	7	1
Montenegro	3	3	-	12	14	24	2	-
Nordmazedonien	8	7	1	11	24	34	3	-
Norwegen	60	54	6	101	42	78	21	12
Serbien	20	17	3	4	61	66	10	3
Schweiz	80	70	10	134	139	321	29	17
Ukraine	23	21	2	41	58	104	39	14
Vereinigtes König- reich	71	63	8	-	324	724	64	19
Vereinigte Staaten	2	2	-	3	45	115	34	-
GESAMT	290	259	31	308	*	*	*	*

\* Diese Spalten können nicht addiert werden, da mehr als ein nationales Verbindungsbüro um Mitwirkung in einem Fall ersucht werden kann und Koordinierungstreffen sowie GEG oftmals gemeinsam organisiert werden.

## Fälle im Jahr 2021 – EEA und EuHb














Justizielle Instrumente	Neu im Jahr 2021	Fortdauernd aus Vorjahren	Insgesamt
Europäische Ermittlungsanordnung (EEA)	2 309	1 953	4 262
Europäischer Haftbefehl (EuHb)	480	713	1 193

## Fallararbeit, Treffen und gemeinsame Aktivitäten in den Hauptdeliktgruppen, 2018-2021

Deliktgruppen	Fälle				Koordinierungs-sitzungen				Gemeinsame Ermittlungs-gruppen				Koordinierungszentren/ Aktionstage			
	Summe aus neuen Fällen und fortdauernden Fällen aus Vorjahren*								Summe aus neu eingerichteten GEG und weitergeführten GEG aus Vorjahren*							
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
BETRUGSDELIKTE	1 924	2 263	2 654	3 133	87	112	91	111	51	66	72	73	7	12	8	11
GELDWÄSCHE	1 042	1 266	1 471	1 668	94	138	101	115	50	75	71	61	6	6	7	5
DROGENHANDEL	896	1 003	1 169	1 602	78	80	87	107	42	51	50	48	-	2	4	1
MOBILE GRUPPEN ORGANISierter KRIMINALITÄT	542	599	723	800	26	20	19	19	15	17	14	14	1	2	1	1
CYBERKRIMINALITÄT	218	247	334	398	28	34	45	66	10	17	21	16	2	3	1	5
MENSCHENHANDEL	343	399	397	352	43	54	56	46	56	61	50	45	-	4	2	3
KORRUPTION	222	251	287	326	19	14	8	13	6	5	7	11	-	-	-	-
SCHLEUSERKRIMINALITÄT	157	187	217	292	17	24	21	25	12	12	12	11	3	2	2	-
STRAFTATEN ZUM NACHTEIL DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER UNION (PIF-KRIMINALITÄT)	77	161	217	252	3	12	12	16	5	6	6	7	-	2	2	3
TERRORISMUS	190	222	217	221	20	24	12	9	12	8	7	9	-	-	-	-
UMWELTKRIMINALITÄT	38	41	51	62	6	8	6	11	4	6	6	6	-	1	-	1
KRIMINALITÄT IM BEREICH DES GEISTIGEN EIGENTUMS	19	23	27	31	1	3	3	-	2	2	2	1	-	1	2	-
VÖLKERRECHTLICHE KERNVERBRECHEN	-	-	12	16	-	-	2	6	-	-	-	1	-	-	-	-

\* Die Daten in dieser Tabelle wurden im Januar 2022 im Fallbearbeitungssystem von Eurojust abgefragt. Da es Fälle gibt, die noch andauern, sind Diskrepanzen gegenüber zuvor angegebenen Zahlen möglich und es kann sein, dass die Statistiken künftig aktualisiert werden.

## Fälle nach Deliktgruppen im Jahr 2021

Deliktgruppe	Neu	Fortdauernd <sup>1</sup>	Insgesamt	Prognose <sup>2</sup>
BETRUGSDELIKTE	1 453	1 680	3 133	
GELDWÄSCHE	648	1 020	1 668	
DROGENHANDEL	869	733	1 602	
MOBILE GRUPPEN ORGANISIERTER KRIMINALITÄT (MOCG) <sup>3</sup>	390	410	800	
CYBERKRIMINALITÄT	188	210	398	
MENSCHENHANDEL	140	212	352	
KORRUPTION	112	214	326	
SCHLEUSERKRIMINALITÄT	170	122	392	
PIF-STRAFTATEN <sup>4</sup>	124	128	252	
TERRORISMUS	80	141	221	
UMWELTKRIMINALITÄT	21	41	62	
KRIMINALITÄT IM BEREICH DES GEISTIGEN EIGENTUMS	14	17	31	
VÖLKERRECHTLICHE KERNVERBRECHEN	7	9	16	

 Aufwärtstrend    Keine größere Veränderung erwartet    Abwärtstrend

<sup>1</sup> Stand Januar 2021. Da die Fälle fortauern, können sich die Zahlen dieser Spalte nach dem Berichtszeitraum ändern.

<sup>2</sup> Der für 2022-2024 prognostizierte Bedarf an justizieller Zusammenarbeit in diesen Deliktgruppen wurde auf Grundlage der Fallarbeitstendenzen der letzten fünf Jahre ermittelt.

<sup>3</sup> Mobile Tätergruppen, die in mehreren Teilen der Europäischen Union aktiv und zumeist auf bestimmte Delikte wie Einbruchdiebstahl, Raubüberfälle auf gepanzerte Fahrzeuge und Metalldiebstahl spezialisiert sind.

<sup>4</sup> Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union, für die Eurojust weiterhin zuständig ist.

© Eurojust, 2022 • Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2022

*Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.*

*Bei Verwendung oder Wiedergabe von Fotos oder sonstigem Material, das nicht dem Urheberrecht von Eurojust unterliegt, muss die Zustimmung direkt bei den Urheberrechtlichern eingeholt werden.*



**Eurojust**, Johan de Wittlaan 9, 2517 JR Den Haag, Niederlande  
Telefon: +31 70 412 5000 – E-Mail: [info@eurojust.europa.eu](mailto:info@eurojust.europa.eu) – Website: [www.eurojust.europa.eu](http://www.eurojust.europa.eu)